

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 3. Januar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Interfions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Rollen-
zelle oder deren Raum 40 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Beirats-
und Berathungs-Berichte 25 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (fest-
gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Insetts für
die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement: Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln: Nummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnements: 1.10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat.

Erkocht täglich außer Montags.

Parteibureau.

Seit dem 1. Januar 1905 befindet sich das Parteibureau Lindenstraße 69.

Alle für den Parteivorstand bestimmten Sendungen, Briefe, Druckfachen usw., sind vom 1. Januar 1905 ab an

J. Auer, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69,
und alle für die Zentralkasse bestimmten Geldsendungen an
Albin Gerisch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69,
zu adressieren.

Die Parteipresse wird gebeten, obige Bekanntmachung in der nächsten Zeit wiederholt abjudrucken.

Der Parteivorstand.

Die Kapitulation von Port Arthur.

Port Arthur wird sich halten und
Nyama wird von Europäern ge-
schlagen werden.

Richard Graf Pfeil,
im „Total-Anzeiger“.

Das neue Jahr hat mit einem glänzenden Triumph der Japaner begonnen. Die Festung Port Arthur, die seit fast elf Monaten von den Japanern so heiß umstritten war, hat sich endlich genötigt gesehen, dem General Nogi die Kapitulation anzubieten. Noch scheint es zur Stunde, als ob die formelle Uebergabe und damit die augenscheinliche Befehung der Festung durch die Japaner noch nicht erfolgt sei, allein die definitive Besitzergreifung der Festung ist nur noch die Frage von einigen Stunden. General Stössel hat am Abend des 1. Januar um 9 Uhr dem General Nogi mitgeteilt, daß er sich gezwungen sehe, auf jeden ferneren Widerstand, der völlig aussichtslos sei, zu verzichten. Er bitte, mit ihm in Unterhandlungen wegen der Bedingungen der Uebergabe einzutreten. Ein Telegramm von heute mittag teilt mit, daß General Nogi den General Nijichi nach Port Arthur entsandt habe, um die Bedingungen der Uebergabe festzustellen. Höchst wahrscheinlich wird die Uebergabe noch im Laufe des heutigen Tages erfolgen. — Nach einer anderen Mitteilung haben die Russen die letzten Stunden noch dazu benutzt, um die durch die Japaner in den Grund gebohrten Minenschiffe und Kreuzer vollständig zu zerstören. In der Nacht zum 2. Januar sollen diese Bracks in die Luft gesprengt worden sein. Was an Schiffen noch kriegstüchtig war, nämlich einige Torpedoboots-Zerstörer, haben bei Nacht einen Durchbruchversuch gemacht und sind auch glücklich bis Tschifu gekommen, wo sie beschützt werden. Diese drei oder vier Torpedoboots-Zerstörer sind die letzten Reste der stolzen Port Arthur-Flotte, die nunmehr vollständig vernichtet ist.

Die japanischen Angriffe gegen Port Arthur begannen bekanntlich in der Nacht vom 8. zum 9. Februar 1904. In dieser Nacht ließ Admiral Togo einen vertwegenen Torpedobootsangriff gegen die auf der Außenreebe ankern russischen Schiffe unternehmen, durch die mehrere derselben so schwere Wunden erlitten, daß die Kampffähigkeit der Flotte für die nächste Zeit gebrochen war. Allerdings ist es den Russen gelungen, auch die am schwersten beschädigten Schiffe später wieder auszubessern und seetüchtig zu machen, allein diese Reparaturen haben Monate in Anspruch genommen, so daß während dieser Zeit den russischen Schiffen nichts anderes übrig blieb, als sich in den Innenhafen der Festung zurückzuziehen. Admiral Togo versuchte zunächst durch eine Reihe gewaltiger Bombardements die Forts, welche die Einfahrt beschützten, zum Schweigen zu bringen, um dann durch einen Flottenangriff die Hafeneinfahrt zu forzieren. Er mußte sich jedoch überzeugen, daß es ein Ding der Unmöglichkeit war, durch diese Bombardements die Forts zu zerstören. Nachdem mehrere seiner Schiffe nicht unerhebliche Beschädigungen durch die schweren Küstenbatterien erhalten hatten, sah er von einem Sturmangriff zur See ab und beschränkte sich darauf, den Eingang zum Hafen durch Versenkung von Bracks vollständig zu sperren. Es ist bekannt, wie viel Versuche und welche Menschenopfer es den Japanern kostete, diese Absicht durchzuführen. Schließlich aber gelang es doch, den Hafeneingang wenigstens für Minenschiffe und große Kreuzer auf einige Zeit zu sperren. Nachdem dergestalt die Port Arthur-Flotte vollständig unfähig gemacht war, konnten in aller Ruhe die Truppenlandungen der Japaner auf der Halbinsel Liautung erfolgen, nachdem bereits zu Beginn des Krieges Truppen nach Korea übergeführt worden waren. Während sich ein Teil dieser Truppen nach Norden bewegte, um später gemeinsam mit den Truppen des Generals Auroki, der inzwischen den Jalu überschritten hatte, gegen die russische Hauptarmee zu operieren, übernahm ein anderer Teil der gelandeten Truppen die Einschließung Port Arthurs.

Wenn die Japaner indes geglaubt hatten, vom Lande her leichteres Spiel mit der Festung zu haben als von der See her, so hatten sie sich getäuscht. Die Festung war auch zu Lande durch zahlreiche gewaltige, beinahe uneinnehmbare

Fortis geschützt. Nur mit unsäglicher Mühe und unter den entsetzlichen Menschenopfern gelang es der Armee des Generals Nogi, mehr und mehr an die Festung heranzurücken und sie schließlich vollständig zu umschließen. Am 10. August versuchte die russische Flotte, welche inzwischen merkte, daß trotz des heldenmütigsten Widerstandes das Schicksal der Festung doch besiegelt sei, aus dem Hafen zu entkommen. Admiral Togo griff jedoch die Flotte an und lieferte ihr jene denkwürdige Seeschlacht, durch die die russische Flotte auseinander gesprengt wurde. Das Gros der Flotte, bestehend aus den meisten Linien Schiffen und mehreren großen Kreuzern, mußte sich wiederum in den Hafen zurückzuziehen, während es einer Anzahl kleinerer Schiffe gelang, nach neutralen Häfen zu entkommen. Die entkommenen Schiffe mußten abrüsten; die nach Port Arthur zurückgekehrten hatten derartige Beschädigungen davongetragen, daß sie einen neuen Versuch zum Durchbruch nicht mehr zu unternehmen vermochten.

Die japanische Landtruppe rückte immer näher. Ein Befestigungswert nach dem anderen fiel nach blutigem Gemetzel in ihre Hand. Zuletzt gelang es dem General Nogi, den sogenannten 203 Meter-Hügel zu nehmen, der einen großen Teil der übrigen Forts, namentlich aber auch die Stadt und den Hafen Port Arthur vollständig beherrschte. Nachdem die Japaner auf diesem Punkte eine Anzahl schwerer Geschütze aufgestellt hatten, eröffneten sie ein wirksames Bombardement auf den Hafen, durch das sämtliche russische Schiffe vollständig demoliert wurden. Nur die „Sewastopol“ entging dadurch vorläufig ihrem Schicksal, daß sie auf die Außenreebe flüchtete, wo sie indes mehreren nachfolgenden Angriffen der Japaner ausgesetzt war, durch die sie ebenfalls kampfunfähig gemacht wurde. Es gelang den Russen nicht, den 203 Meter-Hügel wieder zu nehmen, vielmehr machten die Japaner namentlich in den letzten Tagen so gewaltige Fortschritte, daß es für die arg zusammengebrochene Besatzung absolut aussichtslos war, noch längeren Widerstand zu leisten. Von der ehemals 40 000 Mann starken Besatzung blieben gegenwärtig nur noch wenige tausend Mann kampfsfähig geblieben sein. Zudem dürfte sich auch inzwischen bitterster Nahrungsmangel eingestellt haben. Graf Stössel gehorchte also nur dem Gebote der Vernunft, daß er endlich den schon lange aussichtslosen und verzweifelten Widerstand aufgab und den japanischen Belagerern die Kapitulation anbot.

Die Japaner feiern diesen neuen Erfolg durch enthusiastische Kundgebungen. Sie haben alle Ursache dazu, denn mit der Einnahme Port Arthurs dürfte der ostasiatische Krieg endgültig entschieden sein, auch wenn er noch ein Jahr lang oder noch länger fortdauern sollte. Der baltischen Flotte des Admirals Roschidjewschtsch wird nichts anderes übrig bleiben, als schleunigst die Rückfahrt nach der Ostsee anzutreten, denn selbst wenn es ihr gelänge, was nach der mehrmonatlichen Fahrt der namentlich in den maschinellen Teilen sehr empfindlichen Kriegsschiffe äußerst unwahrscheinlich ist, der Flotte des Admirals Togo beträchtliche Verluste beizubringen, so hätte sie damit noch gar nichts erreicht. Ohne einen Hafen als Stützpunkt ihrer Operation vermag die russische Flotte in Ostasien nichts auszurichten. Nachdem aber Port Arthur in die Hände der Japaner gefallen ist, fehlt ein solcher Stützpunkt vollständig, denn der Hafen Wladivostok wird inzwischen bereits vereist sein. Die Russen müssen also mit der Tatsache rechnen, daß Japan die Seeherrschaft in Ostasien unweigerlich an sich gerissen hat und daß es seinen Krieg nur noch zu Lande fortsetzen kann. Dieser Landkrieg ist für Rußland aber ebenfalls aussichtslos. Rußland hat damit renonniert, daß es eine Million Streiter nach Ostasien schicken wolle. Eine solche Truppenmasse kann es aber gar nicht nach der Mandschurei werfen, weil sie sie nicht verproviantieren kann, da der Proviant lediglich durch die eingleisige sibirische Bahn zugeführt werden muß. Bis Rußland aber noch neue Gleise und neue Linien gebaut hat, werden noch Jahre vergehen. Japan hingegen ist in der Lage, nicht nur einen erheblichen Teil seiner bisher vor Port Arthur verwandten Truppen in aller Kürze zur Verstärkung seiner Mandschurei-Armee abgehen zu lassen und namentlich auch die Artillerie Nyamas durch den größten Teil des schweren Belagerungs-geschützes zu verstärken, sondern es kann auch noch Hunderttausende neu ausgebildeter Truppen nach der Mandschurei schicken, da ihm Transportwege genügend zur Verfügung stehen, um beliebige Massen von Munition und Proviant der Mandschurei-Armee zuzuführen. Deshalb wird auch der Landkrieg aller Wahrscheinlichkeit nach kein besseres Ende nehmen, als der Seekrieg. Es ist allerdings kaum anzunehmen, daß schon in den nächsten Wochen oder Monaten neue entscheidende Schlagen in der Mandschurei fallen werden, da die grimmige Kälte des mandschurischen Winters die Kriegsoptionen größeren Stils ungemein erschwert. Allein im Frühjahr dürfte das fürchtbare Norden wieder beginnen und wie bisher immer mit dem weiteren Rückzuge der Russen enden. Ein wichtiges Moment bei der Kriegführung bilden ja bekanntlich die Finanzen. Rußland hat erklärt, daß seine finanziellen Quellen erschöpft seien, während Japan einen längeren Krieg unmöglich aushalten könne. In der Tat ist es Japan bisher ziemlich schwer gefallen, die notwendigen Kriegsanleihen unterzubringen; trotz alledem ist aber anzunehmen, daß der neue gewaltige Erfolg der Japaner auch den Kredit Japans stärken

wird. Ob aber das Ausland bereit sein wird, Rußland bis ins Uferlose neue Kredite für eine verlorene Sache zu gewähren, ist recht zweifelhaft.

Für Rußland gibt es also nur einen Weg, sich aus der Affäre herauszuziehen, den Friedensschluß mit Japan. Es ist allerdings sehr zweifelhaft, ob Rußland diesen Weg einschlagen wird. Wahrscheinlich wird es seine wahnsinnige Kriegspolitik noch eine Weile fortsetzen. Was liegt dem Jaren, was liegt den korrupten russischen Beamten an den Menschenleben, die zu Zehntausenden in Ostasien geopfert werden! Aber möglicherweise ersticht Rußland im eigenen Lande ein Gegener, der es zum Friedensschluß zwingt: die Revolution!

Das innere Port Arthur.

Der Fall Port Arthurs kann auf die russischen Verhältnisse nicht ohne tiefgehenden Einfluß bleiben. So möglich es ist, daß der Jar und die verbrecherische Kamarilla, die jetzt die Regierung des beklagenswerten Landes bilden, den Fall Port Arthurs ignorieren und den aberwärtigen Krieg auf unabsehbare Zeit fortzuführen beabsichtigen, so wird doch das Land anderer Ansicht sein. Denn so verhält auch dem Volke der ganze Krieg war: so lange sich Port Arthur noch hielt und so lange auch nur die ferne Aussicht vorhanden war, daß die Flotte Roschidjewschtsch eine Wendung des Seekrieges bringen könnte, so lange existierte wenigstens doch noch die Möglichkeit, den Krieg durch Anwendung kriegerischer Mittel zu einem Ende zu bringen. Nunmehr ist diese Möglichkeit vollständig geschwunden. Eine Fortsetzung des Krieges kann bei der jetzigen unumstrittenen Seeherrschaft Japans nun und nimmermehr zu einem Siege Rußlands führen! Selbst wenn das Unwahrscheinliche zur Tat werden sollte, daß es Rußland gelingen sollte, die Japaner zeitweilig zurückzudrängen, so ist doch gar nicht daran zu denken, daß die Japaner Port Arthur und Korea jemals preisgeben könnten. Selbst wenn die Russen Port Arthur ebenso einschließen, wie General Nogi, so würden die Japaner doch niemals zur Uebergabe gezwungen werden können, da sie der Festung von der See her jederzeit neue Truppen, neue Artillerie, neue Munition und neue Lebensmittel zuführen könnten. Den Krieg fortsetzen hieße also nichts anderes, als die Blüte des russischen Volkes ohne jeden Zweck frevelhaft in den Tod zu schicken, hieße die Finanzen des Landes ruinieren ohne die geringste Aussicht auf irgend welchen Gewinn. Eine solche wahnsinnige, verbrecherische Politik kann sich aber eine Nation nicht gefallen lassen!

Schon jetzt hat es an allen Ecken und Enden Rußlands gegärt, schon jetzt haben die Reservisten, die als Kanonenfutter nach Ostasien gesandt werden sollten, revoltiert, schon jetzt hat die Bourgeoisie und die Intelligenz zornigen Protest erhoben. Jetzt nach dem Falle Port Arthurs wird das russische Volk noch in ganz anderer Weise seinen Gefühlen Luft machen. Und ob es den Jarensergen gelingen wird, die immer stürmischer werdenden Wut- und Verzweiflungsausbrüche durch die Anuse und die Bajonette zu ersticken, ist doch auf die Dauer sehr die Frage, zumal die freche Verhöhnung der Volksforderung durch den Jarenlerah in den weitesten Kreisen die Erbitterung zur Siebehöhe gebracht hat.

Der dreiste Troß des Absolutismus hatte — abgesehen von der Unterschätzung der Volksgärung — seinen Grund offenbar in der Hoffnung, die besitzenden Klassen von den Kleinbäuerlichen, bäuerlichen und proletarischen Schichten durch allerlei kleine Konzessionen loszulösen. Von der jetzigen Gestaltung der Kriegslage, die den Krieg zu einem unabsehbaren und trotz der ungeheuerlichsten Opfer absolut aussichtslosen Abenteuer macht, die also schließlich das Land zum Ruin führen muß, hat aber auch die eigentliche Bourgeoisie allen Grund, eine möglichst baldige Beendigung des Krieges mit allem Nachdruck zu fordern, gar nicht zu reden von den niederen Volksschichten, die die kolossalen Opfer zu tragen haben, die auf den eifigen Schlachtfeldern der Mandschurei verbluten müssen. Es ist deshalb anzunehmen, daß auch das besitzende Bürgertum sich nicht mit den armseligen Broden abspeisen lassen wird, die ihm der Zarismus als Köder vorgeworfen hat. Die Bourgeoisie hat alles Interesse, die Bewegung der Volksschichten energisch zu unterstützen und die Einstellung des verbrecherischen Nordens in Ostasien zu verlangen. Um den drohenden Sturm zu beschwichtigen, gibt es also nur das Mittel des Friedensschlusses, eines Friedensschlusses, der jetzt allerdings das Prestige der raubsüchtigen russischen Regierung fürchterlich erschüttern muß.

Ob aber selbst ein solcher Friedensschluß noch eine Rettung des russischen Absolutismus bedeutet? Nichts pflegt die Stellung einer Regierung schwerer zu erschüttern und revolutionäre Kräfte mehr zu stärken, als eine schmachvolle kriegerische Niederlage. Beweist diese Niederlage doch drastisch die Dynamik des verhassten Gegners. Das bis auf äußerste gepeinigete, ausgefoggene, geknüete Volk wird kaum geneigt sein, die Folgen des zarischen Verbrechens nun allein auszubaden, während die Schuldigen ihre freche Volksherrschaft ruhig weiter betreiben! Und auch die Bourgeoisie muß den dringenden Wunsch hegen, daß solche tollhäuerrischen

Streiche sich nicht so leicht wiederholen können. Sie muß also danach trachten, endlich jenes Maß der Mitregierung eingeräumt zu erhalten, das die Bourgeoisie der westeuropäischen Nationen längst errungen hat. Es ist deshalb zu erwarten und erhoffen, daß der russische Absolutismus unter allen Umständen den Lohn für seine verbrecherische Politik erhält, daß die historische Nemesis endlich mit dem Zarismus ins Gericht geht!

Zur Kapitulation Port Arthurs.

Tokio, 2. Januar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) General Nogi berichtet, er habe vom General Stössel einen die Uebergabe Port Arthurs betreffenden Brief erhalten.

Tokio, 2. Januar, 2 Uhr nachmittags. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) In seinem Briefe an den General Nogi erklärt General Stössel, daß jeder Widerstand jetzt unnütz sei. Der Kaiser sprach in einem Telegramm an General Nogi seine hohe Anerkennung für General Stössel aus und wies den General Nogi an, dem General Stössel, dem Chef des Generalstabes und der Besatzung von Port Arthur alle Ehren zu erweisen. General Nogi fungiert als Bevollmächtigter des Generals Nogi bei den Russen.

Tokio, 2. Januar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) General Stössel ersuchte den General Nogi, Bevollmächtigter zu ernennen, um die Kapitulationsbedingungen zu besprechen. General Nogi antwortete, er habe Generalmajor Jishi und andere Offiziere ernannt, um mit Stössels Bevollmächtigten zusammenzutreffen, unter der Bedingung, daß die beiderseitigen Bevollmächtigten ermächtigt wären, den Abschluß der Kapitulation zu unterzeichnen, der sofort in Wirksamkeit treten sollte, ohne daß die Ratifizierungen abgewartet würden.

Tokio, 2. Januar. (Amtliche Mitteilung.) Marshall Yamagata hat General Nogi auf Befehl des Kaisers mitgeteilt, daß Seine Majestät in Anerkennung der Selbstaufopferung und Hingebung, die General Stössel für die Sache seines Vaterlandes in höchstem Maße entfaltet hat, wünscht, daß die einem Soldaten gebührenden Ehren ihm erwiesen werden.

Tokio, 2. Januar. Die Bevölkerung der Stadt ist außer sich vor Freude über Nogis Bericht. Die Volksmenge wogt weisend durch die Straßen und veranstaltet Umzüge unter Führung von Musikbänden.

Die letzten Kämpfe vor Port Arthur.

Tokio, 1. Januar. (Amtliche Meldung.) Von der Belagerungsarmee vor Port Arthur wird gemeldet, daß die Japaner die Brustwehr des Forts Sungschuan am 31. Dezember vormittags 10 Uhr in die Luft sprengten und dann nach einem Sturm das ganze Fort um 11 Uhr vormittags besetzten. Ein Teil der Russen floh nach den südlich vom Fort gelegenen Höhen, während der Rest unter den durch die Explosion aufgeworfenen Erdmassen begraben wurde.

Tokio, 1. Januar. Die Belagerungsarmee vor Port Arthur berichtet weiter, daß die durch die Explosion am Sungschuan-Fort aufgeworfenen Erdmassen durch die Japaner beseitigt und dabei zwei russische Offiziere und 100 Mann, die verschüttet waren, aufgefunden und zu Gefangenen gemacht wurden; sie sagten, daß noch etwa 150 Russen durch die Explosion verschüttet worden seien. Die Deute der Japaner, die aus Feldgeschützen, Maschinengewehren usw. besteht, wird erst noch genau festgestellt. Die japanische Abteilung, welche gegen das Fort von Balungshan tätig ist, zerstörte am Sonnabendabend durch eine Explosion einen Teil der alten Umwallung.

Tokio, 1. Januar. Ein Bericht der Port Arthur belagernden Armee besagt, daß die mittlere Abteilung den Feind vor sich her treibend heute früh 7 Uhr das H-Fort besetzte und darauf das neue Fort von Balungshan einnahm, so daß die ganze Linie des Balungshan- und des H-Forts tatsächlich der Besetzung durch die Japaner verfiel. Der japanische rechte Flügel begann heute früh 8 Uhr die Beschießung der Höhen im Süden des Dorfes Sanhangtau und nahm sie trotz des heftigsten Widerstandes des Feindes.

Die Flucht der Torpedobootzerstörer.

London, 2. Januar. „Daily Telegraph“ meldet aus Tschifu vom 2. Januar: Ein großer russischer Torpedobootzerstörer mit vier Schornsteinen lief heute vor Tagesanbruch hier ein; er scheint wenig Schäden erlitten zu haben, obgleich er in der Nacht in der Nähe der Man-tau-Insel von Japanern verfolgt und beschossen worden war. Die Besatzung ist unter Waffen, aber die Feuer sind ausgelöscht. Das Boot hat dicht unter Land geankert.

Tschifu, 2. Januar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Heute früh 7 Uhr sind die russischen Torpedobootzerstörer „Storn“, „Stary“, „Blasny“, „Serdit“ und das Kanonenboot des Statthalters, „Drel“, aus Port Arthur mit Depeschen hier eingelaufen, die an Land gebracht wurden. Der Kommandant des „Stary“ erklärt, die Fahrzeugen hätten Port Arthur verlassen, weil es nach Einnahme des 203-Meter-Bügels durch die Japaner für die russischen Schiffe unmöglich gewesen sei im Hafen zu bleiben.

Russische Totschweigekartell.

In Rußland hat man allem Anschein nach heute alle Nachrichten über die Kapitulation Port Arthurs unterdrückt! Dagegen bringt man allerlei Meldungen über Geschehnisse vom 12.—19. Dezember, in denen es heißt, daß der Mut der Besatzung noch ungebrochen sei!

Schmächtig!

Petersburg, 2. Januar. General Kuropatkin meldet dem Kaiser unter dem gestrigen Tage: Der Feind richtete am 30. Dezember auf den Kanon des Dorfes Linschupu ein heftiges Artilleriefeuer. Unsere Batterien erwiderten das Feuer erfolgreich. Auf unserer Seite wurden zwei Mann getötet und elf Mann verwundet.

Der Kapitulationsvertrag abgeschlossen.

Tokio, 2. Januar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Die Konferenz über die Kapitulation von Port Arthur schloß um 4 1/2 Uhr nachmittags mit dem Ergebnis, daß ein Abkommen über die Unterzeichnung des formellen Kapitulationsaktes erzielt ist. Die verlautet, sind die von den Japanern vorgeschlagenen Bedingungen angenommen worden.

Roschdjestwensky bei Madagaskar.

Zamatava (Madagaskar), 2. Januar. Das hier eingetroffene Geschwader des Admirals Roschdjestwensky besteht aus den Panzerjagden „Fürst Suwaroff“ als Flaggschiff, „Alexander III.“, „Dorobino“, „Drel“ und „Establia“, den Kreuzern „Wachinoff“, „Aurora“, „Dimitri Donotoi Kamischakka“, „Anadyr“ und dem Hospitalschiff „Drel“. Das Depeschendoot „Liban“ hat hier angelegt und geht abends wieder ab. Das Geschwader befindet sich in ausgezeichnetem Zustande trotz des heftigen Unwetters, das es nach Umseglung des Kaps zu übersehen hatte.

Nach anderweitigen Meldungen soll sich die Flotte des Befehlshabers der Heringsboote in recht traurigem Zustande befinden!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Januar.

Ein Stimmungsbild aus dem Ruhrrevier.

Essen, den 1. Januar 1905. (Fig. Ber.)

Daß man ziemlich allgemein an einen plötzlichen Ausbruch der Katastrophe im Ruhrrevier denkt, bewies die heute hier stattgefundenen

Belegschaftsversammlung von Zeche „Herkules“. Die Presse war stark vertreten, auswärtige Blätter wie „Köln Ztg.“ usw. hatten Spezialkorrespondenten entsandt.

Die Belegschaft von „Herkules“ war fast vollständig erschienen. Der Herr Essen leitete die Versammlung und schiederte einleitend die Arbeitsverhältnisse auf „Herkules“. Wagen-Rufen und Strafen stehen in Viste; bei einer Belegschaft von nur 6 1/2 hundert Mann werden dreißig Wagen genullt, dazu noch Strafen bis zur Höhe von fünf Mark verhängt. Ein Beamter habe bemerkt: ohne Rufen können wir nicht existieren! An einem Tage hingen für die kleine Belegschaft Strafen von insgesamt 36 M. und 46 M. aus. Eine Ausbeute habe man erzielt von 340 000 M. Herkules sei der reine Taubenschlag, die meisten Leute gingen dort schnell laufen, er selbst sei aber seit sechs Jahren dort beschäftigt und der Kamerad Wagner, den man am Tage vor Weihnachten plötzlich aufs Pflaster warf, sei seit 3 1/2 Jahren auf Herkules tätig gewesen, das könne wohl als Beweis dienen, daß es ein ruhiger und ordentlicher Arbeiter sei. Und warum wurde er hinausgeworfen? Zweifellos gilt die Strafregelung nicht der Person, sondern dem Knappheitsältesten. Gleich nach der Wahl habe Herr Direktor Engelmann erklärt: in drei Monaten habe ich alle Organisierte heraus, oder ich gehe und weiter erklärte er: Ich will Herr im Hause bleiben. Wagner ist gemahregelt worden, auf Grund einer Denunziation durch einen „christlich Organisierten“. Die Wagner-Geheubene Kerkerung, in welcher Betriebsführer Heim eine Verteidigung erklärte, hat er aber gar nicht getan, wie leicht nachzuweisen war. Der christlichen Organisation wollen wir aber den Denunzianten nicht anhängen. Auf jeden Fall müsse die Belegschaft für den gemahregeltesten Kollegen eintreten — Rufe: Kampf, Streit! — Er schlage vor, eine Kommission zu beauftragen, bei dem Vertreter von Herkules, Herrn Kommerzienrat Junke, die Wiedereinstellung des Wagner zu fordern. — Zustimmung.

Herr Junke aus, Herr Junke habe vor Weihnachten große Geschenke an Krankenhäuser gemacht. — Rufe: Uns bestohlen! — Ich glaube aber nicht, daß Herr Junke von den Vorgängen auf Herkules etwas weiß, er gibt sich doch auch als liberaler Mann. Zur Zeit ist ein großer Arbeiterüberfluß vorhanden, der sich noch steigern wird, denn mit dem Jahresende ist jetzt erst begonnen worden. Systematisch hat man die Arbeiter hierher gelockt, kürzlich noch waren in Desterreich die Agenten tätig. Unter schwindelhaften Vorpiegelungen hat man die Arbeiter hergelockt, 450 M. sind den Leuten versprochen worden, 250 M. drückte man ihnen in die Hand. Die derzeitige Produktionseinschränkung beim Kohlenfundikat von 25 Proz. bedeutet, daß 30 000 Vergleute überzählig sind. Wo soll das hinaus? Ich bin nicht gekommen, um zu bremsen; das hört auf, wenn die Mißstände nicht abge schafft werden. Die Regierung sollte sich um die Verhältnisse kümmern, nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Vertreter der Arbeiter solle man hören. 1889 habe sich die Regierung überraschen lassen von den Ereignissen, man solle sorgen, daß das nicht wieder geschehe. Rufe: Es ist schon zu spät!

Bezeichnend für die Verhältnisse auf „Herkules“ sind folgende Angaben: Im Jahre 1903 betrug die Belegschaft auf Schacht I 584 Mann, bei 343 Reueinstellungen und 310 Abgängen, es passierten 115 entschädigungspflichtige Unfälle und 402 Krankheitsfälle waren zu verzeichnen. Auf Schacht „Katharina“ war die Belegschaft 807 Mann stark, bei 565 Zugängen und 409 Abgängen. Die Zahl der schweren Unfälle belief sich auf 178, die der Ertrankungsfälle auf 677. — Wie die Löhne gesunken sind im allgemeinen, weist der Anapptschaftsbericht aus. Danach gehörten zur 12. Lohnklasse im Jahre 1900 rund 28 000 Mann, im 1903 nur noch 26 000 Mann, zur 13. Lohnklasse zählten 1900 rund 68 000 Mann, 1903 nur noch 24 000 Mann.

Bergmann Ragh geht ebenfalls noch auf verschiedene Verhältnisse ein. Im letzten Monat habe der Ueberfluß von „Herkules“ pro Kopf 90 M. betragen, im Vormonat noch 5 M. mehr. Die Lage der Arbeiter werde immer mehr verschlechtert, da müsse endlich etwas geschehen. — Wiederholte Rufe: Wir wollen Kampf! Brocken hinwerfen!

Ein anderer Redner fragt: Was soll geschehen, wenn Wagner nicht wieder eingestellt wird? Wir streiken! Kein Mann fährt an! Jetzt hört's auf! usw. lauteten die Antworten. Ich bin zwar nicht organisiert, aber wird Wagner nicht wieder eingestellt, dann bin ich der erste, der die Brocken hinwirft, führte der Redner weiter aus. — Allgemeiner Beifall! — Jedes Belegschaftsmitglied muß sich solidarisch erklären! — Bravo!

Schließlich wurde eine aus drei Personen bestehende Kommission gewählt, die den Auftrag hat, bei Herrn Junke vorstellig zu werden. Am Freitag soll die Kommission Bericht erstatten und wird dann über die notwendigen weiteren Schritte Beschluß gefaßt.

Jedenfalls hat die Versammlung gezeigt, daß ohne Nachgiebigkeit seitens der Unternehmer ein Konflikt unvermeidlich ist. —

Oberst Leutwein über Südwestafrika.

Heute liegen ausführlichere Mitteilungen vor über die Auskünfte, die der Ex-Gouverneur von Südwestafrika einer Anzahl von Reportern gegeben hat, die ihn um ein Interview befragt hatten. Diese ausführlicheren Nachrichten bestätigen den Eindruck, den wir bereits gestern empfangen haben. Oberst Leutwein, der über sein ferneres Schicksal noch völlig im Ungewissen schwebt und erst von einer persönlichen Audienz bei dem Kaiser die Gestaltung seiner Zukunft erwartet, scheut sich einstweilen davor, freich von der Leber weg zu reden und beschränkt sich auf die notwendigste Verteidigung seiner Politik in Südwestafrika.

Er erklärte:

„Wir haben, ehe wir unsere Kolonien in Besitz nahmen, Schutzverträge mit den eingeborenen Häuptlingen abgeschlossen, die unserem Vorgehen nicht den Charakter des Eindringens geben sollten. Eine streng beherrschende Politik lag mithin von vornherein nicht im Wesen unserer Stellung. Ich habe eine solche aber auch deshalb für unnötig gehalten, weil die Eingeborenen unserer Kolonien meiner Ueberzeugung nach lehrbare und einer vernünftigen Erziehung durchaus zugängliche Menschen sind.“

Auf wilde und Raschheit war meine ganze Eingeborenenpolitik von vornherein gerichtet, und ich halte dem Wort u. f. stand, daß ich dadurch dem Zustand Vorlauf geleistet hätte. Ich würde aber dem entsprechenden Vorwurf nicht standhalten können, hätte ich durch Rücksichtslosigkeit und übergehende Strenge eine ähnliche Katastrophe herbeigeführt. Sie fragen mich selbstverständlich, welchem Umstande denn nach dieser Sachlage das Fehlverhalten meiner friedlichen Pläne zuzuschreiben ist. Das dritte Element hier schädigend die Hand im Spiele gehabt hätten, glaube ich nicht. Es ist vielmehr die alte Erfahrung, die ich hier aufs neue in bitterer Weise machen mußte, daß jede Politik, insbesondere aber die gegenüber Schwarzen eine Rechnung mit unbekanntem Größen ist. Die selbstverständliche Grundlage aller Herrschaft ist, daß wir als weiße Rasse der Schwarzen verhaft sind, daß wir als unbedingte Herren ihres Landes, als Eindringlinge gelten.

Das Mögliche habe ich geleistet, indem ich 10 Jahre lang mit einer Schutztruppe von nur 700 Mann unsere Herrschaft behauptet habe. Nur durch Paktieren mit den eingeborenen Stämmen, nur,

indem ich stets den einen gegen den andern ausspielen konnte, war dieser Erfolg zu erzielen. Insbesondere unserer früheren Feind, Hendrik Witbooi, hat mir, nachdem ich einmal sein Freund geworden war, lange Jahre hindurch die wichtigsten Dienste geleistet. Hätte ich ihn nur noch einmal sprechen können, ehe er unrettbar für meine Nation, und in den Klauen fiel; dieses Unglück wäre dann nicht geschehen. Ich kann es mir nur dadurch erklären, daß der 80-jährige das Regiment über seinen Stamm nicht mehr mit alter, unüberwindlicher Gewalt führte, oder daß er verrückt geworden ist. Der einzig günstige Moment für seine Erhebung, der Augenblick, in der er uns hätte vielleicht vernichten können, war ja längst verpaßt. Gerade damals, als seine Feindschaft mir hätte gefährlich werden können, bedachte Hendrik Witbooi meine schwerbedrängte Lage und versprach mir treue Hilfe.“

Man sieht wie ängstlich sich Leutwein auf seine Verteidigung beschränkt. So ängstlich, daß ihm diese Verteidigung sogar vollständig unmöglich wird. Mit Recht weist bereits die Presse darauf hin, daß Leutwein sich durch seine Verteidigung selbst anklage. Denn wenn es wirklich wahr wäre, daß auch bei der mildesten und gerechtesten Kolonialpolitik Auffstände unvermeidlich wären, so wäre es — vom Standpunkt jener Kolonialpolitik aus, deren beamteter Sachwalter Leutwein ja war — unüberzählich gewesen, daß er nicht durch Verstärkung der Schutztruppe der unausbleiblichen Katastrophe vorzubeugen suchte.

In Wirklichkeit freilich lagen, wie wir wiederholt hergetan, die Dinge ganz anders. Die südwestafrikanische Kolonialpolitik war — trotz aller anerkenntniswerten Absichten Leutweins — in der Tat die brutalste und schändlichste Ausplünderungs- und Anechtungspolitik. Sie ging zwar nicht von Leutwein selbst, aber von jenen „dritten Elementen“ aus, deren Schändlichkeiten preiszugeben Oberst Leutwein zu vorsichtig ist. Auch hier offenbart sich wieder die Schwäche und Rednungssträgererei des Mannes. Er hofft offenbar noch immer, auch fernerhin noch im Kolonialdienst verwendet zu werden. Blauderte er aus der Schule, so würde er die ganze Meute unserer Kolonialadventurer gegen sich mobil machen und seine fernere Karriere rücksichtslos verderben. Ein ehrlicher und fester Charakter würde freilich darauf pfeifen — allein Leutwein ist offenbar schon längst das moralische Rückgrat gebrochen worden. Er ist ein Kriecher geworden, er will schweigen, damit auch seine Gegner schweigen! Eine traurige Entwicklung für einen Mann, den man ehemals für einen besseren halten mußte!

Bemerkenswert ist noch, was Leutwein über den ferneren Verlauf des Herero-Vernichtungszuges äußert:

„Der große Krieg ist schon heute zu Ende und der kleine Krieg wird um so eher beendet werden, je weniger wir uns den Schwarzen gegenüber als unversöhnliche Gegner zeigen. Wenn wir uns damit begnügen, an einzelnen überführten Würdern unserer Farmer ein Exempel zu statuieren, so mag unsere Strafpolitik manche vorgezeichnete Maßregel außer acht lassen. Der Zustand selbst hat die Aufständischen auch schwer genug bestraft.“

Ob man der milderen, vernünftigeren Auffassung Leutweins Rechnung tragen wird? Wir zweifeln einstweilen sehr daran!

„Kurz Streiflichter“ will die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in ihrem Wochenrückblick auf den sozialdemokratischen Preuentag werfen. Der Rückblickartikel ist quantitativ gewaltig aufgeschwollen, aber die „Streiflichter“ sind so schlüsslos und so verwickelnd kurz, daß kein etwaiger Leser norddeutscher Weisheit sich irgend welcher Erleuchtung aus diesem Streiflichterquell erwahren kann. Das einzig Richtige des Artikels ist in dem Beständnis enthalten, daß es sich erübrige, „in eine laudliche Disziplin der einzelnen von dem Delegiertentag der preussischen Sozialdemokratie gefaßten Beschlüsse einzutreten.“ Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat hierdurch ihre Ausführungen vortrefflich gekennzeichnet: Keinerlei sachliches Eingehen auf die bedeutsamen Fragen, die der Parteitag behandelt hat, sondern allerlei unsicheres, widersprüchsvolles Gerede neben Schimpfereien gegen die Sozialdemokratie. Zwei Beispiele können genügen, die grenzenlose Oberflächlichkeit zu erweisen, deren das Regierungsgeschäft sich erfolgreich befleißigt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gefiehl mehrfach zu, daß es in Preußen „auch wirkliche Mißstände“ gibt. Aber weder sagt sie, welche Mißstände nach ihrer Ansicht vorhanden sind, noch sagt sie, wie diese Mißstände beseitigt werden sollen. Statt dessen unternimmt sie den ärmtlichen Spottversuch, es habe zur Aufhebung der Mißstände „freilich der geistigen Anstrengung der Sozialdemokratie längst nicht mehr bedurft“. Aber sie verkennt zu offenbaren, warum diese Mißstände, wenn ihr Vorkommen anerkannt wird, nicht längst von der Regierung, die das Blatt verteilt, bekämpft worden sind. Ein anderer Fall: Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt zur Sache des Landtags-Wahlrechts, die Sozialdemokratie habe sich „die Frage leicht gemacht, indem sie einfach derartig exzessive Forderungen aufgestellt hat, daß ihre Verwirklichung erst an dem St. Annenkleinstag zu erwarten steht, an dem der Zukunftsstaat in die Erscheinung tritt.“ Wie „leicht“ macht sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Behandlung des Grundproblems der preussischen Entwicklung! Sie redet von unseren „exzessiven“ Forderungen, als ob auch sie eine Verbesserung des elendesten aller Wahlsysteme vertrete. Aber wirklich sagt sie nichts davon, wo das „Exzessive“ der Forderungen beginnt, wie weit sie eine Verbesserung zu Gunsten der entrechteten unteren Volksklassen auf dem Boden ihres Gegenwartsstaates für wünschenswert und möglich hält. Und vor allem vertritt sie nichts davon, warum ihr hoher Inspirator, der preussische Ministerpräsident, anstatt das Wahlrecht zu verbessern, nur an eine Fiktion denkt, die das Wahlrecht erst recht erhalten will.

Es zeigt sich, daß die Beständnisse, es gebe Mißstände und es sollten nur nicht exzessive Forderungen gestellt werden, nicht als leere Worte sind, erzwungen durch den starken, vergeblich abgelegneten Eindruck des sozialdemokratischen Preuentages, und zu dem Zweck bestimmt, den Schein einer reformatorischen Reizung zu erwecken. —

„Reformen“ im Auswanderungswesen. Das von uns fortgesetzt veröffentlichte Anlagematerial gegen die preussische Auswanderungsschande hat nun abermals zu — „Konferenzen“ geführt. Aus Thörn melden die Blätter:

Hier fand unter dem Vorsitz eines Geheimrats aus dem Ministerium des Innern eine Konferenz von Landräten der Grenzkreise und von Bürgermeistern der Grenzstädte statt. Es wurde über eine Reform der Auswanderer-Kontrollstationen und über die einheitliche Handhabung der Ausweisung von russischen Staatsangehörigen beraten.

Was bei den „Reformen“ herauskommen wird, bleibt abzuwarten. Wir sind mißtraulich. Es gibt nur eine Reform, welche uns von der Schande der Ballin-Wirtschaft und den Rußlanddiensten befreit: Vereinfachung aller polizeilichen Vorschriften, welche russische Auswanderer und Mischlinge behindert, auf jedem Wege, der ihnen möglich und rätlich erscheint, Deutschland frei zu passieren! —

Zum Dessauer Justizsurteil macht in der letzten Nummer der „Deutschen Juristen-Zeitung“ Professor Mayer-Straßburg beachtenswerte Ausführungen. Er wendet sich besonders dagegen, daß auf den in Betracht kommenden Tatbestand überhaupt der Begriff des Auftrags in Anwendung gebracht worden ist. Den Auftrag bedingt nach § 106 des Militär-Strafgesetzbuches eine „Zusammenrottung“ mehrerer Personen. Professor Mayer betont nun entschieden, daß von einer Zusammenrottung im Dessauer Fall keine Rede sein kann: „Denn sicherlich waren an dem Exzeß gegen

den Unteroffizier nur zwei Soldaten beteiligt, und zwei Menschen können eine Zusammenrottung nicht bilden. Allerdings sind nach einer auch vom Reichsgericht und vom Reichs-Militärgericht angenommenen Ansicht zwei Personen genug; leider hat sich das Kriegsgericht in Dessau dieser oft angegriffenen Interpretation angeschlossen. Ihr starker zwingende Argumente entgegen. Es gibt keinen speziellen juristischen Begriff der Zusammenrottung. Jeder stellt sich aber unter Zusammenrottung einen Haufen Menschen vor. Wenn das Gesetz von der Vorstellung, daß zwei Personen einen Aufruhr veranlassen können, ausgegangen wäre, so hätte es eine Zusammenrottung nicht gefordert und sich begnügt, den Tatbestand durch die Worte, „wenn mehrere mit vereinten Kräften es unternehmen . . .“, zu beschreiben. Man behandelte also das Merkmal Zusammenrottung als einen überflüssigen, nicht bedeutenden Zusatz, wenn man zwei Menschen, die mit vereinten Kräften einen Vorgesetzten angegriffen haben, als Aufrührer bestraft. Es ist aber nicht jede Menschenmenge eine Zusammenrottung; eine Menschenmenge kann als rein passive Schaar (die Zuschauer bei einem Festzug) gedocht werden; für die Zusammenrottung ist Aktivität wesentlich. Erst dieses Moment schafft die Beteiligungsmöglichkeit, auf die es beim Verbrechen des Aufruhrs ankommt. Fest steht, daß die Vereinigung der beiden Verurteilten auch nicht im entferntesten eine Zusammenrottung gewesen ist.“

Ueber die Festungsfähigkeit des Häffener ist, wie die „Coblenzer Zeitung“ berichtet, eine Untersuchung eingeleitet worden, deren Ergebnis demnächst das Generalkommando des 8. Armeekorps bekanntgeben wird. —

Ein Heinzemann des Zentrums. Der Erste Staatsanwalt zu Breslau veröffentlicht in der letzten Nummer des „Breslauer Regierungs-Amtsblattes“ folgende Bekanntmachung:

Durch Beschluß des königl. Amtsgerichts Breslau vom 14. Dezember 1904 ist die im „Dresdner Roman-Verlag“ erscheinende Zeitschrift: „Graf Franz von Sade, der Frauenräuber“ wegen ihres unzüchtigen Inhalts gemäß § 184 Nr. 1 St.-G.-B. § 94 ff. St.-P.-O. beschlagnahmt. Den Hauptvertrieb dieses schändlichen Machwerkes für Breslau hatte der vom Zentrum gewählte Stadtverordnete Buchhändler Schild. Unserem Breslauer Parteiblatt, der „Volkswacht“, ist es zu verdanken, daß das Sittlichkeitsgeschäft des Zentrumsmannes gehörig aufgedeckt wurde. —

Eine Begnadigung. Nach einer Meldung aus München befindet sich unter den Strafgefangenen, welchen anläßlich des Weihnachtstages der Rest ihrer Strafe im Gnadenwege erlassen wurde, der Fabrikant und ehemalige Landtags- und Reichstags-Abgeordnete für den Wahlkreis Schwab-Ingolstadt, Leonhard Seybold, der am 2. Januar 1904 von der Strafkammer des Landgerichts München wegen Betruges und Urkundenfälschung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt wurde. —

Bayerische Soldatensoldaten. Das Ober-Kriegsgericht Würzburg hatte sich mit zwei Soldatenaquidanten zu befassen. Der Sergeant Hoppe vom 23. Infanterie-Regiment in Landau in der Pfalz hatte in über 100 Fällen ungeschickte Rekruten ins Geficht, auf den Kopf etc. geschlagen, vor die Brust gestochen, auch mit dem Seitengewehr schlug er zu. Dafür hatte ihn das Kriegsgericht Landau zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Weil nicht auf Degradation erkannt worden war, ergriff der Gerichtsherr Verurteilung, und das Ober-Kriegsgericht sprach die Degradation aus. Der Sergeant Bernhart vom gleichen Regiment hatte sich in 45 Fällen an Soldaten in ähnlicher Weise vergreifen, wofür er vom Kriegsgericht 2 Monate 20 Tage erhalten hatte. Auch hier ergriff der Gerichtsherr Verurteilung, weil nicht die Degradation ausgesprochen wurde, ebenso der Angeklagte, dem die Strafe zu hoch war. In diesem Falle verwarf das Ober-Kriegsgericht die beiden Verurteilungen. —

Verfassungsreform von Zentrums Gnaden!

Stuttgart, 2. Januar. (Privat-Telegramm.) Nach den Weihnachtstagen wurde bekannt, daß in der stillen Woche der Ministerpräsident v. Preußing wiederholt längere Besprechungen mit dem Abg. Gröber und dem Präsidenten der Ersten Kammer Graf Nechberg gehabt habe. Die Vermutung, daß die Konferenzen der Verfassungsreform galt, lag nahe und findet heute in einer offenbar inspirierten Nachricht eines württembergischen Blattes ihre Bestätigung. Danach hat der Minister den beiden von ihm zu sich geladenen Politikern ebenso eindringlich in der Sache, wie verständlich in der Form zu Gemüte geführt, daß die Regierung mit allem Nachdruck die Verfassungsreform betreiben müsse und daß namentlich die Reform der Ersten Kammer im eminenten Interesse dieser selbst gelegen sei. Die Folgen, die ein abermaliger Konflikt der Ersten Kammer mit der Regierung und der Zweiten Kammer haben müßte, seien aufs ernste zu erwägen. Diese demütigen Bitten des Ministers verfehlten völlig ihren Zweck, denn sie besitzigten nur die völlige Ratlosigkeit, mit der die Regierung dem Problem der Verfassungsreform gegenüber steht. So warf sich Gröber in die Brust und erklärte, daß das Zentrum nur dann bereit sei, an eine Verfassungsreform überhaupt zu denken, wenn die Regierung die schon im Jahre 1899 erhobene Forderung des Zentrums nach Zulassung der Mönche und verfassungsmäßiger Festlegung der Oberaufsicht des Bischofs von Rothenburg über die katholischen Volksschulen zugestünde. Graf Nechberg schloß sich im wesentlichen dieser Auffassung an. Die Regierung hat die wegworfende Behandlung vollaus verdient. Sie hat alle Trümmer aus der Hand gegeben, als sie sich feierlich auf die Verfassungsreform im Wege des Zusammenwirkens beider Kammern festlegte. Sie hätte den einfachen und gangbaren Weg der Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung auf Grund allgemeinen Wahlrechtes beschreiten können, denn die einer Art württembergischen § 14 entsprechende Notverordnung aus dem Jahre 1849, auf welcher das fragwürdige Daseinsrecht der gegenwärtigen Verfassung beruht, erklärt diese ausdrücklich für ein Provisorium. Die Wahrheit ist, daß außer der Sozialdemokratie kein maßgebender politischer Faktor in Württemberg ernstlich eine Wahlreform in demokratischem Sinne will, nicht die Regierung und nicht die Parteien. So ist es kein Wunder, wenn das Zentrum sich als Herr der Situation fühlt und nicht geneigt ist, seine Machtstellung irgendwie beschränken zu lassen. —

Ausland.

Dänemark.

Der Ruffenkurs.

Die Anfertigung von Rehrifeln russischen Kalibers wird un-aufhörlich fortgesetzt. Auch in der verflochtenen Woche wurde in der königlich dänischen Gewehrfabrik Tag für Tag überzeit gearbeitet. Wir „Social-Demokraten“ vorgestern mitteilten, ist am vorigen Sonntag wiederum eine große Menge Rubel für den Rehrifeln nach Hamburg verhandelt worden: nämlich 45 Kisten voll. Im ganzen sind bis jetzt 150 große Kisten voll derartiger Waffenteile nach Hamburg geschickt worden. Es ist offenbar bisher nichts geschehen, was darauf schließen ließe, daß der Kriegsminister wirklich seinem Versprechen gemäß dafür sorgen wird, daß kein einziges Gewehr außer Landes gehen soll, ohne nicht volle Garantie dafür geschaffen ist, daß es seiner kriegsfähigen Macht in die Hände kommt. Auch der Justizminister Alberti, der bei der Ausfahrt der russischen Offiziere so ansichtlich um die Wahrung der Neutralität bemüht war, das er alles aufbot, um eine in Japan erdachte Anklagen der Schiffe unmöglich zu machen, rührt keine Hand, diesen offensibaren Neutralitätsbruch zugunsten Rußlands zu verhindern. Dieser Justizminister steht übrigens auch sonst in der Verwaltung seines Amtes russischen Auffassungen sehr nahe. Er hat eine Zensur eingeführt, wie man sie seit einem Menschenalter in Dänemark nicht mehr gekannt hat, die sogar Erklären bei den ehemaligen konservativen Justizministern Kellermann und Goss erregt. Früher wurde die Theaterzensur von einem

literarisch gebildeten Manne, dem Professor Möller, ausgeübt und ohne große Strenge gehandhabt; Alberti aber hat den Obergerichtsanwalt Lewin damit betraut und seitdem ist er z. B. verboten, in den sogenannten „Rebuen“ (humoristische Vorträge) die Namen der Minister zu erwähnen, wogegen man früher die konservativen Minister in solchen Vorträgen nach Herzenslust verspotten konnte, ohne daß der Zensur der konservativen Regierung dagegen einschritt. Kürzlich hat nun Albertis Zensur folgende Probe seines Antiseifers abgelegt:

Am zweiten Weihnachtstages wurde auf dem Arbeiter-Theater in Kopenhagen zum erstenmal ein Drama „Lebens-Lügen“ („Livets Løgen“) von Th. Stauning aufgeführt. Darin wird auch über die Arbeiterschul-Gesetze gesprochen und in einem Dialog werden einem Arzt folgende Worte in den Mund gelegt:

„Über es sind noch genug Mängel vorhanden, was nicht so verwunderlich ist, wenn man sich daran erinnert, was es für Leute waren, die tonangebend unter den Gesetzgebern auf diesem Gebiet waren.“

Von diesen Worten hat der „liberale“ Zensur die hier gesipert geäußerten Lebensläge sämtlich gestrichen. An einer anderen Stelle des Schauspiels tritt ein Journalist auf und sagt von einem schwedischen Arbeiter, wenn dieser den Fabrikanten am Arm gefaßt und ihn geschüttelt hätte, so wäre er zu Wasser und Brot verurteilt und wahrscheinlich aus dem Lande ausgewiesen worden.“ Diese Bemerkung, die übrigens nur dem entspricht, was schon oft geschehen ist, hat der Zensur ebenfalls gestrichen. Unser Bruderorgan hat nun die ehemaligen konservativen Justizminister Kellermann und Goss über ihre Meinung diese Art Zensur betreffend, befragt und beide konnten sie mit Recht hervorheben, daß unter ihrer Amtsführung derartige Streichungen nicht vorgenommen worden sind.

„Social-Demokraten“ bemerkt unter andern zu dieser neuesten Frucht des liberalen Regimes: „Ob wohl irgend ein Mensch jemals gedacht hat, daß so etwas möglich wäre nach einem dreißig-jährigen Kampfe der Linken für den Freisinn?“

Jedenfalls hat nicht einer von den vielen tausend Sozialdemokraten, die in jenen dreißig schweren Jahren Seite an Seite mit der Linken kämpften und den Vätern der Linken zur Macht verholfen, geträumt, daß man sich nach drei Jahren Linkenregierung verurteilt fühlen könnte zu sagen: „Gebt uns Kellermann und Goss wieder!“ —

Italien.

Das Recht zu töten gerichtlich anerkannt haben wieder einmal zwei dieser Tage ausgesprochene Gerichtsurteile. In Neapel wurden in der Voruntersuchung sämtliche Polizisten freigesprochen, die am 31. August 1903 sieben Landarbeiter in Torre Annunziata niederschossen. Ebenfalls stellte die Voruntersuchung das Verfahren ein gegen die neun Soldaten, die im September vorigen Jahres in Baggeru in Sardinien auf die streikenden Bergarbeiter schossen und drei von diesen töteten. Dagegen wurde das Strafverfahren eingeleitet gegen sechs Arbeiter, die bei derselben Gelegenheit anstatt sich einfach totschlagen zu lassen, sich durch Steinwürfe zur Wehr setzten. Der Prozeß findet am 23. Januar statt. — Als Vertreter der Arbeitskammern und Hilfsklassen wurde der Abgeordnete Filippo Turati am 29. Dezember v. J. in den Ausschuss des Auswanderungsamtes gewählt. Von 82 wahlberechtigten Körperchaften wählten nur 44. Turati erhielt 18 Stimmen, während sich die übrigen auf sechs andere Kandidaten verteilten.

Rußland.

Im Kampfe um die Verfassung.

Während die westeuropäische Presse den Inhalt der versprochenen Reformen wätersich immer noch tiefstimmig ergründet, — Reformen, deren einziger Sinn nur der ist, daß der Antheil alle ihre Rechte und Vorrechte auch fernerhin unbenommen bleiben sollen, treffen aus allen Teilen Rußlands immer neue Nachrichten von politischen Kundgebungen und Demonstrationen ein, die von einem taftschäftigen und stets um sich greifenden Ringen um politische Freiheiten bereitetes Zeugnis ablegen.

Nach der großen Manifestation in Odessa am 1. Dezember in den Sälen der Stadtduma, Stadtverordneten-Versammlung, von der wir feinerzeit meldeten, sind hier wieder zwei große Kundgebungen, an denen sich Tausende von Personen verschiedener Verufe und Lebensstellungen beteiligt haben, zu verzeichnen.

Aus Anlaß des vierzigjährigen Jahrestages der Einführung moderner Gerichtsinstitutionen in Rußland veranstalteten die Stadtbehörden im Saale des Bezirksgerichts eine öffentliche Feier. Als der programmäßig vorgezeichnete Vortrag zu Ende war und der Vorsitzende die Versammlung geschlossen hatte, trat auf die Rednertribüne ein Mitglied der lokalen sozialdemokratischen Organisation und erklärte die Verammlung für wieder eröffnet. Es folgten Reden sozialistischen Inhalts vor den Tausenden von Zuhörern, die fast alle im Saale blieben, und daran schloß sich ein impetanter Streikenzug mit roten Fahnen und revolutionären Ausrufen an. Die Polizeibühnen waren aber bald zahlreich zur Stelle und gaben sich nun alle Mühe, durch ihr heftigst-robos Verhalten gegen die Demonstration, der politischen Wirklichkeit eine verborgene Illusion zu verleihen. Eine wilde berittene Kosakenhorde stürzte sich auf die friedliche Menge und alles, was nicht flüchten konnte, wurde rücksichtslos niedergeworfen und niedergebunden. Die Zahl der bei dieser Akte Verwundeten soll sehr groß sein, eine schwer verletzte Arbeiterin liegt im Sterben, etwa 60 Personen wurden verhaftet.

Am selben Tage hat in den Sälen der „Adeligen Gesellschaft“ ein großes Bankett der Odessaer Liberalen stattgefunden. Schon der hohe Eintrittspreis, der 3/4 Rubel (zirka 8 Mark) betrug, deutete auf die Absicht hin, nur „bessere Herrschaften“ zu der Versammlung zuzulassen. Trotzdem haben sich auch hier einige Arbeiter eingestellt, von denen einer das Wort verlangte, im Namen der Proletariat, die da unten sich versammelt haben“ und dank der Unterstützung seitens der radikalen Elemente unter den Bankettteilnehmern es auch erhielt. Seine Rede war besonders charakteristisch für die Rolle der vorwärts treibenden Kraft, die die russische Sozialdemokratie in der gegenwärtigen oppositionellen Bewegung übernommen hat und deshalb mögen einige Sätze aus ihr hier wiedergegeben werden:

„Bürger! Ihr habt Euch verlammt, um über die gegenwärtige Sachlage zu beraten und gegen unser politisches Regime zu protestieren. Wie ist es aber gekommen, daß Ihr ruhig in diesem luxuriösen Saale sitzt, während wir, Proletariat, wie Bettler unten stehen müssen, wo wir der Willkür der Polizei preisgegeben sind? Warum sondert Ihr Euch von uns ab, wo es doch die gemeinsame Sache des gesamten Volkes zu verteidigen gilt, von uns, die wir Euch durch unser Schweiß und Blut ernähren, und die wir bis jetzt so stolz und mutig die Fahne der Kampfes für unser aller Befreiung vorangetragen haben? Im Namen der Arbeitermitglieder der hiesigen sozialdemokratischen Organisation verlange ich, daß die Säle zu politischen Versammlungen für alle und jeden offen bleiben. Bürger! Wir durchleben einen wichtigen historischen Moment. Die nächste Zukunft wird die Entscheidung bringen, ob Rußland zu einem Kulturland werden oder ob dem das tatarische Asten sich das europäische Rußland unterwerfen und die Antheil auch weiterhin dem gesamten großen russischen Volke Gesehe diktieren soll. Wir, sozialdemokratische Arbeiter, sehen sehr gut die ganze Schwäche und Mordlichkeit des russischen bürgerlichen Liberalismus, aber momentan stehen wir vor demselben Todfeinde. Eins und dasselbe bedrückt undarmberzig und alle, russische Bürger. Ein und derselbe Vampyr des Absolutismus saugt die Säfte der großen Nation aus. Und deshalb sind wir Sozialdemokraten bereit, Euch als unsere Bundesgenossen zu betrachten, wenn Ihr gewillt seid, die Fahne der nationalen Befreiung ehrlich und tapfer hochzuhalten. Wir verlangen, daß Ihr das schmächtige poli-

tische Verstedenspiel aufgebt, daß Ihr offen erklärt, daß das absolute Regime mit den Interessen des Volkes unvertäglich ist und daß Ihr die Losung: Nieder mit der Alleinherrschaft! auf Eure Fahne schreibt.“ Des weitern zählte der Redner die wichtigsten sozialdemokratischen Forderungen: die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung, Einstellung des Krieges, volle Amnestie für politische Verbrechen und anderes mehr auf und schloß mit den energischen Worten: „Ihrt, Bürger, Mut genug habt, unsere demokratischen Forderungen offen und ohne Schranken zu unterstützen, fordern wir, Arbeiter, Euch auf, an unserer Seite im Kampfe gegen den Absolutismus zu marschieren. In diesem harten Kampfe werden wir Sozialdemokraten bis zum letzten Blutstropfen die Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verteidigen.“

Von den liberalen Rednern haben sich bei dem Bankett besonders drei in Odessa bekannte Persönlichkeiten: Schabotinski, Isagajew und ein gewisser Bogomolez hervorgetan, die wegen ihres Auftretens kurz darauf verhaftet wurden. Das Bankett endete damit, daß der jetzige Bürgermeister von Odessa, Seljony, und das frühere Stadthaupt, Marosly, eine politische Reformen fordernde Eingabe an die Regierung im Namen aller Anwesenden unterzeichneten und sie nach Petersburg abfandten.

Schuscha im Kaukasus, 2. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Steuerinspektor Scherbakoff wurde durch fünf Revolverkugeln am Tage mitten in der Stadt getötet. Den beiden Mördern gelang es, zu fliehen. Es besteht der Verdacht, daß politische Beweggründe dem Verbrechen zugrunde liegen.

Aus Industrie und Handel.

Der Fall Port Arthurs hat auf die Kurse der russischen Werte heute an der Berliner Börse nur einen geringen Einfluß geübt, während die Kurse in Staatspapieren und der Petersburger Banken, vornehmlich der an der Emission der neuen Anleihe beteiligten Russischen Bank für auswärtigen Handel und der Petersburger Diskontobank, in Petersburg mehrgewichtige Abschlüsse erlitten. Auch hier erfolgte zwar zunächst ein nicht unbedeutendes Angebot in russischen Werten, aber die zum Uebernahmefontorium gehörenden hiesigen Banken griffen alsbald zu Interventionskäufen, welche die Kurse stützten. Das ist um so begreiflicher, als die Banken die zu den Ankäufen nötigen Mittel nicht ihrer eigenen Fonds zu entnehmen brauchen. Man hat nämlich bei den Verhandlungen in Petersburg, wie wir aus sicherer Quelle erfahren, in Rücksicht darauf, daß die Emission wahrscheinlich einen Rückgang der älteren russischen Werte an den Börsen zur Folge haben werde, einen „Interventionsfonds“ geschaffen. Es wurde von dem Uebernahmefontorium mit der russischen Regierung das Abkommen getroffen, daß die Banken berechtigt sein sollen, von dem Ertrage der zunächst zur Ausgabe gelangenden Obligationen im Betrage von nominell 324 Millionen Mark bis zu 10 Proz., also bis zur Höhe von 32,4 Millionen Mark, zu kaufen von russischen Staatsanleihe-Papieren und vom russischen Staat garantierten Obligationen sowie ferner auch zu Rückkäufen von Stücken der neuen Anleihe zu verwenden, um die Kurse dieser Werte möglichst auf der bisherigen Höhe zu halten.

Zugleich können wir mitteilen, daß das Uebernahmefontorium für die Plazierung eine Vergütung von 2 1/2 Proz. erhält.

Der Berliner Bau- und Grundstücksmarkt.

Mit alter Pünktlichkeit ist auch diesmal zum Jahresabschluss der Jahresbericht des Vereins Berliner Grundstücks- und Hypothekemakler erschienen. Er bietet eine gute Uebersicht über die Bau-tätigkeit in Berlin und seinen Vororten während des letzten Jahres und die mit dieser zusammenhängende Gestaltung des Hypothekenverkehrs. Wer sich für die Einzelheiten der lehrreichen Entwicklung des Berliner Bauwesens interessiert, den verweisen wir auf den Bericht selbst; hier können nur einige kurze Auszüge über die Grundstücksamäfte im inneren Berlin, die Zunahme der Berliner Neubauten und die Steigerung des Bodenpreises zum Ausdruck gelangen.

Ueber die Zunahme des Bedarfs an großen Geschäftslokalen im Berlin und die hierdurch bewirkten Veränderungen heißt es im Bericht:

„In ganz hervorragender Weise hat die Leipzigerstraße gewonnen, die in kurzer Zeit als ausverkauft gelten kann, ebenso haben die Häuser in der Potsdamerstraße bis zur Brücke eine erhebliche Preissteigerung erfahren. Von den Nebenstraßen der Friedrichstraße bleiben besonders die Französische, Jäger-, Lauben- und Mohrenstraße von der Bankweit und den Versicherungsgesellschaften bevorzugt, während die Straßen in der Nähe des Hausboigtzplatzes von der Konfektionsbranche favorisiert werden. Auch in der Luisenstadt sind rege Umsätze erzielt worden, wenn auch dort die Verläufe gegen die Vorjahre zurückblieben. Während sich in der Friedrichstadt die Notwendigkeit neuer Geschäftslokale geltend machte, war in der Luisenstadt rege Nachfrage nach neuen Fabrikgrundstücken vorhanden. Im Südwesten ist Berlin zugebaut, die wenigen unbauten Parzellen zwischen Kaybach, Ehlauer-, Kreuzberg- und Monumentenstraße werden bald verschwinden sein. Was das Zentrum anbetrifft, so hat man auch dort mit alten und veralteten Grundstücken tüchtig aufgeräumt. In Moabit ist auf dem früheren Vorfigischen Terrain an der Straße Alt-Moabit, Bochumer-, Eberfelder- und Essenerstraße ein ganz neuer Stadtteil entstanden.“

Neben der steigenden Nachfrage nach Geschäftslokalen veranlaßte jedoch auch die rasche Bevölkerungs Zunahme eine vermehrte Bau-tätigkeit. Die Einwohnerzahl Berlins ohne Vororte stieg auf zwei Millionen Seelen. Mit 21 Vororten hatte Berlin im Oktober dieses Jahres 2 584 940 Einwohner (d. i. 3,20 Proz. mehr als im Vorjahre), darunter 3 Städte: Charlottenburg mit 206 048, Schöneberg mit 116 550, Nixdorf mit 118 344 Einwohnern.

Nach dem Bericht betrug die Zahl der Rohbauabnahmen pro 1903 997 (pro 1902 853), um- und Erweiterungsbauten pro 1903 350 (1902 330). Es sind also im Jahre 1903 eine Gesamtzahl von 1347 Rohbauten gegen 1183 im Vorjahre abgenommen worden. Gebrauchsfertig wurden im Jahre 1903 685 Häuser, gegen 606 im Vorjahre. Hierdurch wurden 14 357 Wohnungen (1903 10 840) mit 27 983 heizbaren Zimmern (1903 22 122) geschaffen. Die Zahl der Abbrüche betrug 132 gegen 130 im Vorjahre.

Von Januar 1903 bis Januar 1904 haben sich die leerstehenden Wohnungen ohne Gewerberäume von 4529 auf 5432, solche mit Gewerberäumen von 348 auf 482, die leerstehenden Geschäftslokale ohne Wohnungen von 3236 auf 3433 vermehrt. Bei den Wohnungen ohne Gewerberäume war im letzten Jahre der Zuwachs an leerstehenden nicht mehr so stark wie im Vorjahre. Verursacht man, daß im Jahre 1904 3517 neue Wohnungen mehr als 1903 fertig wurden, so ist die Zunahme von zirka 900 leerstehenden Wohnungen als ein günstiges Zeichen zu betrachten.

Von der Gesamtzahl der leerstehenden Wohnungen entfielen auf solche mit:

	1	2	3	4	5
	Zimmer	Zimmer	Zimmer	Zimmer	Zimmer
1904	1256	1463	1035	550	371
1903	989	1298	869	429	298
1902	761	933	587	245	208
1901	519	288	162	155	206
1900	1172	562	330	333	276

Sehr beträchtlich war die Bodenpreissteigerung, besonders auf Wilmersdorfer und Charlottenburger Gebiet, so daß den Grundstückspekulanten und Terraingesellschaften, die dort größeren Grundbesitz erworben haben, müdelos reiche Gewinne in den Schoß fielen. Dafür nur einige Beispiele. Nach Volz's (Grundbesitz und Wohnungsfrage) erzielte ein 80 Morgen großes Terrain in der

Wegend der heutigen Inflationsrate im Jahre 1891 900 M. pro Morgen (d. i. etwa 1,85 M. pro Quadratrute), im Jahre 1871 einen Preis von 10—11 M. pro Quadratrute, während der heutige Wert in unfertigem Zustande durchschnittlich auf 800 M. pro Quadratrute zu schätzen wäre. Nach derselben Quelle wurde das den Kurfürstentum begrenzte Terrain bemerkt: 1890, mit 0,1, 1872 mit 0,5, 1890 mit 30, 1898 mit 50 Millionen Mark, jetziger Wert 60—85 Millionen Mark.

Zur Konzentrationsbewegung im Bankgewerbe während des Jahres 1904. In seiner Uebersicht über die Börsen, Banken und den Geldmarkt im letzten Jahre beschäftigt sich der Berliner Handelskammerbericht, aus dem wir vor einigen Tagen schon einige Abschnitte mitteilten, auch mit der Konzentration, die sich auf industriellen wie auf bankgewerblichen Gebiete im letzten Jahre vollzogen hat, und gibt im Anschluß daran eine Zusammenfassung der wichtigsten Vereinigungen und Interessenkoalitionen, die im Jahre 1904 im Bankgewerbe stattgefunden. Die auf dem Wertpapiermarkt schon seit der Heberwindung der Krise von 1901 vorherrschende günstige Tendenz, heißt es in dem Bericht, hat mit geringen Unterbrechungen angehalten und zu einer allgemeinen Hebung der Kurse geführt, von der als einzige Ausnahme nur die inländischen ginstigsten Anleihepapiere nicht zu profitieren vermochten. Wesentlich unterstützt wurde die gute Stimmung durch das Streben nach Zusammenfassung, das im Berichtsjahre an Stärke und Umfang bedeutend zugenommen und immer größere Gebiete des wirtschaftlichen Lebens ergriffen hat. Hatte diese Konzentrationsbewegung, unablässig gefördert durch das Börsen-, das Reichssteuer- und Depotsystem, sich zuerst im Bankwesen geltend gemacht, und hat sie auf diesem Felde auch in 1904 sehr bemerkenswerte Fortschritte aufzuweisen, so haben auch in anderen Handelszweigen und in der Industrie, und zwar nicht bloß in der Rohstoffindustrie, Vereinigungen in den verschiedensten Formen (Bildung von Interessengemeinschaften, Kartellen, Syndikaten usw.) in erheblichem Maße stattgefunden. Es scheint, daß der Zug nach dem Großen unauflöslich ist, und daß mit der zunehmenden Entwicklung der Dinge auch Konzentration immer lebhafter wird und immer weitere Kreise zieht. Wir erkennen nicht, daß die dadurch erzielte Vereinfachung der Produktion, die Regelung der Preise, der Erzeugung und des Absatzes der nationalen Wirtschaft erhebliche Vorteile bringt; andererseits wird aber nicht geleugnet werden können, daß diese Konzentrationsbewegung nach mancher Richtung Nachteile in sich birgt, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden sollte. Nicht nur werden durch den Ausfallungsprozeß viele der bestehenden kleinen und mittleren Betriebe mit der Zeit verschwinden, es wird auch auf die Errichtung neuer verzichtet, der Unternehmungsgeist unterbunden und der Zwischenhandel immer mehr ausgeschaltet werden.

Die Deutsche Bank hat ihr Aktienkapital um 20 auf 180 Millionen erhöht und ihre Interessensphäre durch Übernahme von Aktien der Oldenburgischen Spar- und Leihbank, der Emdener Bank, durch Vereinigung der Oberhessischen Bank mit der Rheinischen Kreditbank (deren Aktienkapital von 50 auf 70 Millionen erhöht wird) und Abschluß von Vereinbarungen, die ein Hand in Handgehen der letzteren mit der Deutschen Bank bezwecken, durch Aufgehen der Triester Bank, des Badersteinschen Bankvereins in Baderborn, der Bankhäuser Lazard Bruch u. Co. in St. Johann-Saarbrücken und Gebr. Wolsenitz in Krefeld in die Bergisch-Märkische Bank, die ihr Kapital zu diesem Zwecke auf 60 Millionen erhöhte, während der Schlesische Bankverein mit einer Vermehrung seines Kapitals auf 30 Millionen vorging, aufs neue beträchtlich erweitert. Die Diskontogesellschaft hat mit dem Barmer Bankverein, der zahlreiche Filialen betreibt, intime Beziehungen, und durch die Vereinigung der Oberlausitzer Bank in Jittau und der Vereinsbank in Jüdisau mit der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt in Leipzig einen engeren Verkehr mit dem Geschäftsbezirk dieser Banken hergestellt. Die Interessengemeinschaft Dresdner Bank-Schaaffhausen hat durch die Vereinigung mit der Deutschen Genossenschaftsbank, hier, der Niederhessischen Bank in Krefeld und der Westfälischen Bank in Bonn und Fortführung der großen Anzahl Zweigniederlassungen und Eigentümern dieser Banken sowie Übernahme des Bankhauses von Erlanger u. Söhne in Frankfurt a. M. eine weitere nennenswerte Ausdehnung gewonnen; das Grundkapital der Dresdner Bank wurde um 20 auf 160 Millionen, das A. Schaaffhausenschen Bankvereins um 25 auf 125 Millionen erhöht. Die Darmstädter Bank hat die Vereinsbank Bismarck übernommen und an diesem Orte eine Filiale errichtet, ferner die Geschäfte des bis dahin von ihr kommanditierten Bankhauses Robert Warschauer u. Co. in der Hauptsache mit dem ihrigen vereinigt und ihr Kapital um 22 auf 164 Millionen erhöht. Die Berliner Bank, deren Verschmelzung mit der Deutschen Bank beabsichtigt, aber nicht zustande gekommen war, schloß in den jüngsten Tagen mit der Commerz- und Diskontobank ein Abkommen, wonach sie in diese Bank, welche zu diesem Zwecke ihr Kapital um 35 auf 85 Millionen erhöht, aufgehen wird.

Schiffahrt auf der Oavel. Da die Vorkastelfeise in Brandenburg vom 1. Januar bis 15. März 1905 gesperrt ist, muß der gesamte Verkehr in dieser Zeit die Stadtschleuse benutzen. Wie der Berliner Handelskammer mitgeteilt wird, ist es zur Erleichterung des Verkehrs ausnahmsweise gestattet, die Stadtschleuse in der angegebenen Zeit mit Schiffen bis zu 7,40 Meter Breite zu durchfahren.

Gewerkschaftliches.

Das erste Jahrbuch des Metallarbeiter-Verbandes. Bismarck hat, ist jetzt ein Jahrbuch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erschienen, welches neben einer allgemeinen Uebersicht über die Entwicklung der Organisation bis Ende 1903 auch Spezialberichte aus den verschiedenen Gauen enthält. Wenn das Verbandsgebäude durch die Entwicklung im Jahre 1904 gegenüber dem Berichtsjahre auch schon wieder ganz gewaltig umgestaltet worden ist — betrug doch die Mitgliederzunahme im letzten Jahre fast 40 000, gleich 25 Proz. — so bringt das Jahrbuch doch noch eine Menge Daten und Angaben von allgemeinem Interesse. Sehr stark ist z. B. die Fluktuation und relativ gering ist der Stamm derjenigen Mitglieder, welche der Organisation seit mehr als einem Jahr beizugehört. Im Jahre 1902 tätigte die Organisation 70 033 Neuaufnahmen, die wirkliche Mitgliederzunahme beträgt aber nur 25 937, annähernd doppelt so viel, nämlich 45 096 Mitglieder, gingen der Organisation wieder verloren. Im Jahre 1903 betrug bei 101 281 Neuaufnahmen die Zahl der Ausscheidenden 69 088, nicht halb so viel, nur 31 293 Mitglieder kamen wirklich im Zuwachs. Die Zahl derjenigen, welche der Organisation länger als seit 1898 angehört, macht nur 9,8 Proz. der Gesamtmitgliedschaft aus. Die Mitglieder aus den letzten drei Jahren repräsentieren rund 78 Proz. der gesamten Mitglieder. Das ist kein sehr erfreuliches Resultat, es drängt zu dem Schluß, daß die meisten Mitglieder die Zugehörigkeit zur Organisation nur als Versicherungsgeld für die Wanderjahre betrachten. Der Vorstand glaubt aber konstatieren zu können, daß sich mit dem Ausbau des Unterstützungswezens ein Umschwung bemerkbar macht. Im Jahre 1903 sind nämlich von dem im Jahre vorher Eingetretenen rund 40 Proz., von den 1898 Getretenen aber nur 17,6 Proz. wieder ausgeschieden. Aus diesen beiden Angaben Schlüsse zu ziehen, halten wir für etwas sehr lässig, die angezogenen Ergebnisse sind überhaupt kaum vergleichbar. Der Vorstand ist auch vorsichtig genug, keine „allgemein gültigen Schlüsse“ ziehen zu wollen. Großzügige, von der Organisation in die Öffentlichkeit getragene sozialpolitische Agitation, würde nicht nur werbekräftig sich erweisen, sondern auch der Fluktuation entgegen wirken. Die Organisation zählt jetzt fast 300 000 Mitglieder. Eine von solcher Mitgliedschaft getragene Agitation kann nicht unbeachtet bleiben und würde der Tätigkeit der Sozialdemokratie auf sozialpolitischem Gebiet einen fruchtbringenden Resonanzboden darbieten. — Die sonstigen im Jahrbuch enthaltenen Angaben von allgemeinem Interesse sind bekannt, durch die Publikation anläßlich der jüngst erfolgten erstmaligen Auflage des Verbandsorgans in 200 000 Exemplaren.

Berlin und Umgegend.

Die Holzindustriellen gegen den Friedensschluß.

Die Tischlermeister und Holzindustriellen Berlins und Umgegend hielten gestern Abend eine Generalversammlung ab, um zu dem gegenwärtigen Stande des Lohnkampfes Stellung zu nehmen. Nach mehrstündiger Versammlung gelangte folgende Erklärung zur Annahme:

„In Erwägung, daß die Arbeitnehmer in den bisher zwecks Beendigung des jetzigen Lohnkampfes geführten Verhandlungen wiederholt die Erklärung abgegeben haben, daß nach ihrem Dafürhalten in einer sehr großen Anzahl von Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse „ungeregelt“ seien, und daß diese „Regelung“ eine Vorbedingung des Friedensschlusses sein müsse;

in weiterer Erwägung, daß die Arbeiter es bisher abgelehnt haben, die Art dieser sogenannten „Regelung“ und der von ihnen zu stellenden Forderungen zu bezeichnen, sondern vielmehr verlangt haben, daß diese Angelegenheiten der in Aussicht genommenen Schlichtungskommission zur Bearbeitung überwiesen werden;

in weiterer Erwägung, daß durch ein solches Zugeständnis von Seiten der Arbeitgeber eine Gewähr für einen längeren Zeit andauernden Frieden nicht geschaffen, den Arbeitern aber die Möglichkeit gegeben wird, unaufhörlich neue Forderungen von prinzipieller Bedeutung zu stellen und dieselben mit allen ihnen zugänglichen Kampfmitteln durchzusetzen,

erklärt sich der Unterzeichnete ausdrücklich damit einverstanden, daß der Vorstand der Freien Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin auf dem bisher von ihm eingenommenen Standpunkte strikter Ablehnung einer derartigen unabhingigen Forderung beharrt, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch das Ende des Lohnkampfes noch eine kurze Zeit verzögert wird.“

Dieser Beschluß wird allen interessierten Tischlermeistern zur Unterzeichnung unterbreitet.

Die Aussperrung in der Gelbmetall-Industrie

hat sich nun auch in das neue Jahr unverändert hinübergezogen, nachdem sie im alten Jahre bereits 15 volle Wochen andauerte. Gestern hielten die Streikenden und Aussperrten wieder eine Streikversammlung ab, die ebenso wie vor den Festtagen äußerst stark besucht war. Cohen erinnerte an die Hoffnungen der Industriellen Schatzmacher, die bekanntlich dahin gingen, daß die Streikenden mit dem Beginn des neuen Jahres wohl sicher zu Kreuze kriechen würden. Hatte doch u. a. die Firma Erich u. Söhne ihre Kundschaft mit der Lieferung bestellter Waren ausdrücklich unter dem Hinweis auf die voraussichtlich zu Neujahr erfolgende Wiederaufnahme der Arbeit versichert. Jedoch ebenso vollständig und geschlossen wie die streikenden Gürtler und Drücker im alten Jahre diesen heroischen Kampf führten, genau so fest stehen sie auch im neuen Jahre gegen die Kühnheiten in Reich und Glied. Von den circa 3000 Streikenden und Aussperrten ist kaum ein Dutzend abtrünnig geworden. Die kompakte Masse der Kämpfenden sieht dem weiteren Verlauf der Dinge mit derselben Inbrunst entgegen wie am ersten Streiktag. Ja, die allgemeine Stimmung ist noch bedeutend gehoben worden durch den bisherigen Verlauf der Aussperrung in der Holzindustrie. Die Streikenden sind der Meinung, daß wenn sich die Holzindustriellen nichts vergeben haben, als sie mit den ausgesperrten Holzarbeitern in Verhandlungen traten, sich auch die Metallwaren-Fabrikanten durch Einleitung gegenseitiger Verhandlungen ebenfalls nichts vergeben können, umsoweniger als sie doch endlich einsehen müssen, daß an ein bedingungsloses Niedergehen des Metallarbeiter-Verbandes nicht zu denken ist. Unter lebhaftem Beifall der Anwesenden erklärte die Streikleitung auch in der gestrigen Versammlung: Jede Hoffnung der Fabrikanten auf eine bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit sei diebstahlvergeblich. Der Kampf werde fortgesetzt, bis eine Verständigung auf annehmbarer Grundlage erfolgt.

Die streikenden Klavierarbeiter hielten am Montagvormittag wieder eine Versammlung ab, um über die Situation des Streiks zu beraten. Wie der Referent Siefeld berichtete, hat sich seit der letzten Versammlung, die vor zwei Wochen stattfand, an der allgemeinen Lage nichts geändert. Ueber 400 Kollegen befinden sich noch im Streik, davon gehören 280 den Holzarbeiter-Verbanden an. Der Redner ist der Meinung, daß die bevorstehende Einigung der Tischler einen günstigen Einfluß auf den Streik ausüben werde. — Nach dem Referat erstatteten die Streikenden aus den einzelnen Betrieben Bericht über die in den betreffenden Fabriken herrschenden Verhältnisse. Aus diesen Mitteilungen ging hervor, daß viele der noch im Streik befindlichen Betriebe mit einer größeren oder geringeren Zahl von Streikbrechern besetzt sind, jedoch handelt es sich meist um minderwertige Arbeitskräfte, die nach Beendigung des Streiks jedenfalls bald wieder entlassen werden. Kleinlein meinte, nach dem, was man jetzt aus den einzelnen Betrieben gehört habe, müsse man zu der Ansicht kommen, daß der Streik beendet sei. Natürlich sei es Sache der Kollegen, zu beschließen ob sie den Kampf weiterführen wollen oder nicht, er halte jedoch den Streik für beendet, nur in der Fabrik von Höfener sei die Situation derart, daß dort unbedingt weiter gestreikt werden müsse. Daß die Einigung der Tischler einen Einfluß auf den Streik der Klavierarbeiter haben könne, betriet der Redner. — Leopold trat der Ansicht Kleinleins entgegen. Wie die Situation jetzt sei, so sei sie schon vor drei Wochen gewesen, als die Kommission die Einstellung des allgemeinen und die Fortführung des partiellen Streiks empfahl. In einer gänzlichen Beendigung des Streiks liege auch jetzt noch keine Ursache vor. Allenfalls liege sich darüber reden, ob jetzt die vor drei Wochen durch die Kommission empfohlene Taktik eingeschlagen werden solle. In verschiedenen Betrieben sei noch etwas zu erzielen und dort müsse weiter gestreikt werden. Vielleicht würde es sich empfehlen, die Kommission zu beauftragen, daß sie untersuche, in welchen Fabriken noch Aussicht auf Erfolg vorhanden sei. — Kleinlein bemerkte hierauf, die Situation sei jetzt doch anders wie vor drei Wochen. Er erklärte sich mit dem Vorschlage Leopolds einverstanden, aber die Fabriken, wo noch weiter gestreikt werden solle, müßten sogleich bekannt gegeben werden. — Siefeld meinte, die Situation sei heute vielleicht doch günstiger als vor drei Wochen. Er müsse der Auffassung Kleinleins entgegengetreten, als ob der Streik keinen Erfolg gehabt habe. In einer Reihe von Fabriken seien die Arbeitsverhältnisse den Forderungen gemäß günstiger gestaltet worden, und die Tatsache, daß ein großer Teil der Kollegen sich jetzt ein volles Vierteljahr im Streik befinden, sei ein Ergebnis der Bewegung, welches die Unternehmer nicht erwartet haben. — Nach weiterer Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung beauftragt die Lehner-Kommission, bis zur nächsten Versammlung, welche spätestens am Dienstag, den 10. Januar, stattfinden muß, nach Rücksprache mit den Vertrauensleuten der bestreikten Betriebe einen genaueren Situationsbericht zu geben und danach geeignete Vorschläge zu machen, welche im Interesse der Allgemeinheit angenommen werden können. Die Anwesenden verpflichteten sich, bis dahin der Kommission das einschlägige Material zu liefern und die in Betracht kommenden Fabriken durch Streikposten eingehend beobachten zu lassen. Zu weiteren Verhandlungen sind die Anwesenden, wie bisher, stets bereit, eine bedingungslose Aufnahme der Arbeit wird jedoch entschieden abgelehnt.

Wahrung! Banarbeiter. In letzterer Zeit haben mehrere Parkeitsfabriken von auswärts hier Lauten übernommen und schiden zu gleicher Zeit die nötigen Parkeitsleger mit, um die Arbeit auszuführen. Diese Leute sind nicht organisiert und arbeiten bedeutend unter den zwischen den hiesigen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbarten Bedingungen. Um mit den Arbeitern Fühlung zu gewinnen und sie zur Organisation heranzuziehen, erucht die Kommission der Parkeitsleger die Banarbeiter, wo Parkeit gelegt wird, festzustellen, von welcher Firma die Arbeiter ausgeführt werden. Es kommen hauptsächlich in Frage die Firma Germania-Belgard und die Firma Heime-Breslau sowie die hiesige Firma A. Mittag, Grolmanstr. 35. Wo

letztere Firma in Betracht kommt, bitten sofort dem Bureau des Holzarbeiterverbandes, Engel-Ufer 15, Telephon Amt IV 8378, oder dem Branchenvertreter Paul Walter, Adenauerstr. 157, Nachricht zu gehen zu lassen. Branchenkommission der Parkeitsobener.

Auf die Zuschrift des Herrn Hoffschlossermeisters Paul Marbus, welche in der Nummer 302 des „Vorwärts“ veröffentlicht ist, erhalten wir folgende Erwiderung: In der Versammlung der Schlosser am 21. November 1904 im Lokale von Buggenhagen (Bericht des „Vorwärts“ in Nr. 275) erklärte ich, daß in einer Anzahl von Schlosserbetrieben es Gebrauch geworden ist, jedem eingestellten Schlosser 20 Pf. vom Lohn für den Arbeitsnachweis der Schlosser-Zinnung abzugreifen, gleichviel ob die Arbeitsstelle dem Betreffenden vom Arbeitsnachweis der Zinnung vermittelt ist oder er sich die Arbeit selbst durch Anschauen usw. besorgt hat. Es soll in einem Betriebe vorgekommen sein, daß innerhalb eines Quartals den Arbeitern circa 50 Mark abgezogen worden sind, ohne daß ein einziger von diesen Arbeitern den Arbeitsnachweis benutzt hätte. — Ferner behaupte ich heute noch, daß das Kuratorium über diese Gelder keine Kontrolle übt und üben kann, weil es dem freien Ermessen des Arbeitgebers anheimgestellt ist, diese Gelder an die Zinnung abzuliefern. Auch weiß ja das Kuratorium nicht, wieviel Arbeiter die Unternehmer einstellen oder eingestellt haben, wenn die Arbeitskräfte nicht vom Arbeitsnachweis der Zinnung bezogen sind. Wie leicht kann mal ein Arbeitgeber vergessen, die Gelder abzuliefern! Wenn Herr Marbus einmal seinen Kollegen, Herrn Obermeister R. Heinrich, fragen würde, wie viel Schlossermeister es vergessen, die Krankenkassenbeiträge, die dieselben ihren Arbeitern vom Lohn bereits abgezogen haben, an die Kasse abzuliefern, dann würde er vielleicht selbst gegen dieses System Front machen. Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß ich weiß, daß die Arbeitnehmer des Kuratoriums mit der Zuschrift des Herrn Marbus im „Vorwärts“ nicht einverstanden sind und Herr Marbus nur im Namen der Arbeitgeber handelte.

Ein Arbeitnehmer des Kuratoriums erklärte mir, daß er zwar schon seit einem Jahre im Kuratorium sitze, aber noch keine Sitzung in diesem Jahre stattgefunden hat. Erst nachdem der Bericht im „Vorwärts“ von der letzten Schlosserverammlung bekannt wurde, hat es Herr Marbus für nötig befunden, eine gemeinschaftliche Sitzung einzuberufen. Ich konnte mit Recht sagen, daß die Gelder angeblich zu wohltätigen Zwecken verwendet werden: denn von den Arbeitnehmern des Kuratoriums, mit denen ich gesprochen — und das sind fast alle —, hat bis heute noch keiner eine Jahresabrechnung bekommen. Daß über die Gelder, die in Arbeitsnachweis gezahlt werden, keine Kontrolle besteht, habe ich gar nicht behauptet. Ich sprach nur von den Geldern, die den Arbeitern bei ihrer Einstellung vom Lohn abgezogen werden, ohne daß die betreffenden Arbeiter den Arbeitsnachweis der Zinnung passiert haben. Und das halte ich noch heute aufrecht trotz der Verächtung des Herrn Hoffschlossermeisters Marbus. Auch bin ich jederzeit bereit, für meine Behauptungen den Wahrheitsbeweis anzutreten.

Gustav Lubatsch, Engel-Ufer 15.

Deutsches Reich.

In der Gothaer Waggonfabrik stehen neue Differenzen bevor. Der Direktor hat einen Holzarbeiter, der sich bei einem Weihnachtsgewinn täglich an seinen Mitarbeitern verging, entlassen. Da das an sich gewiß verurteilenswerte Vorkommnis sich außerhalb des Betriebes zutrug, sehen die Arbeiter die Entlassung als eine unter einem bequemen Vorwand vorgenommene Maßregelung an. Ein Ersuchen der Arbeiter um Wiedereinstellung des Entlassenen wurde von der Direktion abgelehnt.

Die Pelzwarenfabrik von S. Wachtel in Hamburg ist für Kürschner gesperrt. Zahlstelle Hamburg des deutschen Kürschner-Verbandes.

Ausland.

Klassenjustiz gegen die dänische Gewerkschaftsbewegung. Das dänische höchste Gericht hat dieser Tage eine Entscheidung getroffen, die scheinbar geeignet ist, der Gewerkschaftsbewegung großen Schaden zuzufügen, falls sie für alle ähnlichen Fälle geltend gemacht wird. Diese oberste Instanz hat nämlich ein Urteil des Hof- und Stadtgerichts von Kopenhagen bestätigt, das den Vorstehenden des Erd- und Betonarbeiter-Verbands O. P. Lassen verpflichtet, dem Unternehmer Krause Schadenersatz dafür zu zahlen, daß er ihm durch die Notiz, daß sein Betrieb gesperrt sei, Verluste zugefügt hat. Die Erschließung soll durch unparteiliche Männer bestimmt werden. In der Urteilsbegründung heißt es, daß Lassen Krause gegenüber ein „rechtswidriges Verhalten“ gezeigt habe. — In der arbeiterfeindlichen Presse hat das Urteil des höchsten Gerichts selbstverständlich große Befriedigung hervorgerufen. Man täuscht sich aber, wenn man meint, daß nun damit die dem Unternehmertum unangenehme Sperre-Angelegenheit unmöglich gemacht werden. Die Annonce, um die es sich hier handelt, war nämlich an die Allgemeinheit gerichtet, aber niemand kann, wie auch „Sozial-Demokraten“ bemerkt, es dem Leiter einer Gewerkschaft verbieten, sich mit einer ähnlichen Annonce an den beschränkten Kreis der Mitglieder zu wenden, und die Wirkung wird, besonders bei einer so gut organisierten Arbeiterschaft wie die dänische, die gleiche sein.

Ein neuer Streik aus dem Rappahannock-Gebiet von Balu wird gemeldet. Nach amtlicher Meldung begann derselbe am 26. d. M. morgens. Die Arbeiter beschlagnahmten die Telefonlinie Balu-Hanau-Balu und auf den Rappahannock am Rappahannock und Schwanen Meer die Apparate und Maschinen; in Bibi-Ejvat hat der Ausfall ebenfalls begonnen. Derselbe dehnt sich gegenwärtig auf die Umgegend von Balu sowie auf die Stadt Balu aus. Bisher ist es noch zu keinem ernstlichen Zusammenstoß zwischen den Arbeitern und der Polizei beziehungsweise dem Militär gekommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 2. Januar. Amtliche Mitteilung. Gefreiter Karl Wärfel, geboren am 25. Februar 1882 zu Burgscheidungen, früher im Infanterieregiment Nr. 12, am 29. Dezember 1904 im Lazarett Ostjohndu am Typhus gestorben.

Wien, 2. Januar. (B. T. Z.) Das „Fremdenblatt“ bemerkt zu der Bemerkung zu der Meldung, daß die Vertrags-Unterhändler heute Abend nach Berlin abreisen werden: Nach den letzten Dispositionen glaubt man zu der Erwartung berechtigt zu sein, daß die Vertragsaktion im Laufe dieses Monats ihrer positiven Entscheidung zugeführt werden wird. Demgemäß ist die Kündigung des Handelsvertrages seitens der deutschen Regierung aus bisher unterblieben.

Haag, 2. Januar. (B. T. Z.) Das Blatt „Vaderland“ erfährt, Sonnabend habe eine außerordentliche Sitzung des Minister-rats stattgefunden, in welcher die Maßnahmen betreffend die Neutralität der Niederlande in Hollandisch-Indien hinsichtlich der Fahrt der russischen Schiffe beraten wurde.

Orferes (Katon Wallis), 2. Januar. (B. T. Z.) Fünf italienische Schmutzler, welche in der Nacht vom 30. zum 31. vorigen Monats den Col du Valforech überschreiten wollten, sind im Schneefall umgekommen.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Tschifu, 2. Januar. (Meldung des „Reuterischen Bureau“.) Die hier eingelaufenen russischen Torpedobootsgeräthor wurden abgerüstet. Die japanischen Torpedobootsgeräthor verließen darauf den Hafen.

Tschifu, 2. Januar, 1/1 Uhr morgens. (Meldung des „Reuterischen Bureau“.) Die Panzer „Retwisan“ und „Goltava“ und der Kreuzer „Pallada“ gerieten gestern morgen in Brand und fanden am Nachmittag noch in Flammen. Die Russen haben den Panzer „Sewastopol“ in die Luft gesprengt.

Preussischer Parteitag.

In der vorigen Nummer sind die Verhandlungen über die Anträge zurückgestellt worden. Wir tragen die Verhandlungen nach:

Der Antrag Nr. 1: „Für die proletarische Frauenbewegung innerhalb Preußens soll ein Parteisekretariat mit dem Sitz in Berlin errichtet werden. Johanna Löwenberg, Georg Stord.“ wird nicht unterstützt und kommt nicht zur Verhandlung.

Der Antrag Nr. 4 lautet: „Die Kreislonkferenz des Wahlkreises Bochum, Gelsenkirchen, Hattingen erwartet vom preussischen Parteitag einen Beschluß dahingehend, die preussische Regierung aufzufordern, eine eingehende Untersuchung einzuleiten über die Mißstände auf hygienischem Gebiete, die durch den Gelsenkirchener Wasserwerks-Prozeß bekannt wurden. Der Parteitag spricht sein Bedauern aus, daß die Stichschrapnis von der Regierung gebildet wurde.“

Vorsitzender Singer bedauert, daß der Antrag so allgemein gefaßt ist. Selbstverständlich beurteilt der Parteitag das skandalöse Verhalten der Regierung. Er schlägt vor, daß der Parteitag an die preussische Regierung die Forderung richtet, eine Untersuchung einzuleiten und dafür zu sorgen, daß solche Vorgänge nicht wieder vorkommen.

Damit erklärt sich der Parteitag einverstanden.

Der Antrag Nr. 16 lautet:

„Resolution. Der Parteitag der preussischen Sozialdemokratie erhebt entschiedenen Protest gegen die politische Vergewaltigung, denen die Arbeiter und Angestellten in den preussischen Staatsbetrieben ausgesetzt sind. Insbesondere protestiert der Parteitag auf das entschiedenste gegen den Erlaß des Eisenbahnministers v. Budde, wodurch den Arbeitern und Angestellten der preussischen Eisenbahnenverwaltung das Koalitionsrecht unterbunden wird. Der Parteitag erklart in dem Vorgehen des Ministers einen Mißbrauch der staatlichen Gewalt, eine Bevormundung, die sich auf das Abhängigkeitsverhältnis dieser Arbeiterkategorie stützt, jedoch mit dem Recht der Koalition unvereinbar ist. Der Parteitag der preussischen Sozialdemokratie fordert daher die Arbeiter und Angestellten in den preussischen Staatsbetrieben auf, von dem ihnen gewährleisteten Recht der Koalition ausgiebigen Gebrauch zu machen zur Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, zur freien Betätigung ihrer politischen Ueberzeugung.“

Er wird genügend unterstützt.

Reich-Röll führt zur Begründung aus: Verschiedene Prozesse haben uns gezeigt, wie die preussische Regierung die Koalitionsfreiheit der Staatsarbeiter einschränkt, z. B. im Saarrevier. Auf das entschiedenste müssen wir gegen die Unterbindung des Koalitionsrechtes der Eisenbahnarbeiter durch den Minister Budde protestieren. Im Abgeordnetenhaus hat sich ja bei der Besprechung dieser Dinge die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums gezeigt. Herr v. Savigny hat gemeint, die Staatsarbeiter hätten das Petitionsrecht und könnten deshalb das Koalitionsrecht entbehren. Das Petitionsrecht haben alle Arbeiter, das darf keine Beschränkung ihres Koalitionsrechtes mit sich bringen. Ich selbst bin in einem solchen Betriebe gemahregelt worden; ich hatte das Verbrechen begangen, einer gewerkschaftlichen Organisation anzugehören. Ich empfinde dieses Unrecht noch heute aus bitterster Seele, weil ich meine Pflicht als Arbeiter stets erfüllt habe. Der Abg. Rüst erklärte sogar in jener Sitzung, die Arbeiter, die Sozialdemokraten seien, würden zu Recht entlassen. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag wird ohne Erörterung einstimmig angenommen.

Der Antrag 19 lautet:

„Der Parteitag legt entschiedenen Protest ein gegen das Verhalten der preussischen Regierung, beim Erlaß der Ausführungsbestimmungen zum Reichs-Reichsangehörigkeitsgesetz sich unter den Willen der Agrarier zum Schaden der Majorität der Bevölkerung untergeordnet und damit bewußt beigetragen zu haben, daß die ohnehin schon schwer bedrückte Lebenshaltung der arbeitenden Klassen noch tiefer herabgedrückt wird. Der Parteitag erwartet von der Reichsregierung die unverzügliche Einleitung von Schritten auch gegenüber der preussischen Regierung, den bestehenden Reichsgesetzen die notwendige Achtung zu verschaffen und Maßnahmen zu ergreifen, die verhindern, daß den nimmermüden Agrariern wieder auf Kosten des Volkes ein Vorteil erwächst.“

Zubeil. — Schubert.

Er wird genügend unterstützt. Zubeil-Berlin: Es ist bekannt, daß der Reichstag ein Fleischbeschaugesetz gemacht hat, das den Arbeitern gesundes Fleisch garantiert. Aber die beehrlichten, nimmermüden Agrarier haben im Landtage ein Ausführungsrecht durchgesetzt, das diesem Reichsgesetz ins Gesicht schlägt. Die Gemeinden müssen das Fleisch aufnehmen, das die Agrarier nach ihrem Willen unterzugen lassen. Ärzte und Männer der Wissenschaft haben Protest gegen dieses Gesetz eingelegt. Der Parteitag darf nicht vorübergehen, ohne sich diesem Proteste anzuschließen. (Lebhafter Beifall.)

Auch dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 23 lautet:

„Der Parteivorstand wird beauftragt: Die auf dem preussischen Parteitag gehaltenen Referate einzeln in Broschürenform herauszugeben und den Wahlkreisen zur Massenteilung zum Selbstkostenpreise zur Verfügung zu stellen.“

D. Hoffmann-Iserlohn.

Vorsitzender Singer macht darauf aufmerksam, daß der preussische Parteitag dem deutschen Parteivorstande keinen Auftrag erteilen könne. Er schlägt vor, diesen Antrag ohne den Einleitungsatz dem Parteivorstande zu überweisen. Dadurch werde dem Wunsche Genüge getan.

Der Parteitag stimmt dem zu.

Der Antrag 26 lautet:

„Um den in Preußen bestehenden Agitationskomitees oder anderen Agitationszentralen von der Art und Weise der Agitation in den verschiedenen Teilen des Staates Kenntnis zu geben, ersucht der Parteitag die bestehenden Agitationskomitees, von den von ihnen zur Verwendung kommenden Flugblättern, Kalendern, Broschüren und sonstigem Material einige Exemplare mit den bestehenden Agitationskomitees auszutauschen.“

Thomas.

Hierzu liegt ein Amendement Lauffenberg-Düsseldorf vor, das hinter den Worten Agitationskomitees jedesmal die Worte „und Agitationszentralen“ einfügen will.

Thomas: Die Darlegungen vieler Vertreter ländlicher Kreise haben uns die Notwendigkeit dieses Austausches bewiesen. Für einzelne Provinzen bestehen Zentralen; tauschen diese ihr Material aus, so verpfeche ich mir große Vorteile.

Der Parteitag nimmt den Antrag mit dem Amendement an.

Der Antrag 28 (Aöln-Land) lautet:

„Der preussische Parteitag möge es der Presse und den Organisationen der Partei zur Pflicht machen, unausgesetzt darauf hinzuwirken, daß die nichtpreussischen Arbeiter sich in den preussischen Staatsverband aufnehmen lassen.“

Kleger-Köln: Wir haben bei den Stadtverordneten-Wahlen die Erfahrung gemacht, daß viele süddeutsche, Hamburger usw. Genossen sich nicht in den preussischen Staatsverband aufnehmen lassen. Geschieht dies, so würden wir für diese Wahlen viele Stimmen gewinnen.

Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag 29 lautet:

„Der Parteitag der Sozialdemokratie Preußens erhebt Protest gegen die Art, in welcher der Minister v. Hammerstein die Forderungen der Frauen bezüglich des politischen Vereinigungs- und freien Versammlungsrechtes im preussischen Landtage behandelt. Die von Herrn v. Hammerstein geäußerte Meinung, daß sich in den letzten 10 Jahren die wirtschaftliche Stellung der Frauen

nicht geändert habe, zeigt, wie wenig preussische Minister von der wirtschaftlichen Entwicklung des eigenen Landes unterrichtet sind, daß ihnen unbekannt blieb, wie die Zahl der in Industrie und Landwirtschaft tätigen Arbeiterinnen von Jahr zu Jahr anwächst, welche der politischen Rechte genau so dringend bedürfen wie die männlichen Staatsbürger.“

Auf Grund solcher im preussischen Abgeordnetenhaus wiederholt unwillkürlich kundgegebenen Anschauungen ist es eine hervorragende Pflicht der Vertreter der Sozialdemokratie, mit ganz besonderem Nachdruck immer wieder die Forderung des allgemeinen Wahlrechts für die Frauen auch für das preussische Parlament zu betonen.

Der Antrag wird ohne Erörterung einstimmig angenommen.

Der Antrag 30 lautet:

Resolution. Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit des deutschen Proletariats mit allem Nachdruck auf die Vorgänge in den Bergarbeiterbezirken des Ruhrreviers. Er protestiert aufs schärfste gegen die brutalen und arbeiterfeindlichen Maßregeln, unter denen die Bergarbeiter zu leiden hat. Der Parteitag ersucht die Regierung, für schleunigste Abhilfe der Beschwerden der Bergleute zu sorgen. Kommt es zum Streik, so fällt die Schuld ausschließlich auf die Behörden und das Unternehmertum zurück. Der Parteitag erklärt den Bergarbeitern seine vollste Sympathie und fordert die Gesamtarbeiterchaft auf, die Bergleute in einem eventuellen Kampfe mit allen Kräften moralisch und materiell zu unterstützen.

Hähnisch: Die Vorgänge, die meinen Antrag veranlaßt haben, sind bekannt. Die Situation im Kohlenrevier ist ernst. Es ist möglich, ja wahrscheinlich, daß wir zu einem Riesenstreik im Ruhrrevier kommen, der Hunderttausende Arbeiter umfassen wird. Das ist dann eine Angelegenheit der ganzen preussischen Sozialdemokratie. Stärken Sie die Situation der Ruhrrevier-Bergarbeiter durch die Annahme unserer Resolution.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Ein inzwischen eingegangener Antrag, der nicht gedruckt vorliegt, lautet:

Die vorliegenden Gesegentwürfe der auf dem Parteitag gehaltenen Referate sind dem Protokoll des Parteitages im Anhang, wenn möglich mit der Begründung der Regierung beizufügen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Singer überweist der Parteitag diesen Antrag dem Parteivorstande zur Ervornahme. Es folgt die Beratung der Anträge, die sich auf die Schaffung einer Sonderorganisation beziehen. Es sind dies die Anträge 2, 8, 15, 18, 25 und 27.

Antrag 2. Die Kreislonferenz von Rieber-Barnim stellt den Antrag, daß sich die preussischen Parteitage in bestimmten Intervallen wiederholen.

Antrag 5. — Aöln-Land. Der preussische Parteitag ist in Zukunft alljährlich abzuhalten und zwar möglichst im Anschluß an den Allgemeinen deutschen Parteitag.

Antrag 15. Der preussische Parteitag möge beschließen: Der nächste preussische Parteitag findet im Jahre 1906 statt und ist vom Parteivorstand einzuberufen. Die preussischen Mitglieder der Kommission, die vom Parteitag in Bremen zur Beratung des Organisationsstatuts eingesetzt sind, werden beauftragt, einen Entwurf zu einer Landesorganisation für Preußen vorzubereiten und dem nächsten preussischen Parteitag vorzulegen.

Antrag 18. Der preussische Parteitag ist nach Bedarf einzuberufen. Die Einberufung, sowie alle Vorbereitungen hierzu werden den Vertretern der Organisationen von Groß-Berlin übertragen.

Die Anträge 2, 5, 15 und 18 sind zugunsten des Antrages 25 zurückgezogen.

Wir erhalten folgende Zuschrift!

Berlin, 1. Januar 1906.

Wir erlauben mir wohl, einen kleinen Unterlassungsfehler Ihres Verichts über die Sonnabend-Sitzung des Preuentages richtigzustellen.

Am Schluß des Verichts über die Debatten betreffend das Landtags-Wahlrecht geben Sie eine persönliche Erklärung G. Ledebours, die in die Worte ausläuft, daß gerade, als nach Ledebours Ansicht der richtige Moment für Demonstrationen gegen die Maßnahmen der Reichstags-Mehrheit in der Justizfrage gegeben war, ich seiner Anregung in der Reichstags-Fraktion „am allerentschiedensten widersprochen“ hätte.

Soweit ist Ihr Bericht in Ordnung. Es fehlt aber jede Erwähnung der Tatsache, daß ich sofort diesen Vorhalt als unberechtigt zurückwies, da ich in der betreffenden Angelegenheit in der Reichstags-Fraktion überhaupt nicht das Wort genommen hatte. Ledebour reduzierte dann auch in einer weiteren Erklärung seinen Vorwurf darauf, daß ich, als „Vernunftfreund“ seinen Antrag bekämpfte, geschwiegen hätte.

Es liegt mir daran, dies festzustellen. Wer die „Freunde“ gewesen sind oder sein sollen, die Ledebours Antrag bekämpften, weiß ich nicht und habe ich auch kein Bedürfnis zu unteruchen. Soweit meine Erfahrungen reichen, wird in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach solchen Erwägungen und nicht nach Freundschaften diskutiert und abgestimmt. Die Fraktion hat in ihrer großen Mehrheit den Antrag abgelehnt, ich habe nicht dagegen, diese Mehrheit als meine Freunde bezeichnet zu sehen. Im übrigen ist es selbstverständlich zweierlei, ob man prinzipiell für bestimmte Formen der Aktion ist und welchen Zeitpunkt man für sie als geeignet erachtet.

Berlin, 1. Januar 1906.

Ed. Bernstein.

Ein statistisches Monstrum.

Die totale Unzuverlässigkeit der amtlichen Streikstatistik ist wiederholt nachgewiesen worden, ohne daß es dadurch möglich war, die maßgebenden Organe zu bewegen, die Statistik so zu gestalten, daß diese den Anforderungen entspricht, welche man an eine amtliche Statistik stellen muß. Nachdem die Generalkommission der Gewerkschaften für die Jahre 1901 und 1902 den Nachweis erbracht hatte, daß sich die amtliche Streikstatistik nur über etwa drei Viertel aller stattgefundenen Streiks erstreckte, daß also ein Viertel der Streiks gar nicht zur Kenntnis des Reichs-Statistischen Amtes gelangte, hätte man wohl erwarten dürfen, daß die Behörden sich bemühen würden, der Streikstatistik wenigstens nach dieser Richtung hin größere Sorgfalt zu widmen. Es hat aber gar nicht den Anschein, als ob man an möglicher Stelle überhaupt geneigt sei, eine Änderung in der bisherigen Art der Erhebungen und damit eine Wandlung zum Besseren eintreten zu lassen, denn das Reichsamt des Innern ist über die Unzuverlässigkeit und Lückenhaftigkeit der in seinem Auftrage vom Statistischen Amte veranstalteten Erhebung genau informiert und dennoch ist bisher alles beim Alten geblieben. Auf eine am 23. Februar 1904 von der Generalkommission im Auftrage der Gewerkschaftsvorstände an das Reichsamt des Innern gerichtete Eingabe, in der unter Verweisung des Beweismaterials auf die Mängel der amtlichen Streikstatistik hingewiesen war und Vorschläge zur Beseitigung dieser Mängel gemacht wurden, war im August desselben Jahres noch keine Antwort ergangen. Erst auf eine direkte Anfrage seitens der Generalkommission nach dem Verbleib der Eingabe antwortete das Reichsamt des Innern am 15. August, daß die Eingabe einer Prüfung unterzogen worden ist. Die darauf eingeleiteten Erwägungen sind indessen noch nicht zum Abschluß gelangt.

Während das Reichsamt des Innern sich vielfach noch mit „Erwägungen“ beschäftigt, hat die Generalkommission aufs neue den Beweis der notorischen Unzuverlässigkeit der

amtlichen Streikstatistik erbracht. In der Nr. 62 des „Correspondenzblatt“ veröffentlicht die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Ergebnisse des Vergleiches der amtlichen und der gewerkschaftlichen Streikstatistiken. Daraus geht hervor, daß die Zahl der Streiks, welche in der amtlichen Statistik fehlen, sich gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert hat. Es sind in der amtlichen Statistik nicht registriert: 316 Streiks mit 6243 Beteiligten im Jahre 1901, 814 Streiks mit 5888 Beteiligten im Jahre 1902 und 887 Streiks mit 8120 Beteiligten im Jahre 1903. Daß es sich hierbei nicht um bedeutungslose Lohnkämpfe handelt, wird dadurch bewiesen, daß u. a. ein Streik der Hafenarbeiter mit 144 Beteiligten, sowie ein Streik der Steinarbeiter mit 85 Beteiligten in der amtlichen Statistik nicht verzeichnet sind. Von 18 Streiks der Steinseher fehlen in der amtlichen Statistik 9, darunter ein Streik, an den sich ein Prozeß anschloß, der mit Freisprechung der Angeklagten endete. Insgesamt sind in den letzten drei Jahren nicht weniger als 1017 Streiks mit 20251 Beteiligten in der amtlichen Statistik unberücksichtigt geblieben. Dabei ist zu beachten, daß in diesen Zahlen nur die Streiks enthalten sind, welche an der Hand der gewerkschaftlichen Statistik nachgewiesen werden konnten. Da es nun der amtlichen Statistik nicht einmal möglich ist, alle Streiks, welche von den gewerkschaftlichen Organisationen geführt werden, zu umfassen, so ist anzunehmen, daß die Zahl der in der amtlichen Statistik fehlenden Streiks weit größer ist, als hier angegeben. Denn Streiks, die sich außerhalb gewerkschaftlicher Organisationen abspielen, dürfen noch viel schwerer zur Kenntnis der Behörden gelangen. Zwar umfaßt die gewerkschaftliche Streikstatistik auch nicht alle vorgekommenen Streiks, doch die Gründe dafür sind bekannt. Die Streiks, an denen Gewerkschaftsmitglieder beteiligt waren, sind in der gewerkschaftlichen Statistik sämtlich verzeichnet. Nur solche Streiks, die entweder von unorganisierten Arbeitern oder von anderen Organisationen geführt wurden, fehlen darin. Dem Statistischen Amt aber sind bei den Erhebungen keine Schranken gezogen; ihm stehen ferner alle staatlichen Hilfsmittel zur Verfügung, und wenn dennoch die Ergebnisse der Erhebungen so äußerst mangelhaft ausfallen, so ist dies nur darauf zurückzuführen, daß man für die Ermittlungen die für solche Tätigkeit allerungeeignetsten Personen, die unteren Polizeiorgane, verwendet. Ganz schematisch, in der Regel ohne jedes Verständnis für Statistik, tragen diese Organe das Material zusammen, welches die Grundlage für die amtliche Streikstatistik bilden soll. Und es ist ganz ausgeschlossen, daß Personen ohne die geringste Sachkenntnis und ohne ein weitergehendes Interesse, das sie für die Tätigkeit anspornen könnte, imstande wären, ein einwandfreies Material zu liefern.

Dieser hat die Generalkommission die Ergebnisse des Vergleiches der beiden Statistiken nur auszugsweise veröffentlicht, während die Gesamtübersicht nur den zunächst Beteiligten zugänglich gemacht wurde. Es ist unerlebenswert, daß die Generalkommission diesmal das gesamte Ergebnis der Offenheit übergeben hat. Ist doch dadurch den weitesten Kreisen Gelegenheit geboten, die Unzuverlässigkeit der amtlichen Statistik nachprüfen zu können.

Die dem „Correspondenzblatt“ beigegebene Anlage enthält drei umfangreiche Tabellen. 1. Diejenigen Streiks aus der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik, welche mit einander vergleichbar sind. 2. Die Streiks, welche in der amtlichen Statistik verzeichnet sind und in der gewerkschaftlichen Statistik fehlen. 3. Die Streiks, welche in der amtlichen Statistik fehlen.

Wenn wir von den oft ganz bedeutenden Abweichungen in den Daten und Zahlen bezüglich der einzelnen in Vergleich gestellten Streiks ganz absehen, so finden wir bei näherer Prüfung des Materials noch eine Reihe von Mängeln, welche die Unzuverlässigkeit der amtlichen Statistik ganz besonders kennzeichnen. Die amtliche Statistik verzeichnet für die letzten drei Jahre 8721 Streiks und Ausberrungen mit 255 945 Beteiligten, während die Gewerkschaftsstatistik für denselben Zeitraum 2870 Arbeitskonflikte mit 225 828 Beteiligten aufweist. Die größere Zahl der Streiks in der amtlichen Statistik rührt nicht ausschließlich daher, daß diese auch Streiks zählt, welche in der Gewerkschaftsstatistik nicht geführt werden, sondern sie ergibt sich einfach daraus, daß amtlich ein von den Arbeitern einheitlich begonnener Streik, der sich auf mehrere Betriebe erstreckt, als eine Reihe einzelner Streiks geführt wird. Ferner werden aber auch in der amtlichen Statistik Streiks verzeichnet, die gar nicht stattgefunden haben! Es ist bei dem Vergleich häufig festgestellt worden, daß die amtliche Statistik einen Streik verzeichnet, wo es sich nur um eine Lohnbewegung handelte, die durch Verhandlungen der fraglichen Arbeiter mit dem Arbeitgeber oder durch Vermittlung dritter Personen beigelegt wurde, ohne daß es zur Arbeitseinstellung, vom Streik gekommen ist. Hierbei zeigt sich so recht die Unzuverlässigkeit der von untergeordneten Polizeibeamten eingeholten Informationen.

Die wiederholten Nachprüfungen der amtlichen Streikstatistik durch die Generalkommission und die an der Statistik geübte Kritik haben es zwar noch nicht vermocht, den Behörden die Ueberzeugung beizubringen, daß es unmöglich ist, mit der bisher beliebten Art der Erhebung eine brauchbare Streikstatistik zustande zu bringen und es deshalb notwendig ist, eine grundsätzliche Änderung darin einzutreten zu lassen; aber eines ist erreicht: das unbedingt Vertrauen auf die Zuverlässigkeit der Angaben der Ortspolizeibehörden ist wesentlich erschüttert. Das geht aus den amtlichen Veröffentlichungen in Bezug auf die Angaben betreffend die Kontraktbrüchen klar hervor. Aber, obgleich die Angaben der Ortspolizeibehörden nach irgend einer Richtung hin zu Bedenken Anlaß zu geben scheinen, operiert die amtliche Statistik dennoch mit Zahlen, die auf mündlicher Information untergeordneter Polizeiorgane beruhen.

Für das Jahr 1903 werden 18 888 gleich 22,2 Proz. der Streikenden als „Kontraktbrüchige“ angegeben. Im vorigen Jahre hat die Generalkommission nachgewiesen, daß von 4582 angeblich Kontraktbrüchigen, für welche ein Vergleich zwischen der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik möglich war, 1998 in Arbeit waren und keine Kündigungsfrist hatten, und ferner 2788 an Abwehrstreiks beteiligt waren, bei denen die Unternehmer (1), nicht die Arbeiter, den Kontrakt gebrochen haben. In derselben Weise ist auch für 1901 der Nachweis erbracht worden, daß den amtlichen Feststellungen in dieser Beziehung gar kein Wert beizumessen ist. Nachdem so dieser Nachweis zweimal erbracht worden war, hat diesmal die Generalkommission darauf verzichtet, die diesbezüglichen Angaben der amtlichen Statistik einer Nachprüfung zu unterziehen.

Die amtliche Statistik gibt weiter an, daß 1903 die Streikbewegung, insoweit die bedeutenden Streiks in Frage kommen, in 235 Fällen zur Anrufung der Staatsanwaltschaft geführt hat und daß 288mal die Polizeibehörden in Anspruch genommen wurden. Dieser Teil der kriminalen Seite der amtlichen Streikstatistik ist ebenso belanglos, wie der vorher gesennte. Daß in 235 Fällen die Staatsanwaltschaft angerufen wurde, will gar nichts besagen. Die häufigen Freisprechungen wegen Streibvergehen unter Auflage gefellter Arbeiter beweisen, daß die Zahl der Vergehensübertretungen Streikender weit geringer ist, als die Zahl der Fälle, in denen der Staatsanwalt „angerufen“ wird. Und was das „Einführen der Polizeibehörden“ betrifft, so ist fast in allen Fällen nachzuweisen, daß das Vorgehen der Polizeiorgane ungerichtlich war. Ist doch der größte Teil der Strafmandate, die von der Polizei gegen Streikende wegen Streibvergehen und so weiter erteilt wurden durch Gerichtsbeschlüsse aufgehoben worden und dadurch amtlich das Eingreifen der Polizei als ungerechtfertigt festgestellt.

Die kriminelle Seite der amtlichen Streikstatistik, der Geist der ZuchtHausvorlage, der von derselben ausgeht, ist es, der es den Arbeitern unmöglich macht, an der Aufrechterhaltung dieser Statistik mitzuwirken. Die mit den Recherchen beauftragten Polizeibeamten holen ihre Informationen in erster Linie von den

Unternehmern. Häufig aber wenden sie sich auch an die Arbeiter und deren Organisationen. Aber kann man es den Arbeitern verdenken, wenn sie die Ausnahmestellung, zu der sie nicht verpflichtet sind, verweigern? Die Arbeiter haben ein großes Interesse an der Verwirklichung der amtlichen Statistik, aber sie werden niemals die Hand dazu bieten, eine Statistik, welche tendenziös gegen sie selbst gerichtet ist, zu fördern. So richtig sind gewerkschaftlich organisierte Arbeiter nicht, daß sie den Behörden das Material liefern, aus welchem diese glauben, den Streit drehen zu können, mit dem man das ohnehin schon so ver kümmerte Koalitionsrecht vollends erwürgen möchte. Ohne die Mitwirkung der Gewerkschaften wird die amtliche Statistik niemals dahin kommen, auch nur den geringsten Anforderungen genügen zu können. Bevor die Gewerkschaften an der Verbesserung mitwirken können, ist eine grundsätzliche Änderung des Systems erforderlich und so lange die maßgebenden Kreise sich zu dieser Einsicht nicht durchzuringen vermögen, werden die Gewerkschaften, ungeachtet der ihnen daraus erwachsenden Mühe, an der Hand ihrer Statistik, die Lücken, Mängel und Fehler der amtlichen Statistik nachzuweisen. Dieser Nachweis wird um so nachdrücklicher geführt werden können, als die gewerkschaftliche Statistik von Jahr zu Jahr besser und vollkommener wird. An den mit der Verarbeitung der amtlichen Statistik betrauten Organen liegt es wirklich nicht, daß die Statistik so unzuverlässig und mangelhaft ist. Auch den mit der Ermittlung des als Grundlage für die Statistik dienenden Materials betrauten unteren Beamten ist kaum ein Vorwurf zu machen. Wir sind überzeugt, daß das kaiserlich statistische Amt ernstlich bestrbt ist, aus dem vorhandenen Material das Beste und Vollkommenste herauszuarbeiten, ebensowenig zweifeln wir daran, daß die unteren Polizeior-gane vollkommen instruktionsgemäß ihre Informationen einholen. Daraus ergibt sich aber, daß die der Statistik anhaftenden Mängel gar nicht zu beseitigen sind, so lange nicht das System von Grund auf geändert wird. Zwar fällt die Kritik bei der Reichsregierung auf sehr unfruchtbaren Boden, ob diese aber für die Dauer gewillt ist, die Blamagen über sich ergehen zu lassen, wagen wir doch zu bezweifeln.

Was mit der Streikstatistik ursprünglich erzielt werden sollte, ist nicht erreicht worden, dafür haben die Arbeiter gesorgt; sie werden auch fernerhin nicht erlahmen in dem Bestreben, die amtliche Kriminal-Statistik zu einer einwandfreien Streikstatistik umzugestalten. Und dieses Ziel werden sie erreichen.

Partei-Nachrichten.

Zehn Jahre!

Der Beginn des neuen Jahres ist für das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie, die „Wiener Arbeiterzeitung“, zugleich der Tag seiner Zehnjahresfeier. Am 1. Januar 1895 erschien die „Arbeiterzeitung“ zum erstenmal, erhielt die österreichische Sozialdemokratie die erste Tageszeitung. Schwer sind gewiß die Kämpfe, die wir in Reichsdeutschland zu kämpfen haben, aber schon der Umstand, daß unsere österreichische Bruderpartei, mit der uns so viele, nicht bloß politische, sondern auch persönliche Beziehungen verbinden, erst vor zehn Jahren zum erstenmal in die Lage versetzt wurde, sich eine Tageszeitung zu schaffen, weist darauf hin, um wieviel ungünstiger noch die Zustände sind, unter denen unsere österreichischen Brüder zu kämpfen haben. Die Misere der vollkommenen Verhinderung des Staatslebens lastet schwer auf den Völkern Oesterreichs und erschwert auch dem kämpfenden Proletariat seine Kulturarbeit. Dazu kommt eine in vielen Beziehungen noch hinter Preußen zurückstehende Gesetzgebung in Beziehung auf die Ausübung politischer Rechte, die nur gemildert oder unter Umständen auch noch verdhört wird durch die Schamperet. So ist heute noch das Prekäre Oesterreichs weit armerlicher als das doch gewiß nichtfreiheitliche Prekäre des Reiches und vor zehn Jahren erst wurde durch eine kleine Reform des Prekären überhaupt erst die Möglichkeit der Schaffung einer sozialdemokratischen Tageszeitung gegeben. Und trotz der noch gebliebenen Fesseln des Stempels, des Kolportageverbots, des objektiven Verfalls gingen die österreichischen Genossen sofort daran, diese Möglichkeit auszunützen und schufen ihr Blatt.

Mit Kraft, Feuer und Geschick hat die „Arbeiterzeitung“ in diesen zehn Jahren gearbeitet und gewirkt für die Interessen des Proletariats und wenn auch selbstverständlich die Bedeutung einer sozialdemokratischen Zeitung wurzelt in der Bedeutung der Partei, die hinter ihr steht, deren Sprachrohr sie ist, in der aufopferungsvollen Tätigkeit aller Parteigenossen, so darf doch darum das Verdienst der Männer, denen die Redaktion der Zeitung übertragen ist, nicht gering geschätzt werden. Der individuellen Leistung der Redaktion sind auch in der sozialdemokratischen Partei genügend weite Grenzen gesetzt zu guter oder schlechter Betätigung. Der „Wiener Arbeiterzeitung“ aber, die noch dazu mit den Besonderheiten des Wiener Journalismus zu rechnen hat, muß man das Zeugnis ausstellen, daß sie ein gutes Blatt ist. Sie hat es verstanden, nicht nur ein gutes Parteiblatt, sondern eine gute Zeitung überhaupt zu werden. Eine Zeitung, die die Interessen des Proletariats im allgemeinen, der sozialdemokratischen Partei im besonderen tapfer und trefflich vertritt und die man gern liest. Wir bringen unsere besten Glückwünsche zu weiterem Gedeihen dar. Die erste Nummer des neuen Jahrganges ist als Festnummer im Umfange von 50 Seiten erschienen mit besonderen Beiträgen von Debel, Kautsky, Vollmar, Vandervelde, Bailant, Ferri, Dabynski, Keimel, Oda Lerda und einer großen Zahl österreichischer Parteigenossen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ teilt mit, daß die Aufsichtsinstanzen des „Vorwärts“ nicht in die Lage kommen werden, sich mit den Leistungen Mehrings in der „Leipziger Volkszeitung“ zu beschäftigen, da einmal die „Leipziger Volkszeitung“ und deren Redaktionsführung die Aufsichtsinstanzen des „Vorwärts“ nach dem Organisationsstatut nichts angeht und die Mitglieder der politischen Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ nach den neuem Erfahrungen der vertraulichen Aussprache es bestimmt absehen, sich abermals einer ähnlichen vertraulichen Aussprache auszusetzen.

Zu einer in derselben Nummer der „Leipziger Volkszeitung“ enthaltenen Erklärung Mehrings werden über unseren Kollegen Eisner Behauptungen aufgestellt, deren Freigesetzlichkeit wir hier unterlassen, da es keine Anklage ebenfalls bei der Behandlung der ganzen Angelegenheit durch die Partei-Instanzen finden wird.

Das „Vollblatt für Anhalt“ erscheint von jetzt an in erheblich größerem Format und täglich mindestens sechsfach. Es wird jetzt in der neugegründeten eigenen Parteidruckerei hergestellt.

Soziales.

Die schweren Lasten der Invalidenversicherung.

Es ist in jüngster Zeit wieder einmal ganz besonders lebhaft gemauert worden über die schweren Lasten der Invalidenversicherung, so daß sich auch der Staatssekretär Graf Posadowsky schon schwere Sorgen macht über die moralische Verklammerung des Volkes durch die Rentengewährung und die Belastung des Volkes, das heißt der Nichtversicherungten. Demgegenüber sei zunächst einmal festgestellt, daß der Durchschnittsbetrag einer Jahresrente nach den soeben erschienenen Nachweisungen über die Rechnungsergebnisse der Invalidenversicherung für 1903 noch unter 156 Mark bleibt. Es muß in der Tat zu einer ungeheuren moralischen Verklammerung der Rentenberechtigten führen, ihnen jährlich 156 Mark aus öffentlichen Mitteln zu bewilligen; dabei muß ihnen ja systematisch jedes Streben nach eigenem Erwerb ausgetrieben werden. Wer wird noch arbeiten wollen, wenn er sich nur ein bißchen elend zu stellen braucht, um sofort für sein ganzes Leben mit jährlich 156 Mark versorgt und so aus allen Räten befreit zu sein!

Aber noch ein anderes ist festzustellen. Die Gesamtaufwendung der Versicherungsanstalten und des Reiches für Renten und Beitrags-erstattungen betrug 1903: 124,7 Millionen Mark. Die Einnahmen aus Beiträgen beliefen sich auf 194,7 Millionen Mark. Mindestens die Hälfte davon bezahlen die Versicherten aus eigenen Mitteln, so daß aus Mitteln der Unternehmer und des Reiches noch reichlich 57 Millionen Mark für die Versicherten geleistet wurden. Es kommen aber zwischen 13 und 14 Millionen Versicherte in Frage, so daß die wirkliche Leistung für einen Versicherten, so weit sie nicht von diesen selbst getragen wird, nicht viel über vier Mark im ganzen Jahre beträgt. Dabei haben wir den Umstand noch ganz außer acht gelassen, daß der Reichszuschuß im Betrage von 41,7 Millionen von den Versicherten gleichfalls mit aufgebracht wird; kommt er doch aus indirekten Steuern auf Lebensmittel her. Es ist wahrhaftig ein pharisaisches Gerede, über die Lasten der Invalidenversicherung und über die moralische Schädigung der Rentenberechtigten zu jammern.

Ebenso ist es mit den Klagen über die fortgesetzte ungewöhnliche Steigerung der Rentenlast. Natürlich muß die Rentenlast noch immer steigen, da der Bekanntheitszustand seit dem Bestehen der Versicherung noch lange nicht erreicht sein kann. Aber es steht nach den eigenen Berechnungen des Reichs-Versicherungsamtes fest, daß sich der Prozentsatz der Rentensteigerung, berechnet nach dem jedesmaligen Stande des Vorjahres, mit Ausnahme der Jahre 1900 und 1902 in absteigender Linie bewegt und daß seit 1892 nur das einzige Jahr 1899 einen geringeren Steigerungssatz aufzuweisen hat als das Jahr 1903. Dagegen bewegt sich der Prozentsatz der Einnahmesteigerungen aus Beiträgen nach oben und es haben seit 1892 nur die zwei Jahre 1896 und 1899 einen größeren Steigerungssatz aufzuweisen als das Jahr 1903.

Man bleibe uns also vom Leibe mit den bürgerlichen Klagen, die die Lasten auf den Kopf stellen und wahrhaftig schlecht stimmen zu dem Klamegeflüster über unsere herrliche Sozialreform. Dieses Gejammer ist nur der Ausdruck des Gefühls, daß die „herrliche Sozialreform“ nicht die politische Wirkung gehabt hat, die man davon erwartete, und es zeigt an, daß das sogenannte gute Herz, das Wohlwollen für die notleidenden Klassen der Bevölkerung, eitel Humerei ist. Und es zeigt weiter an, daß die Arbeiter nur die Sozialreform haben werden, die sie sich im politischen Kampfe erzwingen können.

Rentenentziehung mit Dampfbetrieb.

Die Magdeburgerische „Vollstimme“ entnimmt der „Nordhäuser Zeitung“ die Mitteilung, daß im Kreise Borsb. mehr als hundert Invalidenrenten auf Grund der Gutachten des Kreisarztes entzogen worden sind, nachdem im Laufe des Jahres Untersuchungen veranstaltet waren über die Veränderungen, die etwa in den Verhältnissen der Rentenempfänger eingetreten sein könnten. Es handelte sich darum, die Unterlage für die Entziehung der Renten zu erhalten, die nach dem Invalidenversicherung-Gesetze eintreten kann, wenn Erwerbsunfähigkeit nicht mehr vorliegt. Infolge der Rentenentziehung finden zahlreiche Verurteilungen an das Schiedsgericht in Eriert statt, so daß der Vorsitzende des Schiedsgerichts sich veranlaßt sieht, in Borsb. selbst mehrere Schiedsgerichtsbearbeitungen anzusehen. Dabei werden, der „Nordh. Zig.“ zufolge, weil derselbe Arzt, auf dessen Gutachten hin die Versicherungsanstalt gehandelt hat, allein als Gutachter vom Schiedsgericht herangezogen wird, fast alle Verurteilungen abgewiesen, an einem Tage z. B. 19 von 20, an einem anderen 18 von 20.

Eine teuere Lehre bilden die Kaufmannswahlen in Wanneheim für den Zentralverband der Handlungsgehülften. Er hatte gemeinsam mit drei kaufmännischen Vereinen, darunter der katholische, eine Liste aufgestellt, während der Deutschnationale Verband eine eigene Liste aufgestellt hatte. Es wurden nun zwar nur 9 deutschnationale Bewerber gewählt, während die Kompromiß-Liste 14 Bewerber erzielte, indes wurden auf dieser Liste die Kandidaten des Zentralverbandes sowie die des katholischen Vereines von den Wählern der anderen Vereine ganz radikal gestrichen, so daß kein einziger von ihnen gewählt wurde. Der Zentralverband wird sich bei der nächsten Wahl gewiß nicht wieder auf ein so bedenkliches Experiment einlassen.

Der Aktubeladensklub ist mit Beginn des neuen Jahres in Magdeburg eingeführt worden. Ausgenommen sind nur die offenen Verkaufsstellen, in denen Raucher- und Genussmittel verkauft werden.

Die Kaution.

Der Fensterputzer G. wollte von der Fensterputzfirmen Kellen 6 Mark Kaution heraus haben, die ihm vorenthalten wurden. Er klagte deshalb beim Gewerbegericht. Der Vertreter der Firma machte geltend, sie habe Anspruch auf die Kaution, weil G. ein Firmenmitglied der Firma Krüger u. Overbed dadurch zum Klagen gebracht habe, daß er die Leiter, anstatt an das Haus, an das Schild heranstellte. Kläger bestritt dies, der Vertreter der Firmenghülften behauptete indes als Zeuge, daß unter Verhinderung verschiedener Umstände nur die Annahme eines Verschuldens des Klägers übrig bleibe. — Kellen hat, wie festgestellt wurde, an Krüger u. Overbed 30 Mark Schadenersatz zahlen müssen. Der Kläger blieb dabei, daß er schuldlos sei. Zum Ueberspruch wurde aber noch dargetan, daß er eine sogenannte Ausgleichs-Liistung (— „und habe keine Ansprüche mehr“ usw.) unterschrieben hat.

Der Vorsitzende verwies darauf, daß zwischen Kaution und Lohn hinsichtlich der Einbehaltung ein großer Unterschied sei. Verdienter Lohn könne bekanntlich nicht gegen Schadenersatzansprüche aufgerechnet werden. Bei der Kaution sei dies aber etwas anderes. Sie diene ja direkt als Sicherung für Schadenersatzansprüche. Hier sei die Aufrechnung möglich. Bei der ungünstigen Rechtslage für den Kläger suchte der gesamte Gerichtshof mit Rücksicht darauf, daß Kläger vielleicht nur etwas ungeschickt gewesen sei und es sich um ein der Eigenart des Fensterputzgewerbes entsprechendes Risiko handelte, einen Vergleich zu erzielen. Der Vertreter der besagten Firma lehnte aber jedes Entgegenkommen strikte ab und der Angeklagte von Krüger u. Overbed erklärte, für seine Chefs auch keine Verpflichtung eingehen zu können. Nunmehr wurde dem Kläger angetragen, die Klage als aussichtslos zurückzuziehen, um Kosten zu sparen. G. folgte dem Rate.

Der Verband niederländischer Lehrer, der in der vorigen Woche zu Vreda seine 29. Generalversammlung abhielt, hat sich im verfloffenen Jahre in erfreulicher Weise weiter entwickelt. Die Zahl der Ortsabteilungen ist von 191 auf 200 gestiegen; die Mitgliederzahl von 6672 auf 7004, darunter 2030 weibliche Mitglieder. Nach Erledigung der Vorstandsberichte befahte sich die Generalversammlung mit dem Vorschlagsentwurf über das niedere Schulwesen, durch den die kaiserliche Regierung die Subsidien für die privaten Schulen bedeutend erhöhen will, ohne daß diesen Schulen hinreichende Garantien für einen guten Unterricht abverlangt werden. Wegen diesen Vorschlagsentwurf wurden zwei vom Hauptvorstand vorgeschlagene Resolutionen einstimmig angenommen; in der einen wird im allgemeinen der Wunsch nach Ablehnung des Entwurfs ausgesprochen, in der anderen werden bei Annahme des Gesetzes ausreichende Wariegelder für diejenigen Lehrer öffentlicher Schulen verlangt, die infolge der Begünstigung der kaiserlichen Schulen außer Stellung gebracht werden. — Zur Generalversammlung waren auch Vertreter ausländischer Lehrerverbände erschienen, und zwar Boulter und Goldstone von der Nationalen Lehrervereinigung Englands und Jarendonk von der Belgischen Lehrerverbande, der unter anderem mitteilte, daß der belgische Unterrichtsminister es abgelehnt hat, bei dem bevorstehenden Internationalen Lehrer-Kongress in Rüttich den Ehrenvorsitz zu übernehmen und den Gesandtschaften der verschiedenen Länder mitgeteilt hat, daß der Kongress keinen offiziellen

Charakter trage. Die Generalversammlung hielt einen Antrag zum Internationalen Kongress gut, nach welchem die Zahl der einen Lehrer in einer Klasse anvertrauten Schüler 30 nicht übersteigen soll. — Ferner wurde die Gründung eines Wariegeld-Fonds beschlossen.

Momentbilder

aus der Berliner Arbeiterbewegung des Jahres 1904.

Das Parteileben im Jahre 1903 hatte einen heitübenden Abschluß gefunden in dem am 31. Dezember erfolgten Ableben eines in 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten) bisher wirksam tätig gewesenem Parteigenossen, des Steintrügers Karl Kalande.

Der Monat

Januar

des Jahres 1904 schloß daher mit diesem Ereignisse wieder ein. Am 3. fand die Beerdigung des Dahingeshiedenen auf dem Zentral-Friedhofe in Friedrichshöhe statt. — An dem gleichen Tage wurden in Schöneberg die bevorstehenden Wahlen zum Gewerbegericht durch eine allgemeine Flugblattverbreitung vorbereitet.

Der am 21. Dezember v. J. begonnene Ausstand der Taxameter-Droschkentaxiher und die damit verbundene Ausperrung wurden am 6. durch einen geschlossenen vorläufigen Vergleich beendet. Am 7. erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit.

Am 8. spielte sich der große Preßprozeß gegen den „Vorwärts“, der ein Nachspiel zum Laurahütten Wahlkampf darstellte, vor den Schranken der 3. Strafkammer des Landgerichts I ab. Angeklagt waren die Redakteure Karl Leid und Julius Kallisch, ersterer wegen Beleidigung der Gendarmen und Polizeibeamten in Laurahütte sowie des praktischen Arztes Dr. Morokki; letzterer wegen Beleidigung des Amtsvorstehers Sauröder. Der Prozeß endete mit der Verurteilung Leids zu sechs Monaten Gefängnis, Kallisch zu vier Monaten und einer Woche Gefängnis.

Die Neuwahlen zum Gewerbegericht in Schöneberg erfolgten am 9. und endeten mit einem Siege der Gewerkschaften.

Am 10. fand eine polnische Protestversammlung gegen die moskowitzische Aera in Preußen in den Andreas-Sälen in der Andreasstraße statt.

Der 14. brachte die Gewerbegerichtswahlen in Reinickendorf.

Wegen Streikbergehens wurden am 23. von der achten Strafkammer des Landgerichts I die Metallarbeiter Kräufe zu 6 Monaten, Schumann zu 6 Monaten, Schwarz zu 6 Monaten, Pahl zu 1 Monat, Köhler zu 1 Monat und Wulff zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

Die Gewerbegerichtswahlen in Charlottenburg wurden am 25. vollzogen. Die Arbeitnehmerliste der Gewerkschaftskommission ging mit größtem Erfolge durch. Auch zwei Arbeitgeber-Beisitzer wurden gewählt.

Am 28. tagten sechs Parteiversammlungen in den Berliner Wahlkreisen. In diesen erfolgte die Berichterstattung und Neuwahl der Parteifunktionäre.

Mit einem erschütternden Ereignis schloß sich der Monat

Februar

ein. Am 7. entriß der Tod den Reichstags-Abgeordneten Emil Rosenow einem latenten, noch viel verprechenden Leben. Seine Bestattung erfolgte am 10. auf dem Schöneberger Friedhofe in der Magstraße.

Am 8. tagte in den „Armin-Hallen“ zu Berlin eine Frauen-versammlung behufs Stellungnahme zum Heimarbeiter-Kongress und Wahl von Delegierten zu diesem. — Am gleichen Tage fand in Charlottenburg im dortigen Volkshaus eine Kreis-versammlung für den Reichstags-Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg statt. In derselben erfolgte die Berichterstattung und Neuwahl der Parteifunktionäre. Ebenfalls in Charlottenburg wurden am 9. zwei Ersatzwahlen zur Stadterordneten-Versammlung vollzogen. Diese waren erforderlich geworden infolge Mandatsüberlegung der letztgewählten zwei sozialdemokratischen Vertreter. Ein Wahlbezirk ging den Parteigenossen verloren; im zweiten wurde ein der Stadterordneten-Versammlung bereits angehörender Parteigenosse gewählt. Demzufolge wurde noch eine dritte Wahl erforderlich.

Die Entrüstung über den in Preußen-Deutschland herrschenden Muffensitz zeigte am 11. eine allgemeine Protestversammlung bei Keller in der Kopenstraße gegen den Jarismus in Deutschland, in der Frau Jesku-Stuttgart referierte. — Am demselben Tage wurde in Moabit wieder ein beachtenswertes Urteil gefällt. Wegen versuchter Erpressung, die in der Aufforderung zum Beitritt zur gewerkschaftlichen Organisation gefunden wurde und wegen Beleidigung belegte die 4. Strafkammer Landgerichts I den Arbeiter Karl Heinrich mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Am 18. wurden in Berlin und seiner Umgebung 14 Protest-versammlungen mit der Tagesordnung: „Russische Polizei in Deutschland“ abgehalten.

Am 21. tagte im Gewerkschaftshaus die 5. Gaukonferenz für den Gau IV des deutschen Holzarbeiter-Verbandes und gleichzeitig eine Konferenz der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands (lokale Richtung).

Am 23. fand in Charlottenburg wieder eine amtliche Zählung der Arbeitslosen statt. Der Monat Februar schloß mit dem am 24. und 25. stattgehabten und mit größtem Erfolge durchgeführten Wahlen der Beisitzer zum Gewerbegericht in Altdorf.

Der Monat

März

stand im wesentlichen unter dem Zeichen der Wahlen zu den Gemeindevertretungen der Nachbarräte.

Durch den am 1. erfolgten plötzlichen Tod des Schneidermeisters Hermann Stabrow in Groh-Westen verlor der Reichstags-Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg einen wackeren Kampfgenossten. Seine Beerdigung erfolgte am 3.

Gemeinderatswahlen fanden statt am 2. in Erkner, am 3. in Neuenhagen und am 4. in Groh-Lichterfelde. Nur in Erkner endeten sie mit einem Siege der sozialdemokratischen Kandidaten.

Am 6. tagte im Gewerkschaftshaus die achte Konferenz für den Gau Berlin des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands.

Am 7. trat der allgemeine Heimarbeiter-Kongress im Gewerkschaftshaus zu seinen Beratungen zusammen. — Am gleichen Tage fanden in Adlershof, Lanckow, Treptow-Baumschulenberg und Steglitz Gemeindevertreterwahlen statt. In Adlershof wurde das letzte noch fehlende Mandat der 3. Klasse erobert; in Lanckow war die Wahl erfolglos; in Treptow-Baumschulenberg wurde der erste Sozialdemokrat ins Dorfparlament gewählt; in Steglitz erzielte ein Bezirk eine Stichwahl.

Gemeindevertreterwahlen fanden ferner statt: Am 9. in Schmargendorf, Resultat Stichwahl. Am 10. in Französisch-Buchholz und in Zehlendorf. Im ersteren Orte war der Wahlkampf erfolglos, im letzteren war ein beträchtlicher Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Am 12. hielten die ersten zwei Sozialdemokraten ihren Einzug in die Gemeindevertretung von Rahlsdorf. Die Wahl in Friedenau am 14. war erfolglos, dagegen wurden in Rowaves zwei Sozialdemokraten glänzend gewählt. In Hummelburg gingen sogar fünf Sozialdemokraten als Sieger aus der Wahlurne hervor. In Brix wurde am 15. ein Sozialdemokrat gewählt. In Straala war überhaupt kein Gegenkandidat aufgestellt worden. In Hohen-Neuenhagen trat die sozialdemokratische Partei zum erstenmal in den Wahlkampf ein, unterlag aber den Gegnern. Nach heftigen Kämpfen unterlag auch in Wilhelmsruh-Rosenthal-Norden der sozialdemokratische Kandidat. In Neu-Weichenfelde wurde ein glänzender Sieg errufen. Alle Mandate der dritten Abteilung gelangten damit in den Besitz der Sozialdemokratie. In Alt-Weichenfelde schloß die Wahl mit einem Achtungserfolg ab.

In Nieder-Schönhausen brachte sie am 16. eine Niederlage; in Pankow dagegen wurden zwei Bezirke erobert; in Caputh wurde ein glänzender Sieg errufen; in Kaufsdorf kam es zu einer Stichwahl. Die Stichwahl am 16./17. in Steglitz brachte den Gegnern den Sieg. Die Wahl in Drewoh bei Potsdam am 17. war erfolglos. Bei der Stichwahl in Schmargendorf am 18. siegte der Gegner. Am 19. kam es in Klein-Schönebeck-Fichtenau zu einer Stichwahl; in Rudow verlief die Wahl ungünstig. Am 21. wurde in Reinickendorf, Ost und West, ein glänzender Sieg errufen; in Grünau siegte der Gegner mit einer Stimme Mehrheit; in Dalldorf wurde der sozialdemokratische Kandidat gewählt; am 22. fanden in Vorfigwalde und Königsmusterhausen, am 23. in Waidmannslust und Löhars und am 24. in Friedrichsfelde und Friedrichshagen die Hauptwahlen statt. In Friedrichshagen wurde der bisherige Bestplatz behauptet. Am 24. fand in Kaufsdorf die Stichwahl mit negativem Erfolge statt. Die Wahlen in Wilmersdorf am 24.-26. führten zur Stichwahl. In Johannisthal hatte die Wahl am 30. einen glänzenden Erfolg. Am 31. wurde in Herzdorf der erste Sozialdemokrat gewählt. Die Stichwahl in Klein-Schönebeck-Fichtenau verlief ungünstig.

Von sonstigen Ereignissen sind noch zu verzeichnen: Am 16. tagte im Schönhauser Volksgarten eine Volksversammlung, in der Genossin Alara Jettin über: „Der Krieg in Ostasien und die Interessen des Proletariats“ sprach.

Der 18. (Freitag) brachte die übliche Märzfeier mit besonders scharfer Polizeijagd der Kranzwidmungen.

Am 19. und 20. tagte in Berlin eine sozialdemokratische Druckereikonferenz.

Am 21. hielten die Parteigenossen in Spandau eine Protestversammlung gegen den Umsturz im Stadthaus ab.

Am 31. schied im 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis ein alter, verdienter Parteigenosse, der Klempner Arno Winter, aus dem Leben.

Der Monat

April

Begann mit dem Verbandstage des Mühlenarbeiter-Verbandes, der am 1. im Gewerkschaftshaus eröffnet wurde.

Auf den 3. und 4. entfiel das Osterfest. Die Osterspiele wurden wieder zur Abhaltung von Konferenzen und Kongressen im Gewerkschaftshaus benutzt. So hielten am 3. die Steinarbeiter eine Gaukonferenz und am 4. die Lagerhalter der Provinz Brandenburg eine Konferenz ab. Am 4./5. fand ferner ein Allgemeiner Kongress der im Transport- und Fuhrgewerbe beschäftigten Personen Deutschlands sowie die Generalversammlung des Verbandes der Bäckerbranche statt.

Bei der am 11. stattgehabten Gemeinderatswahl in Hohen-Schönhausen wurde der erste Sozialdemokrat gewählt.

Bei den Gemeinde-Stichwahlen in Wilmersdorf am 11., 12. und 18. fiel der Sieg den vereinten Gegnern zu.

Der 27. brachte noch eine Gemeindevorsteher-Ersatzwahl in Nieder-Schönhausen.

Der Monat

Mai

gab im allgemeinen der Streik der Bäckerei-Arbeiter das Gepräge. Eingeleitet wurde er durch die Kaiserfeier am 1., der diesmal auf einen Sonntag fiel.

Am 10. erfolgte die Proklamierung des Bäckereistreiks.

Am 18., kurz vor Pfingsten, tagten in Berlin in Sachen des Bäckereistreiks sieben von der Berliner Gewerkschaftskommission einberufene Volksversammlungen.

Bei den Stadtverordneten-Ersatzwahlen in Rixdorf am 25. wurden die beiden sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Auf die Aufstellung von Gegenkandidaten war von vornherein verzichtet worden.

Am 26. erfolgte die offizielle Beendigung des Bäckereistreiks.

Am 31. fand schließlich im 32. und 40. Kommunal-Wahlbezirk eine Stadtverordneten-Ersatzwahl statt. Gewählt wurden Medauner Karl Leid und Dr. Leo Arons, letzterer an Stelle des Dr. Kurt Freudenberg, der krankheitshalber gestuzt worden war, sein Mandat niederzulegen.

Der Monat

Juni

eröffneten drei am 1. abgehaltene Protestversammlungen gegen die beabsichtigte Neuregelung des Straßenhandels.

Ihnen folgte am 6. die Tagung der zehnten Generalversammlung des Vereins deutscher Schuhmacher im Gewerkschaftshaus.

Bei der Stadtverordneten-Rachwahl in Charlottenburg am 10. wurde ein sozialdemokratischer Hausbesitzer gewählt.

Anlässlich des nach Berlin einberufenen internationalen bürgerlichen Frauenkongresses sprach am 14. in einer Volksversammlung bei Guggenhausen Frau Vily Braun über Frauenstimmrecht und Sozialdemokratie.

Die Stadtverordneten-Ersatzwahl in Schönberg am 14. war für die Gegner erfolgreich.

Am 16. wurde die erste Tagung des Reichstages geschlossen.

Am 17. fand eine Protestversammlung gegen die bürgerlichen Mehrheitsparteien im Reichstagesgebäude statt. Frau Alara Jettin-Stuttgart referierte außerdem über: „Uns Frauen-Stimmrecht“.

Am 26. wurde die Parteikonferenz für den Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland in Rauen abgehalten.

Der Monat

Juli

trat ebenso, wie bereits im Monat Juni, die Gewerkschaftsbewegung mit ihren ständigen Kämpfen vorwiegend in den Vordergrund.

Daneben war am 2. in Ober-Schönebeide die Wahl eines Gemeindevorsetzers (Hausbesitzer) vorzunehmen.

Die zweite amtliche Arbeitslosen-Zählung wurde am 26. in Charlottenburg vorgenommen.

Am 29. schied der „alte Kehler“, der besonders aus der Mauererbewegung her allgemein bekannte Regierungsbaumeister Gustav Kehler, aus dem Leben.

Am Abend desselben Tages tagte im Palais-Theater eine von den Berliner Vertrauensleuten einberufene Volksversammlung, in der Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht über den Russen-Prozess in Königsberg, in welchem er als Verteidiger mitgewirkt hatte, sprach.

Am ersten Tage des Monats

August

wurde der „alte Kehler“ auf dem Schönberger Gemeinde-Friedhofe zur letzten Ruhe beisetzt.

Am 2. fand im Palais-Theater eine Parteiversammlung statt zwecks Stellungnahme zum Internationalen Kongress und Wahl von Delegierten zu demselben.

In Kummelsburg tagte am 6. die Kreisversammlung für den Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barnim.

Am 17. fanden gleichzeitig in Berlin und der Umgegend 15 Metallarbeiter-Versammlungen statt, die einberufen waren zur Stellungnahme zum Streik der Formier bei der Firma Schwarzkopf und der aus diesem entsprungene allgemeinen Auslieferung der Formier.

Am 23. nahmen Partei-Versammlungen in allen Berliner Reichstags-Wahlkreisen Stellung zum Parteitag in Bremen und zur Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg und vollzogen auch die Wahl von Delegierten.

Eine zweite Parteikonferenz für den Reichstags-Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland tagte am 28. in Berlin.

Ebenfalls am 28. hielt der Zentral-Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Teltow-Beesow-Storkow-Charlottenburg seine Generalversammlung in Jossen ab.

Eine Kreisversammlung der Frauen desselben Wahlkreises war für den 29. nach Rixdorf berufen behufs Wahl von Delegierten zur brandenburgischen Provinzialkonferenz zur Frauenkonferenz in Bremen, sowie zum Parteitag in Bremen.

Zu dem gleichen Zwecke fand am 30. in Berlin eine Frauenversammlung in den Arminkasernen statt.

Am 30. erfolgte auch die Einstellung des Streiks und der Aussperrung der Formier und Gießereiarbeiter durch geschlossenen Vergleich.

Der Monat

September

leitete ein die am 4. im Gewerkschaftshaus abgehaltene Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg.

Ihr folgte am 7./8. eine Konferenz sozialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und der Umgegend, die zur Gründung eines Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands führte.

Am 18. erstatteten die Delegierten zum internationalen Kongress in Amsterdam in einer im Gewerkschaftshaus tagenden Parteiversammlung Bericht.

Am 18. trat der Parteitag in Bremen zusammen.

Am 23. erfolgte die Aufstellung des Kandidaten im 30. Kommunal-Wahlbezirk.

Die Wahl fiel auf den Genossen Johannes Sassenbach.

Der Monat

Oktober

und zwar am 4. erfolgte die Verichterstattung vom Parteitag in Bremen. Zu diesem Zwecke fanden in allen Berliner Reichstags-Wahlkreisen Parteiversammlungen statt. Gleichzeitig tagte in den Arminkasernen eine Frauenversammlung, die den Bericht vom Parteitag und der vorangegangenen Frauenkonferenz entgegennahm.

Am Sonntag, den 16., wurden die Weisiger zum Berliner Gewerbegericht mit dem üblichen Erfolge gewählt.

Die Aufstellung des Kandidaten für den 22. Kommunal-Wahlbezirk erfolgte am 26. Als solcher wurde Genosse Robert Wengels ausserwählt.

Am 30. tagte in Kummelsburg die Kreisversammlung für den Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barnim.

Der Monat

November

tagte am 6. bei Kehler in der Koppenstraße eine Konferenz der Krankenkassen-Vorstände der Provinz Brandenburg.

Vom 7. bis zum 10. wurde in Köpenick zur Stadtverordneten-Versammlung gewählt. 7 Mandate der dritten Klasse fielen den Sozialdemokraten zu, nachdem die Gegner auf die Aufstellung von Gegenkandidaten von vornherein verzichtet hatten.

Am 13. wurde in Tempelhof eine Kreisversammlung abgehalten, der sich die Generalversammlung des Zentral-Wahlvereins für den Reichstags-Wahlkreis Teltow-Beesow-Storkow-Charlottenburg anschloß.

Bei der Ersatzwahl zur Gemeindevorsetzung in Friedrichshagen am 15. wurde ein Sozialdemokrat gewählt.

In Berlin wurden am gleichen Tage in allen Wahlkreisen Parteiversammlungen abgehalten, in denen die Verichterstattung der Parteifunktionäre und deren Neuwahl erfolgte.

Am 17. wurde die Wahl eines Gemeindevorsetzers in Nieder-Schönhausen vollzogen.

Am 20. fand in Charlottenburg wieder eine Arbeitslosen-Zählung statt.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Rixdorf am 21. wurden in der dritten Abteilung alle sozialdemokratischen Kandidaten gewählt.

Die Stadtverordneten-Ersatzwahl in Berlin am 23. brachte im 22. Kommunal-Wahlbezirk einen vollen Erfolg, indem Robert Wengels gewählt wurde. Weniger günstig verlief die

Wahl im 30. Kommunal-Wahlbezirk. Hier gelangte Johannes Sassenbach in die Stichwahl.

Eine Flugblatt- und Kalender-Verbreitung wurde am 27. im Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barnim vorgenommen.

Am gleichen Tage schied in Berlin ein verdienter Parteigenosse des 1. Reichstags-Wahlkreises, der Tischler Oskar Kunkel, aus dem Leben.

Am 29. erfolgte die Wiedereröffnung des Reichstages.

Der Monat

Dezember

wurde am 5. Genosse Dr. Kurt Freudenberg im 33. Lebensjahre seiner erfolgreichen und vielseitigen Wirksamkeit durch den Tod entziffen.

Am 6. erfolgte die Wahl von Delegierten zum preussischen Parteitag. Gleichfalls am 6. fand mit glänzendem Erfolge in Treptow-Saumnikulenweg eine Ergänzungswahl zur Gemeindevorsetzung statt.

In Parteiversammlungen der sechs Berliner Reichstags-Wahlkreise wurden am 13. die Delegierten zum preussischen Parteitag gewählt. — Am gleichen Tage fanden in Rixdorf die Wahlen der Arbeitgeber-Beisitzer zum Gewerbegericht statt. — Ebenfalls am 13. fand in Lichtenberg in einer diesbezüglichen Parteitag die Wahl einer Delegierten zum preussischen Parteitag statt, der der Bericht und die Neuwahl der örtlichen Vertrauenspersonen folgte.

Die Stichwahl im 30. Berliner Kommunal-Wahlbezirk brachte gegenüber dem freimüthig-antifemistischen Klängel nicht den erhofften Erfolg, dagegen war die am gleichen Tage in Spandau stattgehabte Stadtverordneten-Ersatzwahl erfolggekrönt.

Eine Stadtverordneten-Rachwahl fand auch in Rixdorf am 20. im zweiten Bezirke der dritten Abteilung statt. Zu wählen war ein Hausbesitzer.

Am 24. fand die von der Gewerkschaftskommission beantragte Weichnachtsfeierung der Kinder der Aussperrten der Holz- und Metallindustrie statt.

Vom 28. bis 30. tagte der Parteitag der Sozialdemokratie in Preußen im Berliner Gewerkschaftshaus, während gleichzeitig die Vertrauensmänner-Zentralisation der Maurer Deutschlands bei Wille ihre 14. Jahreskonferenz abhielt.

Der Monat

Januar

Die Frauen und Mädchen von Pankow-Schönhausen werden auf die Donnerstag, den 5. Januar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, bei Mierke, Berlinerstr. 52, stattfindende Versammlung, in welcher Genosse Baoge einen Vortrag über „Entscheidung und Abstammung des Menschen“ halten wird, aufmerksam gemacht. Männer haben Zutritt. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Essentielle Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW, Alexandrinerstr. 26. Geöffnet werktäglich von 5 1/2-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr. In den Lesesälen liegen zur Zeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Abtheilung aus.

Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, 4. Januar, abends 8 Uhr, im Bürgerhalle des Rathauses: Vortrag des Herrn Dr. Moritz Aronson über: „Die Idee des ewigen Friedens“. Eintritt frei. Wüste willkommen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands (Bezirk Charlottenburg). Heute abend 8 Uhr im Saale des Volkshauses, Rastowstr. 3: Versammlung. Vortrag des Genossen Kallisi: Auf zur Wahl!

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 14. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien hier hervor: Gedanke zu kämpfen! — Republik und Sozialdemokratie in Frankreich. 7. Die bürgerlichen Republikaner an der Arbeit. Von H. Frankfurt. (Fortsetzung) — Kommunale Unternehmungen und Profite. Von Th. Reich. — Die Antisiprale und die Arbeiterfrage. Von Otto Krille. — Literarische Rundschau: Dr. B. G. Biermann, Stang und Wirtschaft. Von R. — Selma Lagerlöf, Märchenlegende. Von Franz Diederich. — Ergebnisse der Zählung der Westdeutschen im Kantone Bern vom 1. Mai 1902. Von ad. hr. — Zwielinck-Säbenhorst, Beiträge zur Lehre von den Logikformen. Von O. B.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Mit einem neuen Titelblatt tritt der „Süddeutsche Postillon“ in das neue Jahr. Das Jahrbuch veröffentlicht den Reichsfeldmeister mit seinem baldstärkeren Debitur. — „Frisch auf zur neuen Fahrt!“ von G. M. — Liebermeyer ärgert sich über die Westendburger, Thelma von B. aber befragt den Kammerjäger einer Königin. — Einer süßen Silhouette folgt Tiergarten Nr. 2 und Köppler-Weihnacht, Gedicht von Otto Krille. — Der geläuterte Noddyberg, Gedicht mit farbiger Zeichnung. — Die Binschgauer am Schach. Schlaume Wandelmanns Neusebenderer. — Liebe, Zeichnung aus der besten Gesellschaft. — Pokern. — Japanische Schandthaten. — Kaufverbot. — Reudeutsches Soldatenlied.

Marktpreise von Berlin am 31. Dezember. Nach Ermittlungen des 1. Polzei-Verbands. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**), gute Sorte 17,55-17,64 M., mittel 17,63-17,62 M., geringe 17,61-17,60 M. Roggen**), gute Sorte 13,90-14,00 M., mittel 14,00-14,00 M., geringe 14,00-14,00 M. Hafergerste**), gute Sorte 15,50-14,80 M., mittel 14,70 bis 13,60 M., geringe 13,20-12,40 M. Hafer**), gute Sorte 16,50-15,60 M., mittel 15,50-14,60 M., geringe 14,50-13,80 M. Gersten, gelbe, zum Kochen 40,00-39,00 M. Sojabohnen, weiße 50,00-30,00 M. Linen 60,00-30,00 M. Kartoffeln 9,00-7,00 M. Rüböl 5,00-4,66 M. Hen 8,00-8,00 M. Für ein Kilogramm Butter 2,30-2,20 M. Eier per Schock 4,80-3,20 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 31. Dezember. Elbe bei Ruffig — Meter, bei Dresden — 1,48 Meter, bei Magdeburg + 1,00 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,15 Meter. — Oder bei Kölln + 1,96 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 5,06 Meter, bei Oestran Unter-Regel — 0,72 Meter, bei Frankfurt — Meter. — Beichsel bei Sandbünde + 2,88 Meter. — Warkke bei Telen — Meter. — Rege bei Wsch — Meter.

Dankagung. 17142

Für die Beteiligung und schönen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters

Gottlieb Bohla

lage allen Freunden und Bekannten, besonders dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und den Kollegen der K. G. G. meinen herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen. Witwe Bohla nebst Kindern.

Bruch-Pollmann

empfehlen sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.

30. Finien-Strasse 30.

NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Gummien, angenehm und leicht am Körper.

Wer-Stoff-hat,

fertige Deckenanzug, 20 M., ohne Konfirmation, keine Futter, 2 Knöpfe. Für guten Sitz belam gold. Bekleidung. Ludwig Engel, Breitenauer-Strasse 25. II. (Alexanderplatz). Begründet 1892. 16382

Kollegen und Freunden zur Nachricht, daß am 30. Dezember mein lieber Mann, unser guter Vater, der Buchdrucker „Invalide“ **Gustav Stange** plötzlich verstorben ist. Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Invaliden-Friedhofs in Schönberg aus statt. 10045

Dankagung. Allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Zentralverband der Steinsetzer für die rege Beteiligung und die zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Vaters, Schwagers und Bruders **Theodor Westermann** unseren herzlichsten Dank. 10955 Die trauernden Hinterbliebenen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Monteur **Franz Grzebita** am 29. Dezember 1904 gelitten ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Januar er., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rübischen Gemeinde-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt. Rege Beteiligung erwartet. 11071 Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel, Prinsenz-Str. 41, 92/1, Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4.

Deutscher Buchbinder-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Lederarbeiter **Max Tannert** am 1. Januar verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen, Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von Trauerhause in Albershof, Bismarckstr. 16, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. 23/1 Die Ortsverwaltung.

Kranz- u. Blumenbinderei von H. Eckert, 98. Kottbuser Tamm 98.

Am 30. Dezember, morgens 5 Uhr, verschied nach kurzem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Bauer **Friedrich Schmohl** im Alter von 61 Jahren. Die Beerdigung findet am 3. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Emmerich-Kirchhofs aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres geliebten Sohnes und Bruders **Walter Faber** lagen wir allen Kollegen, Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der K. G. G. Hdt. R. F., für die schönen Kranzpenden unseren herzlichsten Dank. Familie Faber.

Zur Ernährung der Säuglinge dient am besten Kuhmilch, welche dem Alter des Kindes entsprechend mit Wasser verdünnt wird und der man etwas Kuseke's Kindermehl zusetzt. Der Zusatz von Kuseke's Kindermehl zur Kuhmilch macht dieselbe im Magen des Kindes feinstkörniger gerinnbar und auch leichter verdaulich, verhindert die starken Gärungen der Kuhmilch im Darm des Kindes und bewahrt es daher vor Erkrankungen an Magen- und Darmkatarrhen. Außerdem wird der Gehalt der Milch an Nährstoffen durch den Zusatz von Kuseke's Kindermehl nicht unwesentlich erhöht.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 3. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Roland von Berlin. Neues königl. Opern-Theater. Maria Stuart. Anfang 7 Uhr. Deutsches. Delden. Berliner. Hoffenreich. Festung. Am grünen Baum zur Nachtgall. Hierauf: Der Arzt seiner Ehre. Weiden. Wiener Blut. Thalia. Der große Stern. National. Die Augenoten. Zentral. Der Bettelstudent. Neues. Der Graf von Charolais. Anfang 8 Uhr:
Belle Alliance. Ein Wäghel. Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Hauslerische. Schiller N. (Friedrich-Wilhelm-Theater.) Wallensteins Lager. Die Piccolomini. Kleines. Altes Souper. — Die Neuwahlzeit. Carl Weis. Die Reife um die Erde in 80 Tagen. Heiden. Verführerinnen. Lustspielhaus. Der Komilltentag. Trianon. Die glückliche Gilberte. (Hourose.) Deutsch-Amerikanisches. Revue. Luitens. Die jährlichen Verwandten. Kasino. In Vertretung. Metropol. Die Herren von Maxim. Apollo. Berliner Luft. Bundesfeier. Gledische Langbiber. Pajage-Theater. Bernadti. Willi Prager. Anf. 8 Uhr. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshafen. Steiner Säng. Palast. Spezialitäten. Herrfeld-Theater. Prinz Levy in Ahlbeck. Urania. Taubenstraße 46/49. In Theater abends 8 Uhr: Im Saal der Jungfrau. Im Theater nachmittags 4 Uhr: In den Seen Oberitaliens. Invalidentraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr. Im Theater abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.

Urania, Taubenstr. 46/49.
8 Uhr:
Im Saal der Jungfrau.
4 Uhr:
An den Seen Oberitaliens.
Sternwarte Invalidentraße 57/62.
Hörsaal:
Tierleben in der Wildnis.
P. CASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 105.
Der geheimnisvolle Hexentisch.

Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Herfulespellen.
Schwan in 3 Akten von Paul Wilhalm und R. Demsequin. Deutsch von R. Schönan.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Nora.

Metropol-Theater
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom Direktor Richard Schults.
Henry Bender. Josef Giampietro. Josef Josephi. Anton Grünfeld. Frid Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballett). Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Sonntag abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die glückliche Gilberte
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Das elfte Gebot.

Lustspielhaus
Friedrichstraße 236.
Zum 40. Male:
Der Familientag.
Anfang 8 Uhr.
Morgen nachm. 3 Uhr: Das 1500. Prinzschon.
Abends 8 Uhr: Der Familientag.

Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurter Straße Nr. 132.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Mittwoch nachm. 4 Uhr: Kinder- vorstellung. Keine Preise: Rotkäppchen.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Maria Stuart.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 10.
Höhere Töchter.
Belle mit Gel. in 4 Akten v. Mannstädt. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Mittwoch: Der Hummelritze.
Donnerstag: Die Klüber auf Maria Kalm.

Stadt-Theater Moabit.
Mit-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Das demooste Haupt.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Rodolph Beneddy.
Anfang 8 Uhr.
Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag: Das demooste Haupt.

Palast-Theater
Burgstr. 23, früher Feen-Palast.
Das größte und sensationelle Spezialitäten-Prgr. d. Residonz
Novität! Der größte Erfolg!
Ein Akerweltmädel.
Belle mit Gelang von Trauze. Vor- und nachher: Die Attraktionen der Januar-Spezialität.
Freitag: Glitte - Barjehung; Philippo Weiser.
Schauspiel in 5 Akten von Rodolph. Anf. 7 1/2 Uhr. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Gebrüder Herrfeld-Theater.
Die stürmisch bejubelte Situations-Komödie:
Prinz Levy in Ahlbeck
Schwan in 3 Akten von Anton und Donat Herrfeld.
Hauptrollen:
Magund Prinz Levy; Donat Herrfeld. Prädikal, dessen Nebenbuhler: Anton Herrfeld.
Anf. 8 Uhr. Ververkauf 11-2 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpnickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel Ad. Philipp:
NEW-YORK
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise
Uebor'n grossen Teich.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Hauslerische.
Schauspiel in 4 Akten von Ernst v. Wildenbruch.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Heimg'funden.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Tyranni der Tränen.

Zirkus Schumann.
Heute Dienstag, den 3. Januar 1905, abends präzis 7 1/2 Uhr: Zum 12. Male: **Exzitationeller Erfolg!**
Die große Schumannsche Ausstattungs-Pantomime

Eine Nordlandreise.
Im Strahl der Witternachtssternne. Komisch-phantastische Pantomime in 7 Bildern. Entworfen und auf das glanzendste inszeniert vom Direktor Albert Schumann.
Besonders hervorzuheben:
Christiania, großes Eisfest.
Schauspiel von S. höchst Spitze v. Zirkus auf der vom Dr. Alb. Schumann erfundenen und zum Patent angemeld. künstlichen Bahn. Dazu eigene engagierte m. Medaill. u. groß. Norweg. Preisen ausgezeichnete **Norweger.**
Vorher: Das exquisite Programm Original **Jan Oermosts urkomischer Dressur-Akt u. Direktor Alb. Schumanns Monstre-Dressuren.**

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr. Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr. Sonntags 3 Uhr.
Das glänzende Neujahrprogramm.
Arturo Bernardi der berühmte italienische Verwandlungskünstler.
Willy Prager mit ganz neuem Repertoire. 14 neue erstklassige Nummern.

WINTERGARTEN
Neues Programm.
Tortajada, span. Tänzerin und Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nightingale, Kraft-Gliedertänzer.
Lafargue, Säng. v. d. Gr. Oper in Paris.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar. Pas de Fleurs. Blumentanz.
Otto Reuter.
De Hère, Zauberkünstler.
Johnson u. Dean, Mulatten-Gigler.
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr. Besondere 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Sanssouci.
Kottbuser Tor — Stat. der Dampfbahn.
Heute zum letztenmal:
Der **Lumpensammler v. Paris.**
Morgen Mittwoch zum erstenmal:
Muttersegen.
Schauspiel in 5 Akten.
Donnerst., Sonnt., Mont.: **Soiree und Tanz.**

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater.
Frankfurter-Allee 35.
Der neue Januar-Spielplan.
Anny Raaly, vorzügl. deutsch-franz. Konzertsängerin.
Kudgesehnetes **Lyrika-Duett.**
Fatme, türkische Gauklerin (sowie alle übrigen erstklass. Spezialität. Anf. nachm. 7 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr.

Otto Patzsch Anormalitäten-Ausstellung
Friedrichstr. 118.
Täglich von 10 bis 6 Uhr.
lebender Kuriositäten! Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!

Stempel-Fabrik von 1707
Robert Hecht, Berlin S., Cranienstr. 142.
Liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.
Kontroll-Typen, Perfect-Typen, Zehnminuten-Typen, einseitige Wörter sowie ganzer Satz von 1.50 ab an

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.
Stempel-Fabrik von 1707
Robert Hecht, Berlin S., Cranienstr. 142.
Liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.
Kontroll-Typen, Perfect-Typen, Zehnminuten-Typen, einseitige Wörter sowie ganzer Satz von 1.50 ab an

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager.
In 1 Akt von Friedrich Schiller.
Die Piccolomini.
In 5 Akten von Friedrich Schiller.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Familie Schierke.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.

Zirkus Busch.
Die Löwenbraut
Miss Claire Heliot.
Katharina II.
Bel. Martha Mohako, Schachmeisterin und die vorzügl. Programmnummern.

Etablissement Buggenhagen
Horstplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend 8 Uhr:
Militär-Konzert.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal **Tanz.**

Neues Konzerthaus
Grand Hotel Alexanderplatz.
Inhaber: **Albert Moerner.**
Täglich: 1051 L*
Grosses
Curt Goldmann-Konzert
Jeden Abend: Salon-Komiker Oscar Salsow als Dr. Eisenbarth.
Kinematograph, bunte lebende Bilder.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 20 Pf.
Krug zum grünen Kranze.
Jeden Abend: **Fidelitas**, K. Ladeckes humor. Ensemble.
Meine drei Sätze sind an Sonntagen bis nachmittags 5 Uhr für Versammlungen zu vergeben.

Urania,
Wrangel-Straße 10-11.
Jeden Dienstag:
Nordd. Sänger.
Nach der Soiree: **Tanzkränzchen**, ohne Nachzahlung
Anfang 8 Uhr. **C. J. Walter.**

Neuerscheinungen!
Wir empfehlen zur Anschaffung:
Fackeln der Zeit. Gebichte von Ludwig Leifen. Preis 50 Pf.
Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Richard Fröhlich. Preis 20 Pf.
Die Schnitzfrage. Von Clara Jelfsin. Preis 15 Pf.
Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturgeschichte. Von Paul Kampffmeyer. Preis 40 Pf.
Anarchismus und Sozialismus. Von Georg Blehanow. Preis 40 Pf.
Die Warenhäuser und die Mittelstandsverhältnisse. Von Adolf Braun. Preis 20 Pf.
Theorien über den Wechsell. Aus dem nachgelassenen Manuskript. Zur Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx. Herausgegeben von Karl Kautsky. I. Band. Die Anfänge der Theorie vom Wechsell bis Adam Smith. Preis brosch. 5.50 R., geb. 6.— R.
Aus Leben und Wissenschaft. Gelehrte Aufsätze und Vorträge von Prof. Dr. A. Döbel. Jeweile Serie in drei Teilen. Inhalt: I. Teil: Witten im Kampf. II. Teil: Bildungsgeschichte. III. Teil: Aus dem sonnigen Süden. Preis brosch. 3.50 R., geb. 4.— R.
Ein neuer Totentanz in 18 Bildern von Hans G. Reylsch. In eleganter Mappe. Preis 2.50 R.
Der Königsberger Geheimbündeprojekt. Nach den Akten und historiographischen Aufzeichnungen. Herausgegeben von Kurt Göner. Illustriert. In 11 Heften a 20 Pf.
Bermer empfehlen wir:
Sonnendünsten. Eine Sammlung Gedichte berühmter Autoren aus 10ten Jhderten. In eleganter Mappe. Alle vier Bände zusammen Preis 3.— R., einzelne Bände 75 Pf.
Zu beziehen durch

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Stempel-Fabrik von 1707
Robert Hecht, Berlin S., Cranienstr. 142.
Liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.
Kontroll-Typen, Perfect-Typen, Zehnminuten-Typen, einseitige Wörter sowie ganzer Satz von 1.50 ab an

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Stempel-Fabrik von 1707
Robert Hecht, Berlin S., Cranienstr. 142.
Liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.
Kontroll-Typen, Perfect-Typen, Zehnminuten-Typen, einseitige Wörter sowie ganzer Satz von 1.50 ab an

Arbeiter - Bildungs - Schule.
Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links II.
Zehrplan für das I. Quartal 1905.

Unterrichtsfach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Unterrichtstag
National-ökonomie	Theoretische Nationalökonomie, II. Teil. (Wiederholung d. Grundbegriffe — Kapital, Mehrwert, Arbeitslohn — die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung.)	Schriftst. Max Grunwald	Montag
Geschichte	Die Geschichte der Neuzeit bis zur französischen Revolution. (Der Umschwung im Völkerleben durch die großen Entdeckungen und Erfindungen: Buchdruckerkunst, Entdeckung Amerikas und des ostindischen Seeweges; die Folgen der Kirchenspaltung und Reformation — Die europäischen Wirren während des 30-jährigen Krieges. — Die Zeit der Aufklärung und die Vorbereitung der französischen Revolution.)	Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner	Dienstag
Natur-Erkennntnis	Entwicklungsgeschichte der Lebewesen. (Das organische Leben — Der Ursprung des Lebens auf der Erde. — Die Grundstadien der Entwicklung der organischen Welt — Die ältesten Spuren organischen Lebens auf der Erde. — Das erste Auftreten der Wirbeltiere auf der Erde. — Im Farnwald der Steinkohlezeit — Das erste Auftreten der Säugetiere auf der Erde. — Das Zeitalter der Fische — Die Kreidezeit. — Die Tertiarzeit — Die Eiszeit — Die ersten Menschen.)	Schriftst. M. H. Baese	Mittwoch
Gesetzeskunde	Die Verfassung des Deutschen Reiches. (Wesen und Entwicklung des Staates. Die Staatsformen, Staat und Recht, das Staatsrecht — Die Entwicklung von Recht und Staat in Deutschland. Das alte Reich und seine Auflösung. Einheits- und Verfassungskämpfe. Die Reichsverfassung von 1849. Die Entstehung des Deutschen Reiches. — Grundlagen der Reichsverfassung. Das Wesen des Bundesstaates. Der Souverän des Reichs. Bundesrat und Kaiser. Die Staatsbürgerrechte. Staatsangehörigkeit, Freizügigkeit, Wahlrecht. — Der Reichstag. Die Reichsgesetzgebung. — Die innere Verwaltung des Reichs. Reichskanzler und Reichsämter. — Meer und Flotte. Die Militärgesetzgebung. — Die Reichsfinanzen. Steuer- und Zollgesetz. — Die Reichsbetriebe (Reichspost usw.). — Das Reichsland Elsaß-Lothringen. — Die völkerrechtliche Stellung des Reichs, die Schutzgebiete. — Die Entwicklung der Reichsgesetzgebung. — Das Reich und die nationalen Ideen. — Das Reich und die Sozialpolitik. — Die Sozialdemokratie und das Reich.)	Schriftsteller Simon Katzenstein	Donnerstag
Rede-Uebung	Uebungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz.	Schriftst. Dr. Rudolf Steiner	Freitag
Fortschr.-Kursus in National-ökonomie	Staatswissenschaftliche praktische Uebungen. (Die neuen Handelsverträge.)	Schriftst. Max Grunwald	Sonntag

Der Unterricht beginnt in **Nationalökonomie** Montag, den 16. Januar; **Geschichte** Dienstag, den 24. Januar; **Natur-Erkennntnis** Mittwoch, den 18. Januar; **Gesetzeskunde** Donnerstag, den 19. Januar; **Rede-Uebung** Freitag, den 20. Januar; **Fortschrittskursus** Sonntag, den 22. Januar.
Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 1/2 Uhr.
Die reichhaltige **Bibliothek** ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet.
Die Sonntagskurse beginnen pünktlich vormittags um 10 Uhr.
Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.
Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuche frei.
Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr.**, und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz**, Admiralstraße 40a; **Reul**, Barnimstraße 42; **Vogel**, Demminerstraße 32; **Krause**, Müllerstraße 7a; **Horsch**, Engel-Ufer 15.
Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hermann Lammé**, Berlin SW. 47, Hornstr. 20, Querg. II, Geldsendungen an den Kassierer **H. Königs**, Berlin S. 59, Hasenheide 56, zu senden.
Der Vorstand.

Möbel - Fabrik u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen
zu Fabrikpreisen — Eigne Werkstätten — empfiehlt
Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuser Tor.

Nur 1,50 Mk. jede Uhr
bei mir zu reparieren u. reinigen unter Garantie des Gutgehens (ohne Bruch), kleine Reparaturen billiger. **Grosse Auswahl in Uhren u. Goldwaren zu billigsten Preisen. Goldene Damen-Remontoir v. 10 Steine, v. 18.—, Goldene Herren-Doppelkapsel-Remontoir v. 50.—, Silberne Remontoir v. 9.—, Regulaturs, Feinschwingler, Wecker- u. Wanduhren. Goldene Herren- u. Damen-Ketten, Ringe, Schmucksachen in modernsten Facons für jeden Geschmack. Für jede bei mir gekaufte Uhr laiste 3 Jahre Garantie. 1710 L*
Karl Lux, Uhrmacher, Chausseestr. 34.
Alles von neuem Junge! Direkt v. d. Quelle! Nur
Tabelle Das So lange
frische Con die Borräte
Ware cur reiden.
ca 20-25 Dellehly B. Der. 10 Ia frisch. Brather
ca 25-30 Reim (ob. 1 D) ff 10 Biling
Bismarck. 1 Do ff Anspool 60 edt. Spritt
C. 4, 2. In N Gaviar 2 Pf. Ia Sardeller
u. noch 2 edte steter Nauchale (ob. 1 haterer)
Alles jun. 4, 2, 2, 1 Jost Schy gratis. Weg. Nachn.
E. Degener, Nord u. Ostsee Fisch-Export Swinemünde 1.
28t 1/2, 28t ff, 28t u. 1 Doi Celdarin 1 Wrt mehr.**

Aus dem Stiftungsfonds des Städtischen Krankenhauses, welcher bestimmt ist, zur Unterstützung von Kranken oder sonst erwerbsunfähigen Einwohnern, vorzugsweise bedürftigen Kommunal-Unterdienstlichen zu Wadungen, sind im Etatsjahre 1904 gezahlt worden: je eine Kasse zu 50, 60 bzw. 70 M., vier Kassen zu 50 M. und sechs Kassen zu 40 M., zusammen 600 M.

Der Witterungsumschlag.

Mit scharfen Frost hat das neue Jahr eingeleitet. Ein Grad Kälte am frühen Morgen: Das kommt mit einem Schläge die Pflanzlichkeit und meist das Schredliche massenhafter Arbeitslosigkeit an die Wand. Die Jugend aber freut sich der Eisbahnen, die, soweit sie „unflüchtiger Natur“ sind, am Neujahrstage und auch gestern glänzende Geschäfte machten. Aber auch die Gewässer in der Umgegend Berlins beginnen schnell zuzufrieren, und auf den Grunewaldseen sowie auf dem besonders frei liegenden Müggelsee hat sich besonders im Laufe des Nachmittags eine ansehnliche Eisschicht gebildet. Auf der Spree konnte der Verkehr noch aufrechterhalten werden.

Viele Unfälle hatten das Schneegestöber und die Glätte am Silvesterabend zur Folge. Der 33 Jahre alte Kutscher Gustav Viehler aus der Volkstr. 40 glitt in der Brunnenstraße aus, schlug mit dem Gesicht auf den Bürgersteig auf und verletzte sich schwer an Stirn und Nase. Der 25jährige Handlungsgeselle Hugo Dirsch aus der St. Frankfurterstraße 40 brach sich kurz vor seiner Wohnung bei einem Sturz den rechten Oberarm. Die 40 Jahre alte Arbeiterin Mathilde Zimmer aus der Friedrichsbergerstraße 4 den linken Oberarm; der 23jährige Arbeiter Franz Tieg aus der Friedrichsstraße 6 zu Friedrichsberg fiel auf dem Bahnhof Frankfurter Allee beim Aussteigen aus einem Stadtbahnzug vom Trittbrett auf den Bahnsteig und zog sich einen Bruch des rechten Oberarmes zu; der 30 Jahre alte Handlungsgeselle Wilhelm Schulte glitt beim Überschreiten eines Straßenbahngleises in Pantow aus, brach sich im Fallen den linken Oberarm, geriet außerdem unter einen Straßenbahnwagen, der ihn ein Stück Weges mit sich schleifte, und erlitt dabei auch noch bedeutende Hautabwühlungen. Die Verunglückten mußten alle mit Lächeln Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht werden. Auf der Rettungswache in der Hasenauer-Allee wurden noch drei Personen verbunden, deren Verletzungen weniger schwer sind und die deshalb ihre Wohnung aussuchen konnten.

Der Orkan in der Nacht zum 31. Dezember hatte zahlreiche Störungen der Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen verursacht. Besonders Not gelitten hatten die Leitungen nach dem Westen und dem Süden. Die telegraphische Verbindung mit England war zeitweise fast ganz unterbrochen. England und Holland waren ganz abgetrennt. Von den deutschen Kabeln konnte zeitweilig nur ein einziges gebraucht werden, das dem Verkehr nicht gewachsen war. Die Reichs-Telegraphenverwaltung hat die Wiederherstellung der Linien mit allen Kräften aufgenommen. Auch der Festtag unterbrach die Arbeiten nicht, so daß gestern in der Hauptsache alles wieder in Ordnung war. Ganz unberührt von der Zerstörung durch das Element blieben die Fernsprecheinrichtungen in Berlin und in anderen großen Städten des Reiches. Hier ist die Leitung unter der Erde in der Hauptsache schon durchgeführt.

Erfroren ist in der Nacht zu gestern ein Arbeiter Rudolf Sähle, dessen Alter und Wohnung noch nicht bekannt sind. Ein Schuhmann fand ihn gestern morgen gegen 6 Uhr auf dem Hofe des Hauses Fremstr. 39 bewußtlos liegen und brachte ihn mit einer Droschke nach der Unfallstation in der Lindowstraße. Hier stellte der Arzt fest, daß der Mann nach übermäßigem Alkoholgenuß erfroren und bereits tot war.

Durch das leichtsinnige Betreten des Eises sind, obwohl die Eisbahn schon begonnen hat, schon drei schwere Unfälle herbeigeführt worden, von denen der eine einen tödlichen Ausgang nahm. Der 32jährige Schiffergeselle Gensel, der auf einem bei Köpenick verankerten Kahn beschäftigt war, betrat, um die Festigkeit des Eises zu prüfen, den sogenannten Frauentrog, eine Ausbuchtung der Spree bei Köpenick, und brach ein. Der Unfall war von Schiffen bemerkt worden, doch gestalteten sich die sofort vorgenommenen Rettungsversuche um so schwieriger, als das Eis bröckelte und unter den Füßen der Retter nachgab. Als es endlich nach längerer Zeit gelang, den Verunglückten zu landen, war es leider zu spät, ein Schlaganfall hatte anscheinend dem Leben des jungen Mannes ein Ende gesetzt.

Ein zweiter Unfall ereignete sich an der Einmündung der Havel zum Regeler See. Hier spielte der zwölfjährige Schüler Karl Müller aus Spandau mit mehreren anderen Knaben am Ufer des Gewässers und betrat trotz Abwärtens seitens seiner Spielfameraden das Eis. Er brach ein, jedoch gelang es ihm, sich am Rande der Bruchstelle solange festzuhalten, bis Hilfe zur Stelle war. — Ein dritter Unfall wird aus Erfurt gemeldet. Ein zehnjähriger Knabe, der gestern nachmittag die Eisfläche der Spree betrat, brach etwa fünf Meter vom Ufer entfernt ein, wurde jedoch nach längerem Bemühen gerettet, nachdem er bereits das Bewußtsein verloren hatte. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus in Köpenick gebracht.

Die **Ausgangswahlen** der Weisheit des Berliner Gewerbegerichts finden am 13. Januar 1905 abends 7—8 Uhr im Saale 100 des Rathhauses statt.

Die gegenwärtige Winterkälte macht sich den Reisenden doppelt empfindlich fühlbar, wenn in dem geheizten, schnell dahineilenden Wagen die Fenster herabgelassen sind, weil es irgend einem der Mitreisenden wieder — zu warm ist. Diese gefühlvollen Mitmenschen pflegen sich dann aber wohlweislich so zu placieren, daß der eilige Luftzug, der von außen hereinströmt, nicht sie, sondern die Mitreisenden trifft und sind dann immer sehr ausgebracht darüber, daß sie sich diese rücksichtslose Behandlung nicht gefallen lassen wollen. So kommt es denn zu Streitigkeiten darüber, ob die Wagenfenster nur auf der „Windseite“ oder im Winter überhaupt nicht geöffnet werden dürfen. Selbst auf den verhältnismäßig kurzen Strecken der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen sind solche Differenzen zwischen Fahrgästen nicht selten, und in diesem Kampf um das Fenster ist es für die Zugbegleiter und Stationsbeamten oft schwer, eine allseitig befriedigende Lösung zu finden. Die wiederholten Beschwerden über das rücksichtslose Öffnen der Wagenfenster haben nun die königliche Eisenbahndirektion Berlin veranlaßt, die beteiligten Dienststellen anzuweisen, darauf zu achten, daß während der kalten Jahreszeit in den fahrenden Zügen der Stadt-, Ring- u. Vorortbahn Fenster ganz geöffnet bleibt. Mit dieser Verfügung dürfte die goldene Mittelstraße innegehalten und eine weitere Verständigung zwischen den Fahrgästen ermöglicht sein. Vor allen Dingen dann, wenn kein zu elender Kanaker in den Rauchcoupés gequält wird.

Selbstmorde am Neujahrstage. Die 40 Jahre alte Frau v. Stutterheim, geborene Krüger, aus der Wangelstraße 58 und der 55jährige Droschkenfutcher Karl Kurzhals aus der Andreasstraße 70 haben am Neujahrstage durch Erhängen ihrem Leben ein Ende gemacht. Frau v. Stutterheim, eine frühere Gehammte, war seit sechs Jahren mit einem Handlungsreisenden verheiratet. Diesen Beruf mußte sie vor vier Jahren aufgeben, weil sie infolge eines Schlaganfalls auf der rechten Seite gelähmt war. Während ihr Mann in Charlottenburg wohnen blieb, zog sie im Oktober vorigen Jahres zu ihrer Mutter nach der Wrangelstraße, um eine bessere Pflege zu haben. Während die Mutter, eine Handwerkerwitwe und Handelsfrau, gestern einen Abendgottesdienst besuchte, erhängte sich die Kranke in ihrer Stube am Bettposten. — Kurzhals, der mit einem Kollischerer zusammen eine Stube bewohnte, nahm sich aus Nahrungssorgen das Leben. Er erhängte sich an der Linde, nachdem sein Stübgenoffe ausgegangen war.

Die **Unvorsichtigkeit** eines Berliner Kimrods wird vorausichtlich für diesen sehr able Folgen haben. Auf der Semliner Jagd hatte, wie wir gemeldet, ein Teilnehmer, der Geheimen Oberregierungsrat Dr. Freund aus Berlin, den Schiedsgesellen Fritz Seeger aus Rathenow, der arbeitslos war und sich deshalb für 1,50 M. als Treiber verdungen hatte, durch einen Schuß in beide Beine schwer verletzt. Das Gewehr hatte sich entladen, als Scheinart Freund einen angeschossenen Hasen mit dem Kolben totschlagen wollte. Dem

Angeschossenen mußte im Krankenhaus infolge der schweren Verletzung ein Bein amputiert werden, so daß er durch die Unvorsichtigkeit des Schützen zum Krüppel geworden ist. Eine gerichtliche Untersuchung des traurigen Falles ist von der Potsdamer Staatsanwaltschaft eingeleitet worden.

Kellergeheimnisse. Ein Lager unzuchtiger Bilder und Schriften entdeckte und beschlagnahmte die Kriminalpolizei in der Buchhandlung von Marcus in der Passage hinter den Linden. Sie hatte schon länger beobachtet, daß mit solchen Schmutzereien wieder ein schmutziger Handel getrieben wurde, konnte aber in dem Laden und dem Lagerkeller des Marcus, auf den ihr Verdacht fiel, nie etwas finden. Marcus, der durch den Handel wohlhabend geworden ist, verreise vor einiger Zeit zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit nach der Riviera und ein junger Mann vertritt ihn seitdem. Jetzt beobachteten Kriminalbeamte das Geschäft noch schärfer. Nachdem sie sich überzeugt hatten, daß die unzuchtigen Sachen aus den Geschäftsräumen in der Passage herrühren mußten, durchsuchten sie sie noch einmal gründlich von einem Ende bis zum anderen und entdeckten nun einen Gang, der vom Lagerkeller nach einem anderen abgeschlossenen Kellerversteck führt. In diesem fanden sie endlich einen großen Vorrat des gemeinsten Schmutzes, der nach Serien geordnet in Gefäßen und Kästen untergebracht war. Marcus ist von der Riviera noch nicht zurückgekehrt.

Unser tägliches Eisenbahnopfer. Von der Maschine erfaßt wurde gestern gegen 1/8 Uhr der 23jährige Lokomotivführer Paul Glauber, der aus Wilnow bei Neu-Stettin stammt und Charlottenburg, Sophie-Charlottenstr. 111, wohnt, als er das Einfahrtsgleis überschritt. Die Maschine des Personenzuges 1738 erfaßte ihn und zermalmte seinen Oberkörper vollständig. Glauber hatte Dienst auf der auf dem Heerwegelich stehenden Referendarmaschine und hatte sich in der dort befindlichen Bude etwas aufgewärmt. Als er sich nun wieder nach der Maschine begeben wollte, ist er wahrscheinlich ausgeglitten, und ehe er sich erheben konnte, von der Maschine erfaßt und überfahren worden. Die Leiche wurde nach dem Leichenschauhaus befördert und der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet. Der Führer des einfahrenden Zuges soll seine Schuld treffen. Glauber ist unverheiratet und stand kurz vor seiner Anstellung.

Feuerbericht. Mit der Zunahme der Kälte mehren sich auch die Brände in Berlin und den Vororten. Am Montag wurde die Berliner Feuerwehr in kurzer Zeit ein dutzendmal alarmiert. Unter anderem nach Alt-Moabit 45, wo der Diebstahl des Hauses in großer Ausdehnung in Plannen stand. Um sie zu löschen, mußte die vierte Kompanie mehrere Schlauchleitungen vornehmen und längere Zeit Wasser geben. Die Entstehung des Brandes ist noch nicht ermittelt. — Wegen eines Lebensbrandes erfolgte ein Alarm nach der Großen Frankfurterstr. 96. Papier und Zigarrenstücken wurden in der Eichenstraße 16 ein Raub der Flammen; Kleider und anderes in der Plamenstr. 80/81; Möbel, Gardinen etc. in der Wrangelstr. 28. Im Dachstuhl des Hauses Heiligegeiststraße 34 kam in einer Schneidelei Feuer aus, das mit einem Kohre auf das Dachstuhl beschränkt werden konnte. Ein Kellerverbrand beschäftigte die Feuerwehr in der Oppenheimerstraße 27; Graunstraße 26 brannten Möbel usw. im ersten Stock und Dunderstraße 10 Verdampfungsmaterial usw. In der Ritterstraße 81 mußte ein Schornsteinbrand längere Zeit beobachtet werden. Ferner wurde die Wehr nach der Hohlstraße 1 und Frankfurter Allee 116 gerufen. Hier wurden Sauerstoff-Apparate gebraucht, in der Hohlstraße mit Erfolg. Von der Frankfurter Allee mußte der Kranke nach dem Krankenhaus am Friedrichshain überführt werden. Außerdem hatte die Wehr noch in der Hinderdorferstraße 15 und an anderen Stellen tüchtig zu tun.

Ein **Berliner Laubendieb** ist in Stettin ergriffen worden. Ende November und Anfang Dezember v. Jahres wurden in der Umgegend von Berlin, namentlich in Pantow und Weihenfe, viele Lauben erbrochen und ausgeplündert. Nachdem die Diebstähle hier aufgehört hatten, machte ein Einbrecher die ganze Strecke von Berlin nach Stettin hinunter unsicher, indem er Sommerwohnungen, Lauben und Geschäftslöcher heimlichste. In Stettin selbst wurde jetzt ein Arbeiter Wilhelm Wierke bei einem Einbruch ertappt und festgenommen, und nun ergab sich, daß man in ihm den Laubendieb ertwischt hatte, der auf dem Wege nach Stettin seinem unredlichen Gewerbe teugegeben war. Man fand bei ihm Ausweispapiere, andere Schriftstücke und Werkzeuge verschiedener Art, die alle aus den Lauben bei Berlin usw. gestohlen waren.

Der **Sternenhimmel im Januar.** Wir geben das Bild der Fixsterne, wie für jeden Monat, wiederum für 10 Uhr abends zu Anfang Januar; dasselbe gilt dann für den 15. Januar schon um 9 Uhr und für den letzten Januar noch eine Stunde früher.

Im Zenit, senkrecht über uns, steht der sehr helle Stern Capella; die Milchstraße zieht direkt an ihm vorbei und zwar in der Richtung von Südwesten nach Nordosten. In ihr steht nordwestlich von Capella das leicht kenntliche Sternbild Cassiopeja und ziemlich tief im Norden Deneb vom Schwanz, zwar ein Stern zweiter Klasse, aber doch durch seine Helligkeit auffallend.

Am südwestlichen Himmel prangt der glänzende Planet Jupiter, der allen Fixsternen an Glanz weit überlegen ist.

Südlich von der Capella finden wir den hellen Aldebaran (1. Klasse) und in seiner Nähe, ein wenig nordwestlich, das bekannte Siebengestirn oder die sagenumwobenen Plejaden. Die Linie Plejaden-Aldebaran führt in ihrer Verlängerung durch das schöne Sternbild Orion, ein prachtvolles Sternbild, von dem zwei Sterne erster Größe sind, ganz nahe zu dem am hellsten leuchtenden Fixstern, dem Sirius, der dem Orion in südöstlicher Abstände nachfolgt. Nördlich vom Sirius, auf der anderen Seite der Milchstraße, gewahren wir den hellen Procyon (1. Größe) und über ihm das Zwillingpaar Castor und Pollux, von denen der erstere der zweiten, der andere der ersten Größenklasse angehört.

Am nordöstlichen Himmel finden wir das Sternbild des Großen Wären oder Wagens, mit den drei Deichselsternen nach Norden weisend, während die Hinterräder in ihrer Verlängerung auf den unerrätlichen Polarstern hinweisen.

Auch ein Stern erster Größe ist wieder im Osten zu sehen, der Regulus vom Sternbild des Wären. Die vorhin genannte Verbindungslinie des Polarsternes mit den Hinterrädern des großen Wagens führt nördlich am Regulus vorbei.

Der Mond ist in der Abnahme begriffen, sein Licht scheidet sich also die Himmelsbeobachtung nicht; K u m a n d wird am 5. Januar, P o l l m o n d am 21. eintreten, am 13. und 28. Januar wird erstes und letztes Mondviertel herrschen.

Die Sonne beginnt wieder höher zu steigen und die Tage werden länger. Am 1. Januar steht sie 7 1/2 Stunden, von 8 Uhr 20 Minuten früh bis 4 Uhr nachmittags am Himmel, am 31. Januar dagegen schon über 9 Stunden, von 7 Uhr 51 Minuten früh bis 3 Minuten vor 5 Uhr abends.

Wenn man das Berliner Aquarium von der Reptiliengalerie an durchwandert und die geschuppten und gepanzerten Bewohner von Steppen und Wäldern und Kulturland, die behaarten und befiederten Geschöpfe der Luft und des Erdbodens, die bewegliche Bevölkerung des See- und Süßwassers in bunter Vielfaltigkeit an sich vorbeiziehen sieht, dann ruht das Auge förmlich aus, sobald es die fogen. Stilllebenenden vor sich hat. Hier atmet alles Ruhe und Frieden, obgleich die Bewegung, welche vorzugsweise oder ausschließlich die Adria-Station Robigo liefert, auch tierische Bewegungen bilden und ebenso mannigfaltig erscheint als die der anderen Bassins. Aber sie besteht aus Organismen, die ihren einmal eingenommenen Standort entweder gar nicht oder nur unwesentlich verändern und nur durch kaum merkbare Bewegung ihrer Füßler usw. Lebensfähigkeit vertragen, und die das muntere Treiben der Angehörigen höherer Klassen durch anmutige Formen und reizvolle Farben ersetzen. Eines der anziehendsten dieser Wesen ist das erste nahe dem Seeboden liegende Becken, welches die Richtung des Aquariums dank der reichen Sendungen mit verschiedenen Arten Cabellen und Serpens, interessant gefärbten bunten Mooskorallen, prächtig roten und orangegelben Seecheiden, absonderlichen Rüsselfischarten und anderem mehr ausstatten konnte.

Aus den Nachbarorten.

Steglich.

Dem **Schlage** getroffen wurde gestern nachmittags in der Schlossstraße ein unbekannter, etwa 30 Jahre alter Mann. Passanten brachten den Unglücklichen nach einem Restaurant. Ein sofort herbeigerufener Arzt konnte nur den inzwischen eingetretenen Tod feststellen. Der Verstorbene hat kurzgeschneittenes dunkelblondes Haar, graue Augen und dunklen Schnurrbart. Am linken Unterarm befinden sich Brandwunden. Bekleidet war er mit modisfarbenerm Jacketanzug, braunem Ueberzieher und Schlapphut.

Ein **Skandal** auf dem Friedhof hat in der Villenkolonie Karlsdorf großes Aufsehen erregt. Dort hat sich in seiner Wohnung der Bureau-Assistent der Friedrichsfelder Gemeindeverwaltung, Red., erhängt. Der Grund zum Selbstmord war die angebliche Untreue seiner Frau, mit der er erst ein halbes Jahr verheiratet war. Bei der Verurteilung des Selbstmörders auf dem Karlsdorfer Friedhof kam es zu erregten Szenen. Die Leiche wurde zwar ohne kirchliche Ehren beigesetzt, doch hielt ein befreundeter Piarer eine Grabrede, in der er den Eltern des Verstorbenen Trost spendete. Gegen die gleichfalls anwesende Witwe des Verstorbenen richtete er scharfe Angriffe. Sie mußte schließlich eiligst den Friedhof verlassen, weil die Freunde ihres verstorbenen Mannes ihrer Empörung über ihr Verhalten ziemlich deutlich Ausdruck gaben.

Das Urteil in Sachen Kerfin.

Die Gründe des in Sachen Kerfin gegen die Berliner Stadtverordneten-Versammlung am 29. November d. J. vom hiesigen Bezirksauschuss erlassenen Urteils decken sich im wesentlichen mit den Gründen der Klage und lauten wie folgt:

Da der angefochtene Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 20. Dezember 1903 auf Ungültigkeitserklärung der Wahl des Gauweits Kerfin lautet, so ist letzterer wegen der Verletzung seines Individualrechts zur Klage berechtigt. Da ferner die Klage rechtzeitig bei dem Gericht eingegangen ist, so liegen in formeller Beziehung keine Bedenken vor.

In der Sache selbst war zu prüfen, ob bei der Wahl Kerfins „erhebliche Unregelmäßigkeiten“ im Sinne des § 27 der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 vorgekommen sind, die die Ungültigkeitserklärung der Wahl rechtfertigen. Bei Untersuchung dieser Frage durfte sich das Gericht nicht nur auf die Fälle beschränken, welche in dem angefochtenen Beschluß als erhebliche Unregelmäßigkeiten angenommen und dementsprechend auch in den Partikularschriften nur allein zur Erörterung gebracht sind, sondern es hatte daneben, unabhängig von den Anregungen der Parteien und der Wähler, alle Vorgänge bei der in Rede stehenden Wahl, die als erhebliche Unregelmäßigkeiten in Betracht kommen können, rücksichtlich ihrer Bedeutung für die Wahl zu untersuchen. In dieser Beziehung sind aber folgende Bedenken gegen die Ordnungsmäßigkeit der Wahl bekannt geworden:

1. Bei Eröffnung der Wahl soll der Wahlvorsteher den Wahlvorstand nicht durch Handschlag verpflichtet haben.

2. Der Wahlvorsteher soll gefragt haben, ob der Kandidat Kerfin Hausbesitzer sei.

3. Der Wahlvorstand soll Wähler behufs Erkundigung nach dem Namen des zu Wählenden an die Parteiführer verwiesen haben.

4. Zwei Wähler, die einen gewissen Fried hätten wählen wollen, soll der Wahlvorsteher mit den Worten zurückgewiesen haben: „Herr Fried ist hier nicht aufgestellt.“ Das gleiche soll einem Wähler gegenüber sein, der einen Herrn Coser wählen wollte.

5. Eine Anzahl Wähler, die verschiedene Namen genannt hätten, wie Berlin, Kerfin, Passin, Kerpin usw., soll der Wahlvorsteher gefragt haben: „Sie meinen doch wohl Kerfin?“ oder „Sie wollen doch wohl Herrn Emil Kerfin wählen?“ Darauf soll der Name Kerfin in die Abstimmungsliste eingetragen sein.

6. Es soll insofern Wahlagitator getrieben sein, als die Parteiführer der Sozialdemokraten und andere Personen den Wählern während der Ausübung ihres Wahlrechts in vielen Fällen laut den Namen Kerfin zugerufen hätten. Dies sei geschehen, trotzdem der Wahlvorsteher diesen Jura wiederholt als ungesetzlich verboten hätte.

Die Ordnungswidrigkeiten zu 1 und 2 hat der Gerichtshof ohne weitere Feststellung des Sachverhalts als unwesentlich von der Erörterung ausgeschlossen (s. auch Entscheidung Oberverwaltungsgerichts Bd. 30 S. 121).

Die Verweisung an die Parteiführer (Punkt 3) könnte nur dann in Betracht gezogen werden, wenn die Verweisung an den Parteiführer einer bestimmten Partei erfolgswürdig, nicht aber wenn, wie hier, ganz allgemein eine Anweisung des Wahlvorstehers erteilt und den Wählern die unbefangene Wahl bleibt, ob sie den Namen des zu Wählenden von den liberalen oder den sozialdemokratischen Parteivertretern erfragen wollen. (D. R. G. Bd. 31 S. 6.)

Die Abweisung zweier Wähler, die Fried wählen wollten (Punkt 4), ist nach Anlage des Zeugen Damm geschehen, weil die Wähler gar nicht in der Wählerliste eingetragen waren und in einem anderen Wahllokal zu wählen hatten. Damit entfällt jeder Einwand gegen diesen Vorgang. Das gleiche gilt von dem Fall Lober, weil dieser Name tatsächlich in die Abstimmungsliste eingetragen ist und nicht behauptet oder festgestellt ist, daß der betreffende Wähler seine Stimme nicht noch nachträglich abgegeben hat.

Dagegen hat das Gericht geglaubt, daß die unter 5 und 6 erwähnten Vorgänge zwar nicht an sich, wohl aber, wenn sie auf das Wahlergebnis von Einfluß gewesen wären oder doch wenigstens auf daselbe einen bestimmenden Einfluß hätten ausüben können, als „erhebliche Unregelmäßigkeiten“ zu erachten seien und zur Ungültigkeitserklärung der Wahl führen mußten. Die in dieser Beziehung erfolgte Beweishebung hat jedoch zu einem dem Kläger günstigen Ergebnis geführt.

Das zunächst die Jurufe anbetrifft, die in dem Wahllokal des ersten Abstimmungsbezirks in der Brinzenstraße vorgekommen sind, so sind die Jurufe als solche zweifellos ungesetzlich, denen der Wahlvorsteher rücksichtslos entgegenzutreten verpflichtet ist, als erhebliche Unregelmäßigkeiten können sie aber, wie auch das Oberverwaltungsgericht annimmt, nur unter dem Gesichtspunkt der Wahlbeeinträchtigung herbeizuführen werden, und diese kommen nach Entscheidung des D. R. G. (Pr. Verw. VI. 15. S. 556) überhaupt nur insofern in Betracht, als sie tatsächlich von unvermeidbarer Bedeutung für das Endergebnis der Wahl gewesen sind. Es bleibt deshalb festzustellen, in welchem Umfang solche Wahlbeeinträchtigungen geschehen und inwieweit Wähler dieser verjuchten Einwirkung gegenüber nicht unzugänglich geblieben sind.

Durch die Zeugenangaben ist zweifellos festgestellt, daß mehrfach der an und für sich nicht recht geläufige Name Kerfin den Wählern zugerufen, daß dies aber nicht in besonders zwingender Weise geschehen ist. Dagegen gehen die Aussagen über den Zweck dieser Jurufe über die Zahl und den Hergang dieser Fälle auseinander. Während einzelne Zeugen behaupten, die Jurufe wären an Wähler geschehen, nachdem sie gewählt hätten, gewissermaßen zur Bezeichnung darüber, daß sie falsch gewählt hätten, haben andere Zeugen ausgesagt, die Jurufe seien geschehen zur Aufführung und zum Zweck der Beeinflussung. Die Angaben über die Zahl der Jurufe schwanken selbst bei den Zeugen, die dem größten Teil der Wahlhandlung beigewohnt haben, zwischen 7 bis 15, und sollen teils nach Abgabe der Stimme, teils während der Abgabe der Stimme und auch an Wähler geschehen sein, die überhaupt erst an den Wahlstisch herantraten. Die Mehrzahl der Zeugen stimmt aber darin überein, daß am häufigsten Jurufe an Personen geschehen sind, welche einen „Kerfin“ ähnlichen Namen bereits genannt hatten. Insbesondere hat dies der Wahlvorsteher Koblitz bekundet, auf dessen Aussage, weil er in seiner amtlichen Eigenschaft die größte Aufmerksamkeit auf die Vorgänge haben mußte, besonderes Gewicht zu legen ist. Die Zeugen Mosbach und Streifand, welche die größte Anzahl von Jurufen bekundet und ausgesagt haben, daß Jurufe sowohl an Wähler, welche „Kerfin“ ähnliche Namen genannt hatten, als an solche, die noch zögerten oder erst an den Wahlstisch traten, geschehen seien, haben aber die Zahl der einzelnen Fälle keine

Angaben gemacht, so daß durch sie die Annahme, daß meistens in den Fällen, in denen Kerfin ähnliche Namen bereits genannt waren, zugezogen sei, nicht entkräftet wird.

Bei Beurteilung der Vorgänge in dem Wahllokal des zweiten Abstimmungsbezirks betreffend die Eintragung des „Kerfin“ und ähnlicher Namen geht der Gerichtshof von folgenden Erwägungen aus:

Nach der bisherigen Rechtsprechung des Ober-Verwaltungsgerichts verlangt § 25 der Städte-Ordnung nicht, daß unter allen Umständen die Nennung des zu Wählenden durch den Mund des Wählers erfolgt. Es genügt eine deutliche öffentliche Erklärung anderer Art, insbesondere die Erklärung des Einverständnisses mit der durch den Mund einer anderen Person bewirkten Nennung des zu Wählenden.

Jede Interpretation eines genau bezeichneten Namens ist dagegen unzulässig. (Preussisches Verwaltungsblatt 15, Seite 202. Entscheidung. Bd. 34 S. 25.)

Pflicht und Recht des Wahlvorstehers ist es demnach wohl, nach pflichtmäßigem Ermessen dafür Sorge zu tragen, daß der Wille des Wählers klar erkennbar und unbeeinträchtigt in der Stimmabgabe zum Ausdruck kommt, und bei Zweifeln über die Person des Gewählten durch Fragen die Klarstellung herbeizuführen, der Wahlvorsteher darf aber nicht stillschweigend in der Annahme einer ungenauen Ausdrucksweise des Wählers einen nicht genannten Namen an Stelle des wirklich genannten in der Abstimmungsliste eintragen lassen.

Im vorliegenden Falle erscheinen deshalb die Fragen des Wahlvorstehers „Sie meinen wohl Kerfin?“ usw. zulässig, denn er konnte mit Recht im Zweifel darüber sein, ob die Wähler wirklich einen Kandidaten mit einem dem Namen „Kerfin“ nur ähnlichen Namen wählen wollten, und es ist auch nichts dagegen einzuwenden, wenn nach erfolgter Bejahung der Frage oder nach Nennung des Namens Kerfin dieser Name eingetragen ist.

Die Zeugen Schraidhuhn und Damm haben zwar ausgesagt, daß in etwa 50 bis 60 Fällen nur ähnlich klingende Namen wie „Kerfin“ genannt seien, ihnen stehen jedoch andere Zeugen gegenüber, die teils gleichfalls während des größten Teils der Wahlhandlung, teils wenigstens in der Zeit, in welcher die meisten Wähler erschienen, nämlich gegen Abend — bis dahin war die Wahlberechtigung namentlich aus Arbeiterkreisen nur gering — anwesend gewesen sind. So hat Freudenthal „mindestens 15 Fälle bis gegen 6 Uhr“, Bergmann „etwa 30 Fälle“, Papajewski „etwa 10 bis 20 Fälle“, Friebländer „etwa 20 Fälle“ und Vork „etwa 20 Fälle“ bezeugt.

Alle Zeugen außer Marx haben aber ferner ausgesagt, daß in den meisten dieser Fälle der Wahlvorsteher die Wähler gefragt hat, wen sie wählen wollten, bevor die Eintragung in die Liste erfolgt ist. Nimmt man also selbst an, daß in 50 Fällen ähnliche Namen wie Kerfin angegeben seien, so würden sogar kaum 20 Fälle der Eintragung ohne Rückfrage angenommen werden können.

Allein da es sich um Aussagen auf Grund nachträglicher Schätzungen handelt, die schon an sich unzuverlässig sind, und da die Mehrzahl der Zeugen nur höchstens 30 Fälle der unrichtigen Namensnennung überhaupt angibt, so müssen die Angaben der Zeugen Schraidhuhn und Damm außer Betracht bleiben, jedenfalls ist das Vorkommen der von ihnen bezeugten 50-60 Fälle nicht überzeugend erwiesen. Dann entfallen auf die Eintragungen ohne Rückfrage weniger wie 20 Fälle und selbst angenommen, daß in allen diesen Fällen nach Rückfrage die Wähler einen anderen Namen als Kerfin genannt haben würden und diese anderen Namen eingetragen wären, würde das Wahlergebnis unbeeinträchtigt geblieben sein.

Dem Gericht erscheint nach alledem die Annahme ausgeschlossen, daß ohne die Jurufe im ersten Abstimmungsbezirk und ohne die stillschweigenden Namenssubstitutionen im zweiten Bezirk eine Aenderung des Wahlergebnisses möglich geworden wäre. Das Wahlergebnis muß deshalb als der Ausdruck des wahren Willens der erschienenen Wähler angesehen werden und es lag zur Ungültigkeitserklärung der Wahl kein Anlaß vor. Der abweichend entscheidende Beschluß der Beklagten mußte daher aufgehoben und die Wahl für gültig erklärt werden.

Ein Hungerleben. Schwere wirtschaftliche Uebelstände wurden in einer Verhandlung vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I gestreift. Bei dem Großdeputierten Wölke, der sich wegen eines Todesfalls einige Zeit lang um sein Geschäft nicht genügend kümmern konnte, hatten sich der bei W. angestellte Kellermeister Gallig, der Kutscher Glinde und der Reisende Fischer zusammengesetzt, um während der Abwesenheit des Chefs als „stille Teilhaber“ gute Geschäfte zu machen. Dies geschah dergestalt, daß sie an einen Kunden Listere besserer Sorte lieferten, sodann aber eine bedeutend niedrigere Rechnung für minderwertige Qualitäten ausstellten, und diese in die Geschäftsbücher eintrugen. Die Differenz zwischen diesen Rechnungsbeträgen und den tatsächlich gezahlten Beträgen stieß in die Taschen der „stillen Teilhaber“. Wölke erlangte erst ziemlich spät Kenntnis von dieser Teilhaberschaft. Alle drei räumten ihre Verfehlungen ein und erklärten, den etwa 200 M. betragenden Schaden solidarisch zu ersetzen. Auf Anzeige des W. hin wurden die drei stillen Kompagnons vom Schöffengericht I wegen Diebstahls verurteilt und zwar Gallig und Glinde zu je zwei Wochen Gefängnis, den Reisenden Fischer, die Seele des ganzen Unternehmens, zu drei Wochen Gefängnis. Gegen dies Urteil legte nur Fischer Berufung ein, die vor oben erwähnter Strafkammer zur Verhandlung kam. Der Angeklagte führte aus, daß er sich nur in größerer Not zu den Veruntreuungen habe verleiten lassen; er habe pro Monat nur 30 Pfennige Speise erhalten, was einem Monatsbediensteten von etwa 85 M. entspricht, und hiermit könnte er vielleicht eine Familie ernähren, wenn nicht folgender erheblicher Uebelstand hinzukommen würde. In anderen Verhandlungen sei festgestellt worden, daß wohl in keiner anderen Branche so große Speise erforderlich sind, um überhaupt erst ein Geschäft zum Abschluß bringen zu können. Rechtsanwalt Dr. Berthauer führte aus, daß es schon zur Gewohnheit der meisten Gastwirte geworden sei, demjenigen Reisenden den Auftrag zu geben, der die größte Jeche bei ihnen mache. Hierdurch wird natürlich der reelle Nutzen nicht nur geschmälert, sondern, was das schlimmste ist, es wird auch die Energie und Gesundheit der Reisenden untergraben. Der Verteidiger war ferner der Ansicht, daß keinesfalls Diebstahl vorliegen könne, sondern schlichtestens Verhältnisse zur Unterdrückung. Bei Abmessung des Strafmaßes konnte mildernd die wirkliche Notlage des Angeklagten sowie seine bisherige Unbescholtenheit in Betracht. Das Berufungsgericht folgte diesen Ausführungen und erkannte unter Aufhebung des ersten Urteils auf nur 100 Mark Geldstrafe.

Öffentlich ist es auch den Reisenden bald möglich, durch eine gewerkschaftliche Organisation die schmachvollen Zustände zu beseitigen, unter denen sie heute arbeiten müssen.

Die Raube der Verschmähten. Tränenden Auges und mit allen Zeichen der Neue und Verzweiflung betrat gestern die Modistin Emille L. den Ankammeraum der vierten Strafkammer des Landgerichts I, um sich wegen eines unehelichen Kindes zu verantworten. Sie „ging“ längere Zeit mit einem Postassistenten und behauptet, daß dieser ihr die Ehe versprochen habe. Das Liebesverhältnis wurde aber eines Tages von seiten des Beamten gelöst und die Angeklagte dadurch in die höchste Aufregung versetzt. Sie versuchte wiederholt vergeblich eine Unterredung mit ihm zu erlangen und als er nach einem Postamt in der Rheinprovinz verreist wurde, reiste sie ihm dorthin nach und machte auch dort mehrfach Versuche, mit ihm zu einer Aussprache zu kommen. Da sah sie ihn eines Tages in Gesellschaft eines anderen Mädchens und nun verlor sie jegliche Selbstbeherrschung. Sie stürzte auf das Postamt, ließ sich vom Vorsteher vernehmen und beschuldigte ihren ehemaligen Freund eines Verbrechens gegen leimendes Leben. Da sich ihre Angaben sehr bald als völlig erwidert herausstellten, wurde die Anklage wegen wissentlich falscher Anschuldigung gegen sie erhoben. Sie gab vor Gericht ihre Verfehlung ohne weiteres zu und bat nur, Mitleid mit ihr zu haben, da sie sich in ihren Lebenshoffnungen getäuscht gesehen habe und in einen Zustand höchster seelischer Erregung geraten sei, als sie das andere Mädchen an der Seite ihres ehemaligen Liebsten gesehen. Der Gerichtshof berücksichtigte dies einerseits, erwoh aber andererseits, daß es sich um eine sehr schwere Anschuldigung handelte, die für den beschuldigten Beamten die schwersten Folgen hätte haben können. Das Urteil lautete demgemäß auf zwei Monate Gefängnis. Justizrat Dr. Sello erhielt von dem Belastungszeugen die Zusage, ein für die Angeklagte einzureichendes Gnadengesuch zu unterbreiten.

Verführte Hausdiener. Groben Vertrauensmißbrauch haben die Hausdiener Heinrich R. und Anton S. begangen, die gestern wegen Vandalenbustahls vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I standen. Beide waren in einem großen Konfektionsgeschäft in der Kronenstrasse angestellt und genossen das volle Vertrauen ihres Chefs. In einem Schanklokal, in welchem vorwiegend Hausdiener verkehrten, lernten sie einen bedenklichen Menschen Namens Fleischmann kennen, der auf sie eintredete, daß sie doch leicht Diebstähle ausführen und recht viel Geld verdienen könnten, da er ihnen die gestohlenen Waren gern abnehmen würde. Sie erlagen diesen Einflüsterungen und legten sich wirklich aufs Stehlen. Sie führten die Diebstähle des Sonntags aus, da an den Sonntagen S. die Dienste eines Hülfspoliers versah und Zutritt zu dem sogenannten Offizierraum hatte. Dort wurden auch die Schlüssel zu dem Warenlager aufbewahrt. Die Angeklagten haben in drei Fällen Waren im Gesamtwerte von etwa 800 M. gestohlen und diese für ca. 130 M. an Fleischmann verkauft. Sie verführten gestern dem Gerichtshofe, daß sie beide den Entschluß gefaßt gehabt hätten, von dem gefährlichen Treiben abzulassen und wieder auf den Weg der Ehrlichkeit zurückzukehren; es sei aber schon zu spät gewesen, man habe im Geschäft die Diebstähle bereits entdeckt gehabt. Bei einer bei R. vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden noch Waren im Werte von 120 M. beschlagnahmt, die dieser auf eigene Faust außerdem im Geschäft gestohlen hatte. Beide Angeklagten waren gefällig; der Hauptschuldige Fleischmann hat sich leider aus dem Staube gemacht. Der Staatsanwalt beantragte neun Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Schmidt hielt das erschwerende Moment der Vandalenmäßigkeit des Diebstahls nicht für vorliegend und bat, den Angeklagten die Untersuchungshaft anzurechnen. Der Gerichtshof entsprach diesem Antrage, verurteilte die Angeklagten nur wegen einfachen Diebstahls zu je neun Monaten Gefängnis und erklärte je drei Monate durch die Untersuchungshaft für verbüßt.

Dem Sturm,

der in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend über einen großen Teil des Reiches wüthete, ist eine strenge Kälte gefolgt. Naturgemäß sind die Zerstörungen an der Küste, die dem Wogenprall und der Sturmflut schutzlos ausgeliefert war, am schlimmsten gewesen; zu dem Wasser kam als Zerstörer stellenweise noch das Eis. Die meisten Bade-Anstalten an der Ostküste Deutschlands sind den Fluten zum Opfer gefallen; die große Landungsbrücke in Vitz (Hagen), vor wenigen Jahren erst gebaut, haben die Wellen zertrümmert. Der Schaden, den der Sturm dem Bade-Ort verursacht hat, wird auf 200 000 M. geschätzt. Auch die Kaiser Wilhelm-Brücke in Deringsdorf ist arg beschädigt worden. Zu bemerken ist noch, daß sich in Großswald in dem heftigen Schneetreiben während des Sturmes Wetterleuchten bemerkbar machte; in Swinemünde kam es zu einem richtigen Gewitter.

Die Verkehrsstörungen, die der Sturm auf See verursacht hat, sind mit seinem Nachlassen wieder beseitigt worden. Der Fährbetrieb zwischen Stralsund, Hagen und Altschäfer ist am Neujahrsmorgen 8 Uhr wieder aufgenommen worden. Der Verkehr nach Hagen und Schweden fand von 12 Uhr ab wieder im vollen Umfang statt. Durch Schneewerchungen sind in Ost- und Westpreußen noch keine Bahnstrecken gesperrt, doch werden die Hemmnisse heute stellenweise schon beseitigt sein.

Diebstahl Menschenleben das Urwetter zu Lande und zu Wasser gefordert hat, darüber liegen bestimmte Nachrichten noch nicht vor. Zu Hamburg allein sind 43 Menschenleben zu Schaden gekommen.

In der Nähe von Helgoland traf Sonnabend der Hochseefischer-Dampfer „M. Raikmann u. Sohn“ das von Harburg nach England bestimmte Küstenfahrzeug „Reptum“ aus Ostfriesland ohne Mannschaft und brachte das Fahrzeug nach Altona. Anscheinend war die Besatzung über Bord gestürzt und ertrunken.

Die Rettungsstelle Binz (Hagen), die mit ihrem Rettergerät dieser Tage schon vier Menschenleben rettete, hat am Neujahrstage wieder drei Menschenleben gerettet. Wie die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger meldet, sind am 1. Januar von einer in der Prozer Biele gestrandeten Fischerkahn drei Personen durch das Rettungsboot „Dr. H. A. Schumacher“ der Binzer Rettungsstelle gerettet worden.

Der Fährbetrieb zwischen Warnemünde und Gleditz ist gestern nachmittag wieder aufgenommen worden. Ein Schiffsunfall hat sich hier nicht ereignet.

Magdeburg, 2. Januar. Von Dresden bis Magdeburg ist auf der Elbe starkes Treibeis. An einigen Stellen steht das Eis schon.

Frier Wegen starken Treibeises gesperrt auf der Mosel und Saar die Schifffahrt eingestellt. Das Thermometer zeigt neun Grad unter Null.

Wie aus Thoren gemeldet wird, hält die seit drei Tagen eingetretene strenge Kälte an. Letzte Nacht sank die Quecksilbersäule auf 22 Grad Celsius. Auf der Weichsel ist daher Eisland eingetreten.

Lübeck, 2. Januar. Der Schifffahrtsbetrieb auf dem Elbe-Trade-Kanal wird wegen Eishindernis vom morgen ab für hölzerne Schiffe gesperrt. Die Lübeck-Trabemünde und Lübeck-Eutinor Kahn, welche wegen Hochwassers gesperrt waren, sind heute abend nach Ausbesserung der Geleise wieder für den Betrieb eröffnet worden.

In ganz Böhmen wütheten am Sonnabend orkanartige Stürme, die großen Schaden anrichteten. In Teplitz war der Sturm von Gewittererscheinungen begleitet. Viele Eisenbahnzüge trafen mit Verspätungen ein. In Wozzen herrschte in der Neujahrnacht ein Sturm von einer Heftigkeit, wie sie dort selten vorkommt; dabei ist in Säckitz auch große Kälte eingetreten.

Auch in der Schweiz haben heftige Schneestürme mit plötzlich eingetretener scharfer Kälte allenthalben zahlreiche Verkehrsstörungen verursacht. Eisenbahnzüge erlitten große Verspätungen. Ein Güterzug mußte auf offener Strecke übernachten, ein Personenzug auf kleiner Station, viele Postkurse über Verstrassen konnten nicht ausgeführt werden. Von Davos werden 29 Grad Celsius, aus Oberengadin 29 Grad Celsius Kälte gemeldet.

Vermischtes.

Die Augustusbrücke in Dresden. Ueber die Gefährdung der Brücke wird vom Montag gemeldet: Um die Arbeiten an der Augustusbrücke nicht zu gefährden, sind die geforderten Teile der Gangbahn heute nachmittags in den Strom gezogen worden, wodurch einem Weiterreißen bei dem nicht zu verhindernden Abbruch vorgebeugt werden soll.

Das amtliche „Dresdener Journal“ teilte vorgestern mit, daß die Gefahr des Absturzes einzelner Kragschiffe, welche die Platten der Stromausläuferliegenden Gangbahn tragen, bereits als beseitigt anzusehen sein dürfte, nachdem durch die stückweise Abnahme des eisernen Geländers sowie der oberen Platten der Gangbahn und der unter diesen liegenden Deckplatten die Belastung nach außen hin beseitigt und die innerhalb der Brücke liegenden Enden der Kragschiffe mit Sandfüßen und Schienen beschwert worden seien. Eine Beschädigung des in Betracht kommenden Pfeilers und Vogens habe feinerlei bedenkliche Anzeichen ergeben. Von einem drohenden Einsturz kann also keine Rede sein.

Eine wüste Schlägerei entstand in der Neujahrnacht vor dem Restaurant Sankauer Bierhalle in Magdeburg, wobei die Polizei mit blanker Waffe einschritt. Der Arbeiter Werner wurde schwer verletzt zur Wache gebracht, wo er starb.

Durch die Wahnsinnthat eines Alkoholikers wurden in der Silbesternacht die Bewohner und Kurgäste von Arco in Tirol in große Aufregung versetzt. Wie ein Telegramm meldet, überfiel dort während der Neujahrfeier, die sich teilweise im Freien abspielte, der Dekonom Rohde aus Odenburg, ein Alkoholik, der großen Haß gegen die Kurgäste zeigte, den kaiserlichen Rat Dr. Berke vor dessen Villa und verminderte ihn durch neun Weilerische Schüsse. Er lief dann in den Kurpark und erschoss sich dort. Man fand bei dem Selbstmörder drei Revolver, ein Messer und einen Degenstod.

Schweres Straßenbahnunglück. Am 1. Januar abends gegen 12 Uhr stürzte, wie aus Elsteden berichtet wird, ein Wagen der elektrischen Kleinbahn ein. Von den zehn Insassen wurden sechs schwer verletzt, eine Frau starb auf dem Transport zum Krankenhaus.

Veranbung eines Eisenbahn-Postwagens. Aus Paris meldet: Telegramm: fünf Säcke, die Gold, Silber und Papiere im Wert von mehreren hunderttausend Franc enthielten, wurden aus Ambulanz eines Postzuges zwischen Clermont und Rimes gerammt. Der Ambulanzwagen besteht aus zwei Abteilungen. Während der Veranbung in einem der Abteile arbeitete, operierten die Arbeiter in dem anderen, warfen die Säcke zum Fenster hinaus und sprangen ab, bevor der Zug hielt.

Folge eines Lawinensturzes. Aus Grenoble, 2. Januar, wird telegraphiert: In der Nähe von Livet ist die elektrische Leitung, die Grenoble mit Licht versorgt, durch eine Lawine unterbrochen worden. Die Stadt war bis 12 1/2 Uhr nachts in Dunkelheit gehüllt.

Der Massenmord in Obersteina. Der der Brandstiftung und des siebenfachen Mordes in Obersteina verdächtige und inkassierte Eisenbruchpächter Thomschke wurde vom Landgericht in Banneggen wegen Urkundenfälschung und Betruges zu zehn Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Der 34-jährige Mann, der schon wegen Diebstahls verurteilt ist, war geständig, daß er, als er sich im November vorigen Jahres in Geldverlegenheit befand, Beschäftigung im Betrag von 180 und 160 Mark mit der Unterschrift eines Viehhändlers gefälscht und beim Spar- und Vorschußverein in Banneggen zur Discontierung gebracht habe. Er zahlte die Beträge nachträglich zurück. Das Geld dazu will er von seinem Schwiegervater Freudenberg, den er später ermordet haben soll, erhalten haben.

London, 2. Januar. Ein Lloyd-Telegramm aus Santa-Krenad meldet, daß der deutsche Dampfer „Abydos“, der am 23. Dezember in der Dorno-Wucht gestrandet ist, am 30. Dezember wieder flott geworden und auf der Fahrt nach Port Spanne begriffen ist, wo er Ausbesserungen vornehmen wird.

Witterungsübersicht vom 2. Januar 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in Grad C., Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in Grad C. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien, Daparanda, Petersburg, Sibiria, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 3. Januar 1905. Geklärt bei lebhaften südwestlichen Winden und langsam zunehmender Bewölkung; nachher Niederschläge.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Bureau: SO., Engel-Ufer 15. — Fernsprecher: IV, 8578.

Mittwoch, den 4. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner - Versammlungen.

Moabit: bei Jocksch, Turmstr. 84.

Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauensmänner. 2. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Branche der Stellmacher

bei Pfeffer, Rosenthalerstraße Nr. 57.

Tagesordnung: 1. Bericht der Obleute und Vertrauensmänner. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch und Karte legitimiert.

Die Kommission.

Branche der Modell- und Fabrikstischler

bei Dieke, Adlerstraße 123.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Die Kommission.

Branche der Korbmacher

Donnerstag, den 5. d. M., ab. 8 1/2 Uhr, bei Krause, Reppenstr. 41.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Jede Werkstatt muß vertreten sein. — Buch und Karte legitimiert.

77/15

Die Kommission.

Friedrichsfelde.

Donnerstag, den 5. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Haberland, Wilhelmstr. 38:

Bezirks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Kranken- und Invaliditäts-Versicherung“. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Wahl. Frauen und Nichtmitglieder haben Zutritt. Es wird erachtet, pünktlich zu erscheinen.

Der Einberufer.

H. & P. Uder, Berlin SO. 10, Engel-Ufer 5.
Tabakfabrik. 1648L*
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kan- und Schnupftabaken.
Amt 4, 3014.

Skrofulose u. Lungenkranke
Echt Bergener Lebertran
Wasserhell und wohlschmeckend, in nur frischer Ware, 1/2 l. 1.00 M., 1/4 l. 1.00 M.
Frankfurter Allee 120.
Gustav Behm
Rixdorf, Hermannstr. 46.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkreis (Osten).

Dienstag, den 3. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Glyfium“, Landsberger-Allee 40/41:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Hugo Voeglich. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Wäste haben Zutritt. Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorstand.

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.

Dienstag, den 3. Januar, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Branchenabend der Holzbranche.

Tages-Ordnung:

Wie stellen wir uns zu dem Vorschlag der Industriellen vor dem Gewerbegericht zwecks Errichtung einer paritätischen Arbeitnachweise und Errichtung einer Schlichtungskommission.

Diese wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Kollegen.

Die Agitationskommission.

Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Donnerstag, den 5. Januar, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und des Ausschusses der Landes-Versicherungsanstalt Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Wäste haben Zutritt. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

53/1

Der Vorstand.

S. H.: F. Pieschel, Vorl., Gartenstr. 61.

Achtung! Militär-Sattler.

Mittwoch, den 4. Januar 1905, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Militäreffektenfabrik von Timpelskirch u. Ko. 2. Der am 1. Januar 1905 in Kraft getretene Tarif-Vertrag. 3. Verschiedenes.

In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen eines jeden Kollegen dringend notwendig.

Die Tarif-, Lohn- und Agitations-Kommission der Militär-Sattler Berlins.

Arbeitersekretär gesucht.

Für das Arbeitersekretariat Essen wird zum 1. Februar 1905 ein zweiter Sekretär gesucht. Demselben sollen gleichzeitig die Geschäfte eines Gewerkschafts-Kassierers übertragen werden. Bedingung: Sozialpolitische und gewerkschaftliche Erfahrung sowie rednerische Befähigung. Bevorzugt: Solter Stenograph. Anfangsgehalt 1800 M. Bewerbungen sind bis zum 15. Januar 1905 unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sowie einer Probe-Arbeit über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs an W. H. Wohlfeld, Essen W., Oberdorfstr. 155, einzuliefern.

Das Arbeiterrecht

von Artur Stadthagen, Mitglied des Reichstags.

4. Auflage.

Die Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter haben durch die Erhebung einer erheblichen Unzufriedenheit eine erhebliche Umgestaltung erfahren. Eine systematische Darstellung der gültigen Rechtsregeln ist daher dringend erforderlich, da selbst der Jurist bei der Fülle des neuen Rechtsstoffes kaum weiß, was rechtens ist. Das

Arbeiterrecht

von Artur Stadthagen

bietet eine solche, von allen Fachleuten anerkannte, übersichtlich, für jedermann verständliche Darstellung und bildet somit einen unentbehrlichen Führer durch alle Gebiete des Arbeiterrechts.

Drei vollständig vergriffene Auflagen zeugen von der wachsenden Nachfrage nach diesem Buche durch die werksmäßige Bevölkerung. Die jetzige 4. Auflage ist gründlich revidiert und vermindert worden, wodurch die Brauchbarkeit sich ganz wesentlich erhöht hat.

Stadthagens Arbeiterrecht ist ein billiger und zuverlässiger Ratgeber im Hause.

Preis geb. 7 Mark. Auch in 25 Lieferungen à 30 Pf. Zu beziehen durch

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden.

5 3/4 Pfund Brot 50 Pf.

Albrechts Bäckereien: Bräunelstr. 135, Kraussstr. 19, Waldenstr. 28, Lützowstr. 2, Karlsruher Str. 7, Stand 222/23, Nachballe Androssstr., Stand 16/18, Central: Vorhagenstr. 13.

Fr. Kranken- u. Begräbniskasse d. Schuhmacher u. Berufsgen.

Berlin (S. O. Nr. 27).

Donnerstag, den 15. Januar 1905, nachmittags 4 Uhr, bei Feuerstein, Alie Jakobstr. 75:

General-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vierteljährlicher und jährlicher Kassensbericht. 2. Bericht der Räte-Kommission. 3. Wahl des Vorstandes und Ausschusses.

Quittungsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

10925 Würzburger Hahneraugenmittel

von Dr. H. Unger-Würzburg. — 20 Pf. In Berlin: Salomon-Apothek, Charlottenstraße, Drei-Apothek, Barnimstr. 33.

In Breslau: 1637L* Victoria-Apothek, Friedr. Wilhelmstr. 34.

E. Möbis, Uhren, Koppenstr. 82.*

Rote + Lotterie
6023 Gewinne i. W. v. 1508L*
170,000 Mk.
Hauptgew. i. W. v. Mark 50,000, 20,000, 15,000 etc.
Originallose à 3 Mk. Porto u. Liste 30 Pf.
Ziehung schon am 11., 12., 13. Januar.
Oscar Bräuer & Co. Nachf., G. m. b. H.
BERLIN W., Friedrichstr. 181 und Andreasstr. 46a.

Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Das erste fettgedruckt
Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Räumungsverkauf verlassener Klünder, Garderoben, andere Waren zu Spottpreisen. Wandlshaus Weidenweg 19.
Winterpaletots, Tische, Stühle, Bandagen, Aussteuerwische, Ansetze, Betten, Steppdecken, großer Vollen Gardinen zu halben Preisen. Wandlshaus Weidenweg 19.
Betten, Teppiche, Winterpaletots, Gardinen, Steppdecken, Postleien, Tischdecken, Remontiermaschinen, Uhrketten, Regulatoren, Operngläser, Spiegel, Bilder, Möbel, postbillig. Reihhaus Grünberg 113 und Reihbergstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 627*
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*
Herren-Warderobe noch Kab, saubere Arbeit, großes Stofflager Paletot, Anzug 36 Mark an. Kauf beim Handwerker, lässt den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. S. Dörge, Dresdenerstraße 109.
Teppiche (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Grün, Hofischer Markt 4, Bahnhöf 83/84. 142/12*
Möbelfabrik liefert geschmackvolle Wohnanordnungen sowie einzelne Möbel. Moderne Küchen. Große Auswahl. Rein Laden, nur Keller und Quierräume. Teilzahlung. Darnag, Uhlerrmeister, Dresdenerstraße 124. 2018*
Kleiderständer, Vertis, Spiegel, Spiegelständer, Schränkchen, Paneele, Sofa, große Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 33b. 2019*
Kinderwagen, Kinderbetten, gebrauchte, zurückgekauft postbillig. Schneider, Rixdorsstraße 172.
Werkzeuge, selbstspielende Teilzahlungen. Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Frankfurterstraße 26, Stahlstr. 40. 769*
Teppiche mit Farbenkleber, niedrige Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*
Kanarienhähne verkauft billig Polmannstraße 2, Rixdors. 8115*
Kanarienhähne verkauft Brandt, Polmannstraße 61. +129*
Kanarienhähne. Große Auswahl, frisch präpariert mit Übersprechen und überzogenen Kehlen, verkauft Rixdors, Rixdorsstraße 134a. 2196b

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umsatzes befinden sich am Lager viele zu niedrigen und vertrieben gewesene Möbel, die wie neu sind. Kleiderständer, Vertis 37,00, Ausziehtisch 16, Kleiderständer mit Federmatratzen und Kleiderständer 26, Lendenholz 30, Paneele 70, Waschtische 20, Ansetze 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei.

Mähmaschinenreparaturen werden schnell und billig in meiner eigenen Werkstatt ausgeführt. Bestmann, Gollnowstraße 20, nahe der Landsbergerstraße. 2228*

Federbetten, zwei gute Stand, Wäsche, zwei Steppdecken, Gardinen, reißfeste Portieren, Gasstrone, Tischdecken, Stühle, Bezüge, Kissen (neu) billig. Hoffmann, Rixdorsstraße 52 L. 10025

Mähmaschinen ohne Anzahlung, vergütet nach 10,00, wer Teilzahlung Mähmaschine kauft oder nachweist, 100. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Bergert, Rixdorsstr. 60.

Menzbauer Gürtelreißer, neu 7,00, Brunnstraße 100, Schinkel. 9975*

Handparzellen, Baustellen, bei Bahnhöfen Grünau! Quadratrute 22 Mark an. Guter Boden, ideale Lage. Red. Michaelisplatz 18. Situationspläne gratis. +146

Wäsche, Bettwäsche (Kattun), Teppich billig, noch abzugeben. Eitelstr. 32, III. 1096b

Günstige Gelegenheit! Grünramsch, Holz, Kohlen, wegen Verzugs nach außerhalb sofort billig zu verkaufen. Mathies, Löwenstr. 13.

Verschiedenes.
Patentanwalt Dammann, Dammstraße 57, Moltkeplatz. Rat in Patentfällen. 9975*
Rechtsbureau, Straßchen, Unfall-, Einigungs-, Kassen-, Kassen-, Verträge, Brunnstraße 97.
Anspoliererei: Sofas, 100, Kattun, 4,00, auch andere Gattungen. Sadowitz, Blumenstraße 35b. 2022*
Wandleibe, Ringenstraße 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 1096b*
Verkauf und alle anderen Bücher, leicht antiquarisch, Kochstraße 56 L. Amt I 8831.

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915

Wandleibe Markstraße 27. 1601L*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Rixdorsstr. 42/43. Erfahrener Prozessbeistand! Erfolgreiche Eingabengänge! Sicherste Rechtsfälle!
Rechtsbureau (Hindenburgplatz) Grünbergweg 10, Rixdorsstr. 129/11*
Fahrer wohnt Brunnenstraße 116.
Platinabfall, Goldschmied, kauft Juwelier Hindenburgstr. 103. 10856*

Stenographie, Buchführung, Schreibroutine, Sprachen, Solomon, Rixdorsstr. 26. 2139*
Tanzunterricht, Kleppel, Rosenhaldenstr. 11/12, Sonntagskurse, Sonntagsschule beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Anmeldungen erbeten. Brunnenstraße 160 (Wohnung). 10915